

Monatsbericht des BMF Dezember 2009





Monatsbericht des BMF Dezember 2009

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Übersichten und Termine	6
Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2009	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2009	29
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	33
Termine, Publikationen	37
Analysen und Berichte	39
Der Lissabonvertrag aus finanzpolitischer Sicht	40
Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts	
Leistungsbilanzungleichgewichte im internationalen Vergleich	54
Tragfähigkeitsbericht der EU-Kommission	70
Statistiken und Dokumentationen	78
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	111
Verzeichnis der Berichte	131
Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2009	
nach Veröffentlichungsdatum	132
nach Themenbereichen	134

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

der 1. Dezember 2009 wird als wichtiges
Datum in die Geschichte der europäischen
Einigung eingehen. An diesem Tag ist der
neue Grundlagenvertrag der Europäischen
Union (EU), der Vertrag von Lissabon, in
Kraft getreten. Damit wurde ein über acht
Jahre währender Prozess oft schwieriger
Verhandlungen abgeschlossen. Ziel des
Vertrags ist es, die EU transparenter,
demokratischer und handlungsfähiger zu
machen und sie so auf die Herausforderungen
der Zukunft vorzubereiten.

Die sichtbarsten Neuerungen des Vertrags sind die neuen Ämter an der Spitze der Union. Dem Europäischen Rat wird in Zukunft ein Präsident mit einer Amtszeit von zweieinhalb Jahren vorsitzen. Eine Hohe Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik wird die Außenpolitik der EU leiten. Ihr wird ein eigener Europäischer Auswärtiger Dienst unterstellt. Durch den Vertrag bekommt die EU neue Kompetenzen. So werden beispielsweise Mehrheitsentscheidungen im Rat erweitert und vereinfacht. Darüber hinaus wird die Rolle des Europäischen Parlaments durch die Ausweitung der Mitentscheidung gestärkt.

Obwohl die Finanzpolitik nicht im Fokus der Verhandlungen zum neuen Vertrag stand, ergeben sich auch in diesem Bereich Neuerungen. Die Staaten des Euroraums werden in Zukunft verstärkt eigenständig sie selbst betreffende Fragen regeln. Die Rolle der EU-Kommission ist in der wirtschaftspolitischen Koordinierung gestärkt worden. Im Verfahren zur Aufstellung des EU-Haushalts werden das Europäische Parlament und der Rat in Zukunft als gleichberechtigte Partner entscheiden. Mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon stärkt die Europäische Union zum richtigen Zeitpunkt ihre Handlungsfähigkeit.



Die EU erlebt derzeit die schwerste Rezession der Nachkriegszeit. Zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise haben die EU-Mitgliedstaaten fiskalpolitische Schritte zur Belebung der Wirtschaft ergriffen. Infolgedessen steigen die Haushaltsdefizite stark an. Gegenwärtig weisen 20 Mitgliedstaaten ein Haushaltsdefizit über dem Referenzwert des Stabilitäts- und Wachstumspakts auf. Strategien für einen Rückzug aus dieser expansiven Fiskalpolitik sogenannte Exit Strategien - sind ein wesentliches Thema europäischer Finanzund Wirtschaftspolitik. Die Beschlüsse der Wirtschafts- und Finanzminister im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts bilden den Rahmen für diese fiskalischen Rückzugsstrategien und solide öffentliche Finanzen.

Längerfristig sich abzeichnende fiskalische Entwicklungen sind auch Gegenstand des jetzt von der EU-Kommission vorgelegten Berichts zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. In vielen EU-Mitgliedstaaten ergeben sich Gefahren für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen nicht allein aus den Kosten der Bevölkerungsalterung sondern auch aus den gesamtwirtschaftlichen und budgetären Folgen der noch nicht überwundenen Krise. Deutschland rangiert bei einer Gesamtbewertung der Langfristrisiken im Mittelfeld der untersuchten

□ Editorial

Staaten. Die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes steht auch hier im Fokus der politischen Diskussion. So hält der Europäische Rat politische Maßnahmen zur Verbesserung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen für dringend erforderlich und ruft die Mitgliedstaaten auf, bei der nächsten Aktualisierung ihrer Stabilitäts- und Konvergenzprogramme einen Schwerpunkt auf die Darstellung von Strategien zur Sicherung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu legen.

Ein Schlüssel zum Verständnis der Finanz- und Wirtschaftskrise liegt in einer Analyse der Leistungsbilanzsalden der wichtigsten Volkswirtschaften. Hohe Leistungsbilanzungleichgewichte, die sich seit Ende der 90er Jahre aufgebaut hatten, werden für die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise mitverantwortlich gemacht. Leistungsbilanzungleichgewichte können dann problematisch werden, wenn sie das Ergebnis nicht marktpreisbasierter

Prozesse sind, eine hohe Persistenz aufweisen oder innerhalb einer Wirtschafts- und Währungsunion zu starken Divergenzen zwischen den Partnerländern führen. Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise werden die Leistungsbilanzungleichgewichte zwar tendenziell verringert, allerdings ist eine Rückkehr zu wieder ausgeprägteren Ungleichgewichten nach der Krise nicht auszuschließen. Um einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken, könnte eine verbesserte internationale Koordinierung, z. B. im Rahmen der G20, hilfreich sein.

Dr. Walther Otremba

Walther Thenh

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2009	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2009	29
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine. Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

Ausgabenentwicklung

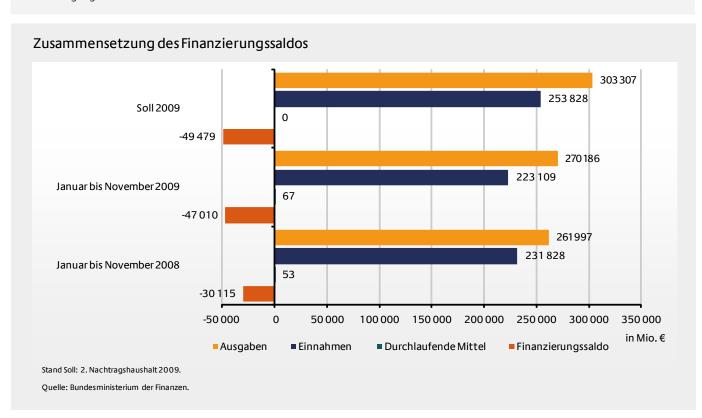
Die Ausgaben des Bundes lagen bis einschließlich November mit 270,2 Mrd. € um 8,2 Mrd. € (+3,1%) über denen des Vorjahreszeitraums. Bereinigt um die ab 2009 geänderte Zahlungsmodalität bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung lag die Veränderung der Ausgaben bei + 4,1%, damit aber weiterhin

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2009 ¹	lst - Entwicklung ² Januar bis November 2009
Ausgaben (Mrd. €)	303,3	270,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	7,4	3,1
Einnahmen (Mrd. €)	253,8	223,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-6,2	-3,8
Steuereinnahmen (Mrd. €)	224,1	195,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-6,3	-5,2
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-49,5	-47,0
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	-2,8
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	-0,2
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-49,1	-44,1

¹ Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

² Buchungsergebnisse.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	_	M
	2008	2009 ¹	Januar bis Nov	ember 2009	Januar bis 1 20		Veränderung ggü. Vorjahr in
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	50 394	53 595	47 999	17,8	45 106	17,2	6
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4993	5 717	5 171	1,9	4678	1,8	10
Verteidigung	29 999	31 019	28 206	10,4	26 812	10,2	5
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 103	6 3 5 7	5 818	2,2	5 492	2,1	Ę
Finanzverwaltung	3 307	3 783	3 309	1,2	2 854	1,1	15
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	13 437	14 606	12 800	4,7	11 517	4,4	11
BAföG	1 193	1 433	1 245	0,5	1124	0,4	10
Forschung und Entwicklung	7 709	8 761	7 055	2,6	6370	2,4	10
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	140 439	152 691	139 968	51,8	134 631	51,4	4
Sozialversicherung	75 539	76 302	75 313	27,9	74 580	28,5	1
Arbeitslosenversicherung	7 583	7 777	4 635	1,7	6 9 5 2	2,7	-33
Grundsicherung für Arbeitssuchende	34776	37 810	32 843	12,2	31 666	12,1	3
darunter: Arbeitslosengeld II	21 624	23 500	20 634	7,6	20 031	7,6	:
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 889	3 700	3 227	1,2	3 566	1,4	-!
Wohngeld	772	591	722	0,3	745	0,3	-3
Erziehungsgeld/Elterngeld	4769	4 424	4136	1,5	4 463	1,7	-7
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 2 6 9	2 083	1 996	0,7	2 198	0,8	-6
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 058	1 274	938	0,3	818	0,3	14
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 607	1 857	1 435	0,5	1 276	0,5	12
Wohnungswesen	1 062	1 2 1 0	1 054	0,4	948	0,4	1
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 778	7 426	4 581	1,7	4 752	1,8	-5
Regionale Förderungsmaßnahmen	945	738	626	0,2	707	0,3	-1
Kohlenbergbau	1 816	1 465	1 3 7 5	0,5	1816	0,7	-24
Gewährleistungen	684	2 400	451	0,2	490	0,2	-:
Verkehrs und Nachrichtenwesen	11 231	12 894	10 413	3,9	9 674	3,7	
Straßen (ohne GVFG)	6 0 4 5	6 787	5 505	2,0	4987	1,9	10
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	16 991	15 965	14 064	5,2	14 214	5,4	
Bundeseisenbahnvermögen	4326	5 506	4 744	1,8	3 627	1,4	30
Eisenbahnen des Bundes/ Deutsche Bahn AG	3 864	4074	3 507	1,3	2 755	1,1	2
Allgemeine Finanzwirtschaft	41 374	43 000	37 987	14,1	40 010	15,3	-!
Zinsausgaben	40 171	41 431	36 768	13,6	38 866	14,8	-(
Ausgaben zusammen	282 308	303 307	270 186	100,0	261 997	100,0	:

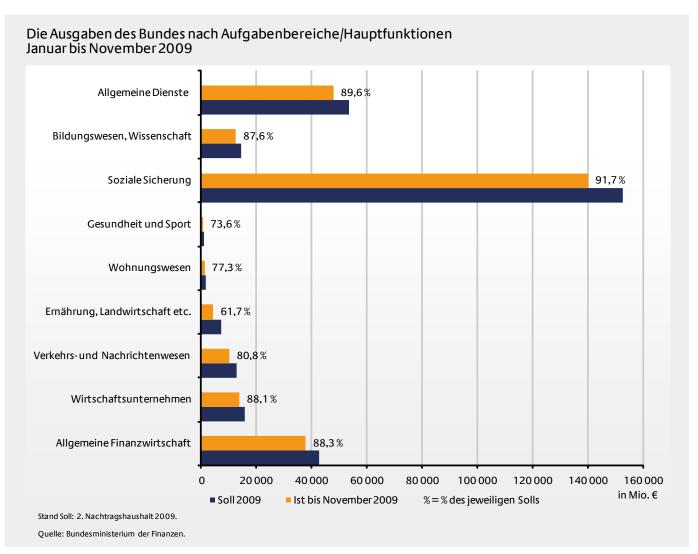
¹ Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

unter der mit dem 2. Nachtragshaushalt veranschlagten Steigerungsrate für das Gesamtjahr von +7,4%. Im Vergleich mit dem Zeitraum von Januar bis November 2008 ist diese moderate Ausgabenentwicklung vor allem auf gesunkene Zinsausgaben (-2,1 Mrd. €) zurückzuführen.

Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes lagen mit 223,1 Mrd. € um 8,7 Mrd. € unter dem Vorjahresergebnis. Die Steuereinnahmen beliefen sich auf 195,2 Mrd. €. Im Vorjahresvergleich bedeutet das einen Rückgang um - 5,2 % beziehungsweise 10,7 Mrd. €. Die Veränderungsrate liegt damit aber noch im Bereich der November-Steuerschätzung in Höhe von - 5,1%. Die erwartete Verschlechterung gegenüber dem Vormonat geht teilweise auf die im November erfolgte Kompensationszahlung des Bundes zum Ausgleich der bei den Ländern weggefallenen Kfz-Steuereinnahmen für das gesamte 4. Quartal zurück. Die Verwaltungseinnahmen lagen um + 7,6% über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Hier wirkt sich weiterhin der im März an den Bundeshaushalt abgeführte Jahresüberschuss der Deutschen Bundesbank aus, der um 2,0 Mrd. € höher als im Vorjahr ausfiel.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzierungssaldo

Aus der bisherigen Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben ergibt sich ein Finanzierungssaldo in Höhe von - 47,0 Mrd. €. Bei der Bewertung des Betrags ist zu beachten, dass die monatliche Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben nicht gleichmäßig verläuft. In der Regel steigt der Saldo im Jahresverlauf bis November an, um dann mit den erfahrungsgemäß höheren Steuereinnahmen im Dezember

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderung
	2008	2009 ¹	Januar bis Nov	ember 2009	Januar bis Nov	ember 2008	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio.€	in Mio.€	Anteil in %	in Mio.€	Anteil in %	111 /0
Konsumtive Ausgaben	257 992	270 639	247 028	91,4	242 069	92,4	2,0
Personalausgaben	27 012	27 791	26 520	9,8	25 471	9,7	4,1
Aktivbezüge	20 298	20 959	19 820	7,3	19 049	7,3	4,0
Versorgung	6714	6 832	6 700	2,5	6 422	2,5	4,3
Laufender Sachaufwand	19 742	21 129	17 769	6,6	16 265	6,2	9,2
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 421	1 451	1 225	0,5	1 180	0,5	3,8
Militärische Beschaffungen	9 622	10 360	8 3 3 2	3,1	7 713	2,9	8,0
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9 3 1 8	8 2 1 2	3,0	7 3 7 3	2,8	11,4
Zinsausgaben	40 171	41 431	36 768	13,6	38 866	14,8	-5,4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	168 424	179 871	165 563	61,3	158 848	60,6	4,2
an Verwaltungen	12930	15 055	13 076	4,8	11 521	4,4	13,5
an andere Bereiche	155 494	164 816	152 647	56,5	147 439	56,3	3,5
darunter:							
Unternehmen	22 440	23 930	20 622	7,6	19 306	7,4	6,8
Renten, Unterstützungen u.a.	29 120	30 881	27 536	10,2	27 136	10,4	1,5
Sozialversicherungen	99 123	104 653	100 037	37,0	96 668	36,9	3,5
Sonstige Vermögensübertragungen	2 642	417	408	0,2	2 619	1,0	-84,4
Investive Ausgaben	24 316	32 802	23 158	8,6	19 928	7,6	16,2
Finanzierungshilfen	17 117	24 153	16 456	6,1	14 052	5,4	17,1
Zuweisungen und Zuschüsse	14018	14961	12 534	4,6	11 369	4,3	10,2
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 395	8 257	3 004	1,1	1 989	0,8	51,0
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	935	919	0,3	694	0,3	32,4
Sachinvestitionen	7 199	8 649	6 702	2,5	5 875	2,2	14,1
Baumaßnahmen	5 777	7 061	5 452	2,0	4799	1,8	13,6
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 055	770	0,3	682	0,3	12,9
Grunderwerb	504	533	480	0,2	394	0,2	21,8
Globalansätze	0	- 134	0		0		
Ausgaben insgesamt	282 308	303 307	270 186	100,0	261 997	100,0	3,1

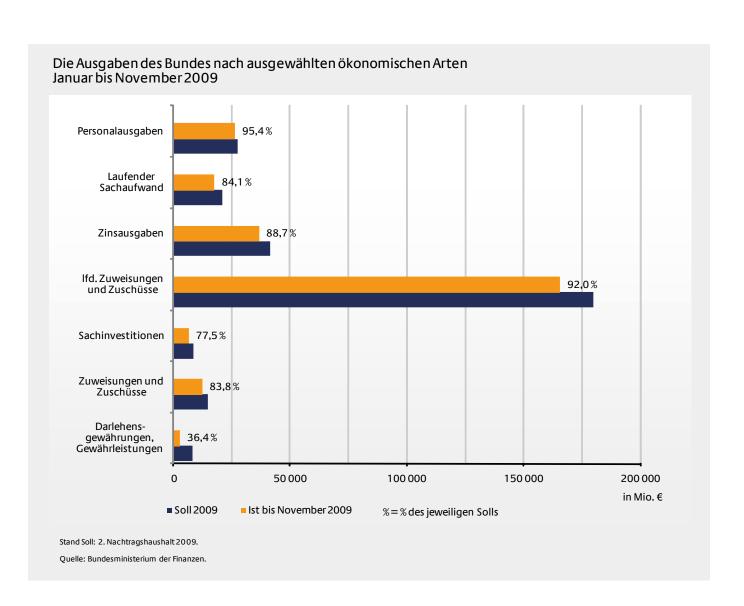
¹Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

eine erhebliche Reduzierung zu erfahren. Auf Basis der November-Steuerschätzung und der sich abzeichnenden Minderausgaben besteht daher weiterhin die Erwartung, dass die voraussichtliche Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt 2009 deutlich unter 40 Mrd. € liegen wird.

Sondervermögen ITF

Ein wesentlicher Bestandteil des im Februar des Jahres beschlossenen Konjunkturpakets II ist der "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF). Der Bund hat mit diesem Sondervermögen außerhalb des Bundeshaushalts bis 2011 insgesamt 20,4 Mrd. € für eine zusätzliche Investitionsförderung bereitgestellt. Bis einschließlich Ende November waren von diesen Mitteln 4,9 Mrd. € abgeflossen. Allein 3,7 Mrd. € wurden davon im Rahmen des Programms zur Stärkung der Pkw-Nachfrage ausgezahlt.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

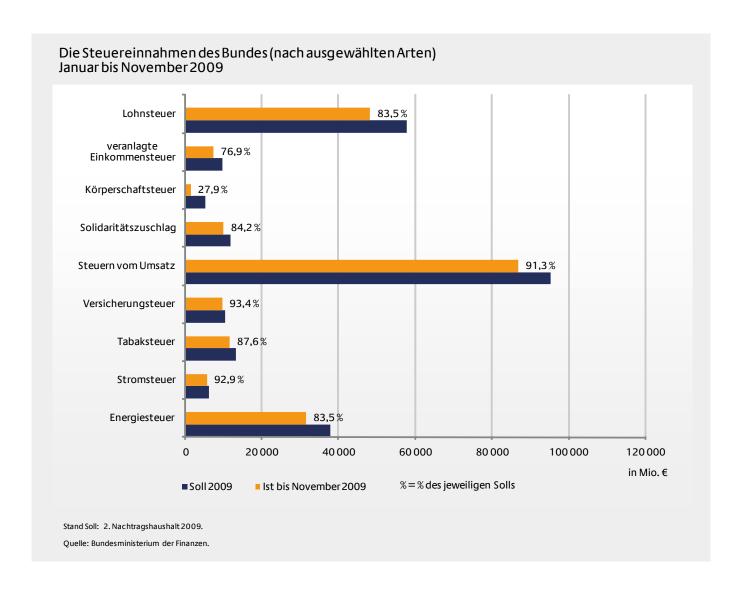
Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	Soll	Ist - Entw	vicklung	Ist - Entw	/icklung	.,
	2008	2009 ¹	Januar bis 1		Januar bis 1 20		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	/0
I. Steuern	239 231	224 068	195 203	87,5	205 881	88,8	-5,2
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	193 532	180772	155 864	69,9	167 569	72,3	-7,0
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge) ²	96 379	85 573	68 142	30,5	78 846	34,0	-13,6
davon:							
Lohnsteuer	60310	57 800	48 278	21,6	50926	22,0	-5,2
veranlagte Einkommensteuer	13 899	9711	7 472	3,3	9 678	4,2	-22,8
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 3 0 5	7270	5 736	2,6	7 094	3,1	-19,1
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ²	5922	5 3 3 7	5 132	2,3	5 504	2,4	-6,8
Körperschaftsteuer	7 943	5 455	1 524	0,7	5 644	2,4	-73,0
Steuern vom Umsatz	95 806	95 165	86 887	38,9	87 671	37,8	-0,9
Gewerbesteuerumlage	1 348	1164	835	0,4	1 052	0,5	-20,6
Energiesteuer	39 248	37 835	31 580	14,2	30 753	13,3	2,7
Tabaksteuer	13 574	13 380	11 725	5,3	11 892	5,1	-1,4
Solidaritätszuschlag	13 146	12 000	10 103	4,5	11 112	4,8	-9,1
Versicherungsteuer	10 478	10 450	9 765	4,4	9724	4,2	0,4
Stromsteuer	6 2 6 1	6200	5 758	2,6	5 709	2,5	0,9
Kraftfahrzeugsteuer	-	3 719	3 133	1,4	-	-	-
Branntweinabgaben	2 129	2 133	1894	0,8	1 937	0,8	-2,2
Kaffeesteuer	1 008	1 000	898	0,4	906	0,4	-0,9
Ergänzungszuweisungen an Länder	-14850	-13 784	-10 245	-4,6	-11 093	-4,8	-7,6
BNE-Eigenmittel der EU	-15 340	-16 470	-13 171	-5,9	-13 501	-5,8	-2,4
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-3 738	-2 260	-1 735	-0,8	-3 429	-1,5	-49,4
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 675	-6 775	-6211	-2,8	-6119	-2,6	1,5
Zuweisung an die Länderfür Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-	-4571	-4 571	-2,0	-	-	-
II. Sonstige Einnahmen	31 246	29 760	27 906	12,5	25 947	11,2	7,6
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4568	4339	4242	1,9	4241	1,8	0,0
Zinseinnahmen	737	911	538	0,2	678	0,3	-20,6
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	8 630	4004	3 692	1,7	4725	2,0	-21,9
Einnahmen zusammen	270 476	253 828	223 109	100,0	231 828	100,0	-3,8

¹Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

² Bis 2008 Zinsabschlag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM NOVEMBER 2009

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2009

Insgesamt sind die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im November 2009 gemessen am Vorjahr um - 6,7% gesunken. Dieser im Vergleich zum Oktober (-4,5%) etwas größere Rückgang hat seine Ursache in einer relativ starken Vorjahresbasis.

Die Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Steuern blieben im Berichtsmonat hinter dem Vorjahresniveau um insgesamt - 7,9 % zurück. Die mit einem unterschiedlichen Vorzeichen versehenen Entwicklungen bei Bundessteuern (+ 5,2 %) und Ländersteuern (- 35,8 %) resultieren aus dem Wechsel der Ertragskompetenz bei der Kraftfahrzeugsteuer. Seit dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus dieser Steuer dem Bund zu.

Bei den Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) war das Minus im November (-7,8 %) nicht mehr so stark wie im Vormonat (-10,4 %). Da im Oktober hohe EU-Abführungen das Ergebnis bestimmten, ist das November-Ergebnis als erwartete Normalisierung einzustufen.

Die kumulierte Veränderungsrate beläuft sich bei den Steuereinnahmen insgesamt für die Monate Januar bis November 2009 auf - 5,9 % und für den Bund auf - 4.6 %!.

Bei der Lohnsteuer ist der Rückgang im November 2009 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres mit - 6,8 % stärker ausgefallen als in den Monaten zuvor. Dabei hat der Anstieg der Kindergeldzahlungen und der ausgezahlten "Riester-Zulagen", die vom Aufkommen der Lohnsteuer Bei der veranlagten Einkommensteuer kam es im Vorjahresvergleich zu einer Verschlechterung um rund 250 Mio. €. Ohne den Einfluss zunehmender Arbeitnehmererstattungen wäre das Aufkommen gegenüber November 2008 in etwa konstant geblieben.

Das kassenmäßige Ergebnis bei der Körperschaftsteuer hat sich gemessen am Vorjahresmonat um rund 200 Mio. € verringert. Hier ist es nicht nur zu einer Erhöhung der Erstattungen für vergangene Jahre und zu einer Verminderung der Nachzahlungen, sondern auch zu einer Rückzahlung von Vorauszahlungen für das laufende Jahr gekommen.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag waren die Einnahmen im Berichtsmonat – ausgehend von einer relativ starken Vorjahresbasis – mit - 53,1% nur halb so hoch wie im November 2008. Im Falle der Abgeltungsteuer lag der negative Abstand bei rund einem Viertel (-26,4%). Zusammengenommen führte die Entwicklung bei diesen beiden Steuern zu einem Einnahmeverlust von über 500 Mio. € gegenüber dem Vorjahresmonat.

Hinter das Ergebnis des Vorjahres fielen mit -1,7% jetzt auch die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz zurück. Da bei den kassenmäßigen Eingängen aus der Mehrwertsteuer mit einer zeitlichen Verzögerung gegenüber den damit korrespondierenden Anmeldungen der Unternehmen von rund zwei Monaten zu

abgezogen werden, wiederum eine wichtige Rolle gespielt. Die per saldo errechnete Verminderung der kassenmäßigen Einnahmen hatte für die Monate Januar bis Oktober 2009 des Jahres kumuliert bei - 4,7 % gelegen.

¹ Abweichung zur Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2009

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2009	November	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis November	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2009	Veränderunggü. Vorjah
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. € ⁵	in%
Gemeinschaftliche Steuern					mino. c	
Lohnsteuer ²	10 067	-6,8	116984	-4,9	134 500	-5,2
Veranlagte Einkommensteuer	- 589	X	17581	-22,7	26 850	-17,9
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	230	-53,1	11 472	-19,0	12 995	-21,6
Abgeltungsteuer auf Zins- und						,
Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	758	-26,4	11 664	-6,8	12 729	-5,4
Körperschaftsteuer	-1 152	X	3 047	-73,0	6 3 6 0	-59,9
Steuern vom Umsatz	16079	-1,7	161 347	0,3	176 750	0,4
Gewerbesteuerumlage	170	-42,0	2 0 5 6	-21,6	2 750	-18,2
Erhöhte Gewerbesteuerumlage	113	-46,4	1 826	-30,7	2 471	-27,8
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	25 676	-7,9	325 976	-6,8	375 405	-6,9
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 562	0,7	31 580	2,7	39 250	0,0
Tabaksteuer	1 074	-10,3	11725	-1,4	13 580	0,0
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	174	-3,0	1892	-2,2	2 080	-2,2
Versicherungsteuer	678	0,6	9 765	0,4	10510	0,3
Stromsteuer	533	-8,0	5 758	0,9	6 3 5 0	1,4
Kraftfahrzeugsteuer (ab 1. Juli 2009) ³	593	X	3 133	X	3 642	X
Solidaritätszuschlag	603	-11,3	10 103	-9,1	11 850	-9,9
Übrige Bundessteuern	127	-6,9	1316	-1,1	1 466	-0,2
Bundessteuern insgesamt	7 342	5,2	75 272	3,9	88 728	2,8
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	324	10,0	4192	-4,7	4 578	-4,0
Grunderwerbsteuer	405	8,5	4 4 4 4 0	-16,8	4 685	-18,2
Kraftfahrzeugsteuer (bis 30. Juni 2009) ³	0	X	4398	X	4398	-50,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	118	6,8	1396	-1,7	1 480	-3,6
Biersteuer	54	-9,3	675	-1,9	727	-1,7
Sonstige Ländersteuern	34	-12,6	317	0,5	323	0,8
Ländersteuern insgesamt	935	-35,8	15 417	-24,2	16 191	-26,2
EU-Eigenmittel						
Zölle	294	-19,8	3 3 3 1	-9,3	3 700	-7,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	158	-49,4	1 735	-49,4	1 890	-49,4
BSP-Eigenmittel	1 481	10,9	13 171	-2,4	15 170	-1,1
EU-Eigenmittel insgesamt	1 933	-4,0	18 237	-11,5	20 760	-10,1
Bund ⁴	15 943	-7,8	195 322	-4,6	226 989	-5,1
Länder ⁴	14 539	-5,5	181 632	-6,6	207 017	-6,7
EU	1 933	-4,0	18 237	-11,5	20 760	-10,1
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 834	-9,1	24 805	-6,7	29 258	-6,6
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	34 248	-6,7	419 996	-5,9	484 024	-6,1

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^2\,\}text{Nach\,Abzug\,der\,Kindergelder stattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"{u}r\,\text{Steuern.}}$

 $^{^3}$ Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kfz-Steuer dem Bund zu.

 $^{^4\,}Nach\,Erg\"{a}nzungszuweisungen; Abweichung\,zu\,Tabelle\,"Einnahmen\,des\,Bundes"\,ist\,methodisch\,bedingt\,(vgl.\,Fn.\,1).$

 $^{^{5}}$ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2009.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2009

rechnen ist, passt dieses Ergebnis zu den vergleichsweise schwachen Ergebnissen bei den Einzelhandelsumsätzen vom September. Die Zuflüsse aus der Einfuhrumsatzsteuer verminderten sich allerdings noch viel deutlicher (- 23,1%). Das dürfte daran liegen, dass die Drittlandseinfuhren von den Preisen wie vom Volumen her noch erheblich unter dem Niveau des Vorjahres liegen. Da sich dann auch die diesbezüglichen Vorsteuerabzüge verringern, hat sich bei der Umsatzsteuer gleichwohl ein Plus (+ 5,4%) ergeben.

Die reinen Bundessteuern übertrafen den Stand vom Vorjahr in der Summe um +5,2%. Getragen wurde dieses Ergebnis überwiegend von den Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer, deren Erträge seit dem 1. Juli 2009 dem Bund zustehen. Ohne den Wechsel der Ertragskompetenz wäre der Vergleich mit dem Vorjahr bei den Bundessteuern negativ ausgefallen (-3,3%), denn mit Ausnahme der Energiesteuer (+0,7%) und der Versicherungsteuer (+0,6%), die ihr Niveau vom Vorjahr in etwa hielten,

waren hier überwiegend Rückgänge zu verzeichnen (Branntweinsteuer - 3,0 %, Stromsteuer - 8,0 %, Tabaksteuer - 10,3 %). Beim Solidaritätszuschlag führte die Schwäche seiner Bemessungsgrundlagen im November ebenfalls zu einem Minus (-11,3 %).

Bei den reinen Ländersteuern lagen die Einbußen im November gemessen am Vorjahresergebnis bei rund einem Drittel (-35,8%). Hier macht sich der Wechsel in der Ertragskompetenz der Kraftfahrzeugsteuer spiegelbildlich zu den reinen Bundessteuern bemerkbar. Ohne diese institutionelle Änderung hätte sich bei den Ländersteuern in der Summe ein Plus ergeben (+ 6,7%). Bei der Erbschaftsteuer wurde der deutlichste Anstieg (+10,0%) erzielt. Erfreulich entwickelten sich auch die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer (+ 8,5%) und der Rennwett- und Lotteriesteuer (+6,8%). Ein Rückgang im Vergleich zum Vorjahr wurde dagegen bei der Biersteuer (- 9,3%) ausgewiesen.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im November durchschnittlich 3,71% (Oktober 3,70%).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe notierte Ende November bei 3,17 % (Oktober 3,27 %).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich sowohl Ende Oktober als auch Ende November auf 0,72 %.

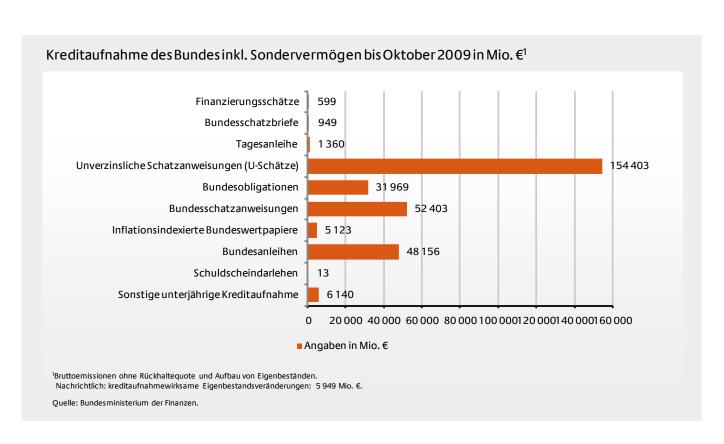
Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 3. Dezember 2009 die seit Mai 2009 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % beziehungsweise 0,25 % belassen.

Der Deutsche Aktienindex stieg zum 30. November auf 5 626 Punkte (Oktober 5 415 Punkte).

Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 744 Punkten im Oktober auf 2 797 Punkte im November.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 sank im Oktober auf 0,3 % nach 1,8 % im September und 2,6 % im August. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsraten von M3 für den Zeitraum von August bis Oktober verringerte sich auf 1,6 %, nachdem er im Zeitraum



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Juli bis September bei 2,5 % gelegen hatte (Referenzwert 4,5%).

Die Wachstumsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Oktober 0,5 % (September 1,0 %, August 1,1%).

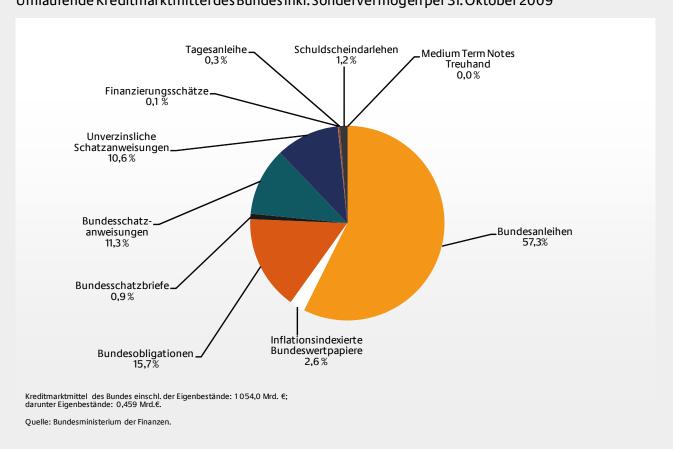
In Deutschland betrug die Wachstumsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen im Oktober 1,56% (September 1,76%, August 1,77%).

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen (Finanzmarktstabilisierungsfonds und Investitions- und Tilgungsfonds) betrug bis einschließlich Oktober 301.1 Mrd. €.

Davon wurden 291,0 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurde am 10. Juni 2009 im Tenderverfahren eine 1,75 %ige Neuemission einer inflationsindexierten Bundesanleihe (ISIN DE 0001030526, WKN 103052) mit einem Volumen von 3,0 Mrd. € begeben. Diese wurde am 28. Oktober 2009 um weitere 2,0 Mrd. € auf insgesamt 5,0 Mrd. € aufgestockt. Weiterhin wurde am 21. September 2009 eine 1,5 %ige Neuemission einer US-Dollar-Anleihe (ISIN DE 0001030120, WKN 103012) über ein Bankenkonsortium begeben. Die Anleihe hat eine Laufzeit von drei Jahren und ein Emissionsvolumen von 4,0 Mrd. US-Dollar (2,7 Mrd. €). Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsaufbau: 6,0 Mrd. €).

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 31. Oktober 2009



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2009 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						in	Mrd.€						
Anleihen	14,3	-	-	-	-	-	31,5	-	-	-			45,8
Bundesobligationen	-	-	-	18,0	-	-	-	-	-	18,0			36,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	14,0	-	-	13,0	-			42,0
U-Schätze des Bundes	6,8	6,8	6,9	5,9	5,9	5,9	11,9	12,2	12,0	11,9			86,3
Bundesschatzbriefe	0,3	0,0	0,2	0,0	0,0	0,1	0,0	0,2	0,0	0,1			1,1
Finanzierungsschätze	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3	0,5			2,0
Tagesanleihe	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1			1,9
Fundierungsschuld- verschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,0			0,0
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			-
Entschädigungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			-
Schuldscheindarlehen	0,0	0,2	0,0	0,2	-	-	-	-	0,0	0,0			0,4
Kredite zur Rekapitalisierung	10,2	2,0	2,0	-	-	0,1	-	-	-	-			14,3
Sonstige Schulden gesamt	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0			0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	32,1	9,4	24,5	24,4	6,2	20,5	43,9	12,7	25,5	30,6			229,8

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2009 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						ir	n Mrd. €						
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,6	0,2	1,2	3,6	0,1	1,9	13,7	0,2	1,3	3,2			39,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die im Oktober 2009 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2009".

Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich Oktober 2009 die Tilgungen auf rund 229,8 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 39,0 Mrd. €.

Der Bruttokreditbedarf wurde zur Finanzierung des Bundeshaushaltes in Höhe von 231,4 Mrd. €, der Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 65,8 Mrd. € und der Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 3,9 Mrd. € eingesetzt.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2009 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesanleihe ISIN DE0001135366 WKN 113536	Aufstockung	7. Oktober 2009	30 Jahre fällig 4. Juli 2040 Zinslaufbeginn 4. Juli 2008 erster Zinstermin 4. Juli 2090	ca.2 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137271 WKN 113727	Aufstockung	14. Oktober 2009	2 Jahre fällig 16. September 2011 Zinslaufbeginn 11. September 2009 erster Zinstermin 16. September 2010	ca.4 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141554 WKN 114155	Aufstockung	28. Oktober 2009	5 Jahre fällig 10. Oktober 2014 Zinslaufbeginn 25. September 2009 erster Zinstermin 10. Oktober 2010	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135390 WKN 113539	Neuemission	11. November 2009	10 Jahre fällig 4. Januar 2020 Zinslaufbeginn 13. November 2009 erster Zinstermin 4. Januar 2011	ca.6 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137289 WKN 113728	Neuemission	18. November 2009	2 Jahre fällig 16. Dezember 2011 Zinslaufbeginn 20. November 2009 erster Zinstermin 16. Dezember 2010	ca.6 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141554 WKN 114155	Aufstockung	25. November 2009	5 Jahre fällig 10. Oktober 2014 Zinslaufbeginn 25. September 2009 erster Zinstermin 10. Oktober 2010	ca.5 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137289 WKN 113728	Aufstockung	9. Dezember 2009	2 Jahre fällig 16. Dezember 2011 Zinslaufbeginn 20. November 2009 erster Zinstermin 16. Dezember 2010	ca.5 Mrd.€
			4. Quartal 2009 insgesamt	ca. 33 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2009 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115483 WKN 111548	Neuemission	12. Oktober 2009	6 Monate fällig 14. April 2010	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115491 WKN 111549	Neuemission	26. Oktober 2009	12 Monate fällig 27. Oktober 2010	ca. 4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115509 WKN 111550	Neuemission	16. November 2009	6 Monate fällig 12. Mai 2010	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE00011155517 WKN 111551	Neuemission	23. November 2009	12 Monate fällig 24. November 2010	ca. 4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115525 WKN 111552	Neuemission	7. Dezember 2009	6 Monate fällig 16. Juni 2010	ca. 6 Mrd. €
			4. Quartal 2009 insgesamt	ca. 26 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Das BIP-Wachstum im 3. Quartal wurde von verstärkter Investitionstätigkeit getragen.
- Der jüngste Rückgang der Industrieproduktion deutet auf Abschwächung der Wachstumsdynamik in der Industrie hin.
- Der Arbeitsmarkt zeigt sich auch im November bemerkenswert robust.
- Die Umsatzentwicklung im Einzelhandel spricht für weitere Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte im Schlussquartal.

Die konjunkturelle Erholung hat sich in Deutschland im 3. Quartal beschleunigt fortgesetzt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist preis-, kalender- und saisonbereinigt um +0.7%gegenüber dem Vorquartal angestiegen, nachdem die entsprechende Wachstumsrate im 2. Quartal noch +0.4% betragen hatte.

Die ausführlichen Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 3. Quartal zeigen, dass deutliche Wachstumsimpulse von den Investitionen ausgingen: Es kam im Vorquartalsvergleich sowohl zu einer Ausweitung der Investitionen in Bauten (preis-, kalender- und saisonbereinigt +1,5%) als auch zu einer Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen (+ 0,8%). Damit scheinen sich vor allem die Ausrüstungsinvestitionen auf niedrigem Niveau zu stabilisieren. Das Vorjahresniveau wurde jedoch weiterhin um mehr als 20 % unterschritten. Die Bautätigkeit wurde erheblich durch Investitionen im Bereich des öffentlichen Baus (+4,6 % gegenüber dem Vorquartal) begünstigt. Dies dürfte vor allem auf spürbare Impulse der staatlichen Fördermaßnahmen zurückzuführen sein.

Dämpfend auf das Wirtschaftswachstum wirkten dagegen der Rückgang der Privaten Konsumausgaben sowie ein rechnerisch negativer Wachstumsbeitrag der Nettoexporte. Für sich genommen

kamen von der deutlichen Ausweitung der Exporttätigkeit (real + 3,4 % gegenüber dem Vorguartal) zwar positive Impulse. Allerdings stand dieser ein noch kräftigerer Anstieg der Importe (+5,0%) gegenüber. Die deutliche Zunahme der Importe trug aber zugleich zu einem Aufbau von Lagerbeständen bei, was den negativen Außenbeitrag rechnerisch mehr als kompensierte. Die nach deutlicher Belebung im 1. Halbjahr seit Jahresmitte beobachtete Verringerung des privaten Konsums dürfte Ausdruck einer anhaltenden Unsicherheit über die weiteren Arbeitsplatz- und Einkommensperspektiven der privaten Haushalte sein, auch wenn die Reaktion auf dem Arbeitsmarkt – angesichts des Einbruchs des gesamtwirtschaftlichen Produktionsniveaus – bisher noch außerordentlich moderat ausfiel.

Während sich die wirtschaftliche Erholung in der Verlaufsbetrachtung zu festigen scheint, ist am Vorjahresvergleich weiterhin die Schärfe des konjunkturellen Einbruchs im Winterhalbjahr 2008/2009 abzulesen. Die Wirtschaftsleistung im 3. Quartal 2009 lag um real 4,7% niedriger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum (kalenderbereinigt: -4,8%).

Die aktuellen Indikatoren deuten auf eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung hin. Sowohl die Industrieproduktion als auch die Auftragseingänge sind deutlich

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

aufwärtsgerichtet. Die Abschwächung dieser Industrieindikatoren am aktuellen Rand könnte jedoch auf eine Normalisierung des Expansionstempos hindeuten. Auch vor dem Hintergrund der nachlassenden Stimuli der konjunkturstützenden Maßnahmen im In- und Ausland erscheint eine verhaltene Entwicklung in der Industrie und damit ebenso in der Gesamtwirtschaft wahrscheinlich, zumal auch im Schlussquartal tendenziell mit einer weiter nachlassenden privaten Konsumtätigkeit gerechnet werden muss.

Die Entwicklung der Einnahmen aus der Lohnsteuer ist durch die immer noch überraschend robuste Beschäftigungslage geprägt. So ist das Bruttoaufkommen (vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) kumuliert von Januar bis November um 1,3 % gegenüber dem Vorjahr gesunken, was gemessen am Einbruch der Wirtschaftsleistung, als moderat eingeschätzt werden kann. Die Verminderung der Einnahmen aus der Steuer vom Umsatz für November (-1,7% gegenüber dem Vorjahr) passt zu der abwärtsgerichteten Entwicklung der Einzelhandelsumsätze. Kumuliert von Januar bis November sind die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz noch leicht angestiegen, was die Annahme einer leichten Zunahme der Privaten Konsumausgaben im Jahresdurchschnitt 2009 stützt.

Die Entwicklung der Weltwirtschaft scheint inzwischen ihren Tiefpunkt durchschritten zu haben. Das allmähliche Anziehen der Weltkonjunktur spiegelt sich in einem deutlichen Aufwärtstrend der nominalen Warenexporte und Warenimporte wider. Im Vorjahresvergleich ist allerdings noch der erhebliche Einbruch der Handelstätigkeit erkennbar. So lagen die Warenexporte und -importe im Oktober (nach Ursprungswerten) um mehr als 15 % unter ihrem vergleichbaren Vorjahresniveau. Kumuliert von Januar bis Oktober 2009 fiel die Verringerung der Exporttätigkeit noch wesentlich stärker aus (-21,4%). Dabei war der Ausfuhrrückgang in den Euroraum (-18,7%) und in Drittländer

(-20,5%) unterdurchschnittlich. Besonders ausgeprägt zeigte sich dagegen die Abnahme der Exporte in den Nicht-Euroraum der Europäischen Union (-28,1%).

Die Aussichten für eine sich im Verlauf fortsetzende Exportdynamik sind günstig. Angesichts zuletzt rückläufiger Importe könnte dies auf einen positiven außenwirtschaftlichen Wachstumsimpuls im 4. Quartal hindeuten. Bei den vom ifo-Institut befragten Unternehmen überwog im November zum zweiten Mal in Folge die Zahl der Unternehmen, die ihre Exportperspektiven optimistisch beurteilen. Auch das ifo-Weltwirtschaftsklima hat sich seit dem 2. Quartal deutlich verbessert. Dabei war der Anstieg des Indikators für Asien besonders ausgeprägt. Einerseits könnte die – trotz Abschwächung im Oktober – dynamische Aufwärtsentwicklung der Auslandsnachfrage nach deutschen Industriegütern ein Indiz dafür sein, dass sich die Weltwirtschaft sogar schneller und kräftiger erholt als bisher von vielen Beobachtern angenommen. Andererseits könnte aber auch das Nachlassen der weltweiten fiskalischen Impulse zu einer Normalisierung der Nachfrageentwicklung führen und die Exporttätigkeit dämpfen. Hinzu kommt, dass die aktuelle Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporte belastet. Die unterschiedlichen Prognosen für die Welthandelsdynamik (IWF, OECD) verdeutlichen die derzeit bestehende Unsicherheit.

Zu Beginn des Schlussquartals 2009 zeigen die Industrieindikatoren eine Abschwächung der Aktivität in der Industrie. Im Oktober schrumpfte die industrielle Erzeugung in saisonbereinigter Betrachtung merklich gegenüber dem Vormonat. Dies war vor allem auf eine geringere Produktion im Investitionsgüterbereich zurückzuführen. Hierfür dürften sowohl ein deutlicher Produktionsrückgang im Maschinenbau (-7,6 %) als auch bei Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-3,3 %) ausschlaggebend

 $Konjunkturent wicklung \ aus\ finanzpolitischer\ Sicht$

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2008		Veränderung in % gegenüber						
	Mrd.€		Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr						
	bzw. Index	ggü. Vorj. in %	1. Q.09	2.Q.09	3.Q.09	1. Q.09	2.Q.09	3.Q.09	
Bruttoinlandsprodukt									
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	110,3	+1,3	-3,5	+0,4	+0,7	-6,4	-7,0	-4,7	
jeweilige Preise	2 496	+2,8	-3,4	+0,8	+1,5	-5,0	-5,8	-2,9	
Einkommen									
Volkseinkommen	1886	+2,5	-4,0	-0,3	+3,6	-6,5	-6,7	-3,0	
Arbeitnehmerentgelte	1 2 2 5	+3,7	-0,5	-0,2	+0,1	+1,1	-0,1	-0,6	
Unternehmens- und									
Vermögenseinkommen	661	+0,2	-10,8	-0,4	+11,3	-18,7	-18,7	-7,1	
Verfügbare Einkommen									
der privaten Haushalte	1 558	+2,7	-0,1	+1,1	-0,1	+0,4	+0,6	+0,2	
Bruttolöhne ugehälter	996	+4,0	-1,5	+0,1	+0,4	+0,7	-0,5	-0,8	
Sparen der privaten Haushalte	179	+7,7	-0,8	-0,9	+1,6	+2,3	-0,0	+2,2	
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge									
	-	2008			Veränderung ir			n % gegenüber	
	Mrd.€	ggü.Vorj.	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr			
	bzw. Index	in%	Sep 09	Okt 09	Zweimonats- durchschnitt	Sep 09	Okt 09	Zweimonat: durchschnit	
in jeweiligen Preisen								a a c i i i i i i i i i i i i i i i i i	
Umsätze im Bauhauptgewerbe(Mrd.€)	86	+6,1	-0,3		-0,1	-4,1		-4,5	
Außenhandel (Mrd. €)									
Waren-Exporte	984	+2,0	+3,6	+2,5	+3,4	-19,0	-15,9	-17,4	
Waren-Importe	806	+4,7	+5,8	-2,4	+4,8	-16,3	-15,3	-15,8	
in konstanten Preisen von 2005									
Produktion im Produzierenden	111,5	-0,0	+3,1	-1,8	+3,0	-12,6	-12,4	-12,5	
Gewerbe (Index 2005 = 100) ¹	111,3	-0,0	13,1	-1,0	13,0	-12,0	-12,4		
Industrie ²	113,4	+0,2	+3,7	-1,6	+3,9	-14,0	-13,6	-13,8	
Bauhauptgewerbe	108,3	-0,6	-2,7	-2,4	-1,6	+2,4	+0,4	+1,4	
Umsätze im Produzierenden Gewerbe ¹									
Industrie (Index 2005 = 100) ²	112,6	-0,3	+1,9	-0,7	+2,5	-13,6	-14,0	-13,8	
Inland	108,8	+0,1	-0,5	+0,4	+1,2	-12,1	-11,3	-11,7	
Ausland	117,2	-0,8	+4,7	-1,9	+4,1	-15,4	-16,8	-16,1	
Auftragseingang	, ,	0,0	,,	.,5	,.	, .	. 5,0	10,1	
(Index 2005 = 100) ¹									
Industrie ²	111,3	-7,1	+1,3	-2,1	+1,3	-12,6	-8,5	-10,6	
Inland	108,3	-5,7	-2,4	-0,5	-3,1	-14,1	-8,3	-11,3	
Ausland	113,8	-8,2	+4,5	-3,5	+5,2	-11,5	-8,8	-10,2	
Bauhauptgewerbe	102,8	-4,3	-5,9		-1,0	-6,1		-2,1	
Umsätze im Handel (Index 2005=100)									
Einzelhandel									
(ohne Kfz und mit Tankstellen)	99,1	+0,1	+0,5	+0,0	-0,3	-2,6	-1,6	-2,1	
Handel mit Kfz	93,3	-4,3	-1,9	-1,5	-3,0	+0,4	+0,1	+0,3	

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2008		Veränderung in Tsd. gegenüber						
	Personen Mio.	ggü. Vorj. in%	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr			
			Sep 09	Okt 09	Nov 09	Sep 09	Okt 09	Nov 09	
Arbeitslose (nationale									
Abgrenzung nach BA)	3,27	-13,5	-14	-26	-7	+266	+232	+227	
Erwerbstätige, Inland	40,28	+1,4	+3	-13		-104	-145		
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,46	+2,2	-10			-202			
Preisindizes	7	2008	Veränderung ir			1% gegenüber			
2005=100		aaii Vari in %		Vorperiode			Vorjahr		
	Index	ggü. Vorj. in %	Sep 09	Okt 09	Nov 09	Sep 09	Okt 09	Nov 09	
Importpreise	109,9	+4,5	-0,9	+0,5		-11,4	-8,1		
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	112,7	+5,5	-0,5	+0,0		-7,6	-7,6		
Verbraucherpreise	106,6	+2,6	-0,4	+0,1	-0,1	-0,3	+0,0	+0,4	
ifo-Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saison bereinigte Salden								
	Apr 09	Mai 09	Jun 09	Jul 09	Aug 09	Sep 09	Okt 09	Nov 09	
Klima	-32,9	-31,8	-28,5	-25,7	-19,5	-17,9	-16,7	-12,9	
Geschäftslage	-36,0	-37,9	-38,1	-34,3	-30,8	-29,1	-28,6	-25,1	
Geschäftserwartungen	-29,7	-25,5	-18,4	-16,6	-7,5	-6,0	-3,9	+0,2	

¹Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

gewesen sein. Im letztgenannten Bereich dürfte dies auch auf das Auslaufen der Umweltprämie im September dieses Jahres zurückzuführen sein. Bei der Herstellung von Konsumgütern wurde das Produktionsniveau des Vormonats ebenfalls unterschritten (-1,9%). Dagegen stieg die Erzeugung von Vorleistungsgütern im Oktober den sechsten Monat in Folge an. Insgesamt ist im Zweimonatsvergleich aber weiterhin eine deutliche Ausweitung der Industrieproduktion zu verzeichnen (saisonbereinigt + 3,9%).

Der Umsatz in der Industrie ging im Oktober zurück, was vor allem auf das deutliche Minus im Investitionsgüterbereich zurückzuführen war (saisonbereinigt - 4,1% gegenüber dem Vormonat). Dagegen kam es bei den Vorleistungsgütern sowohl im Inland (+3,5%) als auch im Ausland (+2,3%) zu einem Umsatzplus. Insgesamt stellt sich die Umsatzentwicklung in der Industrie weiterhin günstig dar. Im Zweimonatsvergleich bleiben die Umsätze deutlich aufwärtsgerichtet.

Das industrielle Auftragsvolumen war im Oktober erstmals seit Februar 2009 wieder rückläufig. Insbesondere inländische Bestellungen von Investitionsgütern (-6,7%) lagen unter dem Vormonatsniveau. Die dennoch weiterhin aufwärtsgerichtete Entwicklungstendenz der Auftragseingänge spricht weiterhin für eine Zunahme der Industrieproduktion im Schlussquartal. Angesichts der nachlassenden Dynamik der Nachfrage dürfte die Produktionsausweitung jedoch geringer ausfallen als im 3. Vierteljahr. Für eine Normalisierung des Expansionstempos der Industrieindikatoren spricht auch die

²Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Entwicklung des ifo-Geschäftsklimas: Die Unternehmensstimmung im Verarbeitenden Gewerbe verbesserte sich im November nochmals spürbar. Der Anstieg war dabei maßgeblich von einer optimistischeren Beurteilung der Geschäftsperspektiven getragen. Die im Vergleich hierzu immer noch ungünstigere Beurteilung der Geschäftslage erhöht das Risiko bevorstehender Abwärtskorrekturen der Geschäftserwartungen.

Die Produktion im Bauhauptgewerbe blieb im Oktober zum zweiten Mal in Folge hinter ihrem Vormonatsergebnis zurück. Damit ist die Bauproduktion im Zweimonatsvergleich nun abwärtsgerichtet. Spürbare Impulse der staatlichen Fördermaßnahmen für das Bauhauptgewerbe sind daher an der Entwicklung der Bauproduktion derzeit nicht ablesbar. Allerdings könnte die Bauproduktion in den nächsten Monaten wieder anziehen. Darauf deutet zumindest ein Anstieg des Auftragseingangs und der Baugenehmigungen im Hochbau, insbesondere von öffentlichen Bauherren, im 3. Quartal hin.

Die private Konsumtätigkeit hat sich auch zu Beginn des Schlussquartals 2009 nicht belebt. Das Umsatzergebnis im Einzelhandel (ohne Kfz) blieb gegenüber dem Vormonat in realer Rechnung zwar unverändert. Der aussagekräftigere Zweimonatsvergleich zeigt jedoch, dass die Verkaufserlöse weiterhin abwärtsgerichtet sind. Im Zeitraum September/Oktober wurden in saisonbereinigter Betrachtung real 0,3% weniger umgesetzt als im Durchschnitt der Monate Juli/August. Im Handel mit Kfz (inklusive Instandhaltung und Reparatur) setzte sich der Abwärtstrend der Einzelhandelsumsätze im Oktober fort. Das Vormonatsergebnis wurde (saisonbereinigt) zum vierten Mal in Folge unterschritten. Im September/Oktober blieben die Umsätze im Kfz-Einzelhandel um 3 % gegenüber dem vorangegangenen Zweimonatsabschnitt zurück. Während die Stimmungsindikatoren (GfK-Anschaffungsneigung, ifo-Geschäftsklima für den Einzelhandel) insgesamt auf eine gewisse Belebung des privaten
Konsums hindeuten, werden die positiven
Umfrageergebnisse von den Umsatzzahlen
damit nach wie vor nicht gestützt. Mit Blick
auf das Umsatzergebnis im Oktober deutet
der verhaltene Einstieg in das Schlussquartal
2009 darauf hin, dass von der privaten
Konsumnachfrage im 4. Quartal keine
Wachstumsimpulse zu erwarten sind.
Vielmehr ist vor dem Hintergrund bestehender
Arbeitsplatzrisiken tendenziell eine weitere
Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte
zu erwarten.

Der Arbeitsmarkt zeigte sich auch im November bemerkenswert robust. In saisonbereinigter Betrachtung sank die Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vormonat nochmals um 7000 Personen. Ohne Sondereffekt im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente hätte die Arbeitslosigkeit laut Schätzung der Bundesagentur für Arbeit (BA) jedoch um 10 000 Personen zugenommen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl registrierter Arbeitsloser im November um 227 000 auf 3,22 Millionen Personen an. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 7,6 % und damit einen halben Prozentpunkt höher als noch vor einem Jahr.

Nach leichtem Anstieg im Vormonat ist die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) im Oktober erneut zurückgegangen (-13 000 Personen gegenüber September 2009). Zugleich lag sie nach Ursprungswerten mit 40,70 Millionen Personen um 145 000 niedriger als vor einem Jahr. Im Vorjahresvergleich fiel der Beschäftigungsrückgang im Oktober damit stärker aus als noch im September (-104 000).

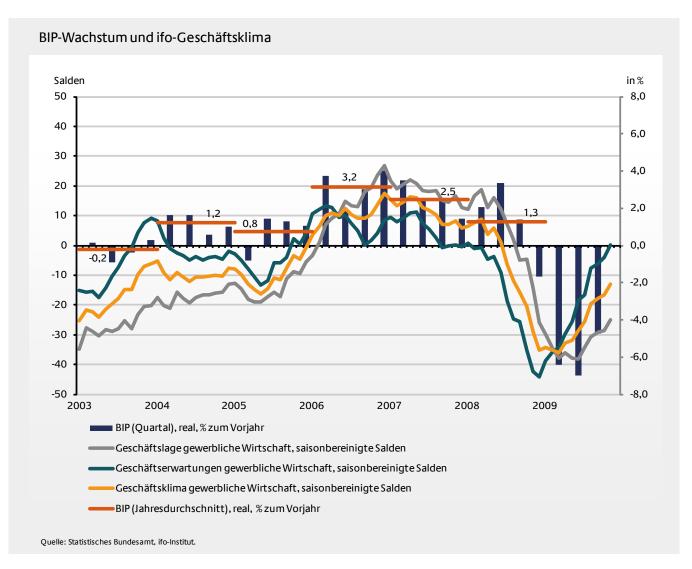
Die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse verringerte sich – nach Hochrechnungen der BA – im September gegenüber dem Vormonat (saisonbereinigt) leicht um 10 000 Personen.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Im Vergleich zum Vorjahr wurde die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung deutlich abgebaut (- 202 000 Personen). Nach Branchen betrachtet zeigt sich, dass im Bereich konsumorientierter Dienstleistungen weiterhin ein Beschäftigungsaufbau zu verzeichnen ist. Dagegen gab es bei wirtschaftlichen Dienstleistungen vor allem bei den Arbeitnehmerüberlassungen und im Verarbeitenden Gewerbe deutliche Beschäftigungsrückgänge.

Insgesamt stellt sich die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in der Verlaufsbetrachtung in den vergangenen fünf Monaten wesentlich günstiger dar als noch in der

ersten Jahreshälfte. Dies gilt auch unter Berücksichtigung der Sondereffekte infolge der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit wurde durch die starke Inanspruchnahme der Kurzarbeit sowie die Nutzung tariflicher Regelungen zur vorübergehenden Verkürzung der Wochenarbeitszeit erheblich gedämpft. Die Unternehmen versuchen offenbar, in Erwartung einer Fortsetzung der konjunkturellen Erholung ihr Fachpersonal zu halten. Für die weitere Entwicklung am Arbeitsmarkt ist daher entscheidend. ob der zunehmende Optimismus in den Unternehmen tatsächlich durch die



KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

konjunkturelle Entwicklung gestützt wird. Vor allem im Falle einer Abschwächung der Wachstumsdynamik wäre angesichts der erheblich gestiegenen Lohnstückkosten im Vergleich zum Vorjahr mit einem verstärkten Beschäftigungsabbau durch die Unternehmen zu rechnen.

Die Preisentwicklung verlief auch im November in ruhigen Bahnen. Auf der Verbraucherstufe kam es erstmals seit Juni 2009 wieder zu einem leichten Preisniveauanstieg im Vorjahresvergleich (Verbraucherpreisindex: +0,4%). Das Preisniveau vom Oktober 2009 wurde dagegen nur geringfügig unterschritten (-0,1%). Im Vorjahresvergleich wirkte sich die Preisentwicklung für Energie leicht dämpfend aus (-2,5%). Preisrückgänge verzeichneten vor allem Gas (-18,7%) und Heizöl (-14,9%). Strom war dagegen teurer als vor einem Jahr (+5,8%). Die Kraftstoffpreise überschritten erstmals seit November 2008 das Niveau des Vorjahres (+5,6%). Ohne Berücksichtigung der Energiepreise hätte die Inflationsrate bei 0,7 % gelegen. Nahrungsmittel verbilligten sich gegenüber November 2008 um 2,2 %. Der Preisanstieg im Vorjahresvergleich zeigt, dass die statistischen Basiseffekte – im Zusammenhang mit dem starken Energiepreisanstieg im Vorjahr erwartungsgemäß allmählich auslaufen und positive Jahresveränderungsraten wieder die Regel sein dürften. So fielen die Preisrückgänge gegenüber dem Vorjahr bei Heizöl spürbar geringer aus als noch im Oktober, und auch der Vorjahresabstand bei den Nahrungsmittelpreisen verringerte sich etwas. Das ruhige Preisklima dürfte bis auf

Weiteres anhalten. Darauf deutet auch die weiterhin günstige Preisentwicklung auf vorgelagerten Stufen der Produktionskette hin.

Der Index der Einfuhrpreise ging im Oktober im Vergleich zum Vorjahr um 8,1% zurück. Gegenüber September 2009 stiegen die Importpreise dagegen um 0,5 % an. Der Preisrückgang gegenüber dem Vorjahr ist weiterhin auf rückläufige Importpreise für Rohöl und Mineralölerzeugnisse zurückzuführen (-7,4% und -14,0%), wobei sich der Vorjahresabstand jedoch deutlich verringert hat. Ohne Einrechnung von Erdöl und Mineralölerzeugnissen lagen die Importpreise um 7,9 % unter dem Vorjahresniveau. Erneut waren die Einfuhrpreise für Erdgas stark rückläufig (-45,3% gegenüber dem Vorjahr). Auch im Nahrungsmittelbereich war ein weiterer Preisniveaurückgang zu verzeichnen. Hier haben sich die Vorjahresabstände jedoch spürbar verringert.

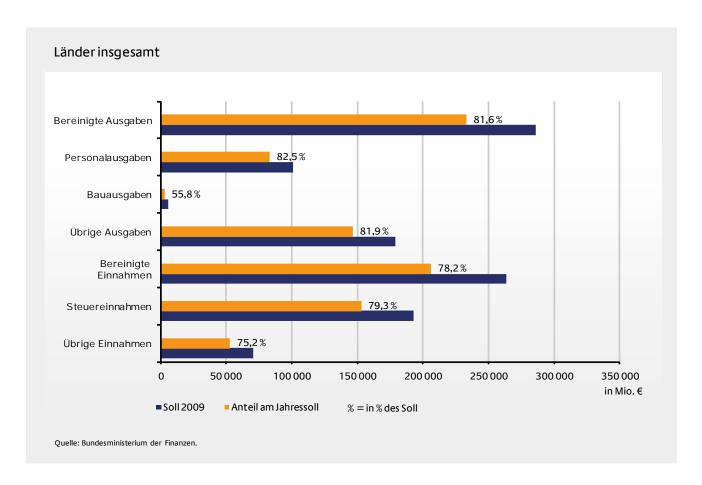
Das Niveau der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte sank im Oktober erneut um 7,6 % gegenüber dem Vorjahr. Im Vergleich zum Vormonat blieb der Preisindex unverändert. Fast drei Viertel des Preisrückgangs gegenüber dem Vorjahr sind auf rückläufige Energiepreise zurückzuführen (-16,6 %). Ohne Berücksichtigung von Energie lagen die Erzeugerpreise im Oktober um 3,3 % unter dem Niveau des Vorjahres. Vorleistungsgüter verbilligten sich um 6,1% (Metalle: -17,9 %). Ebenso kam es bei den Erzeugerpreisen für Nahrungsmittel gegenüber Oktober 2008 zu einem spürbaren Preisrückgang (-5,7 %).

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2009

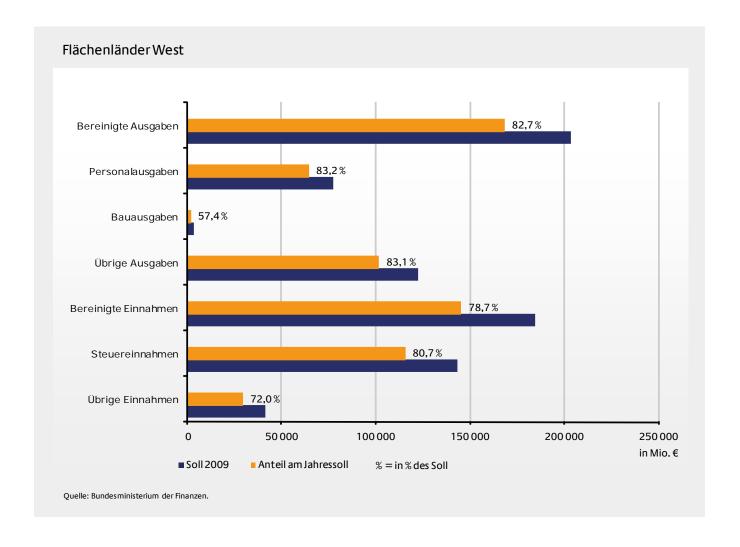
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2009

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Oktober 2009 vor.

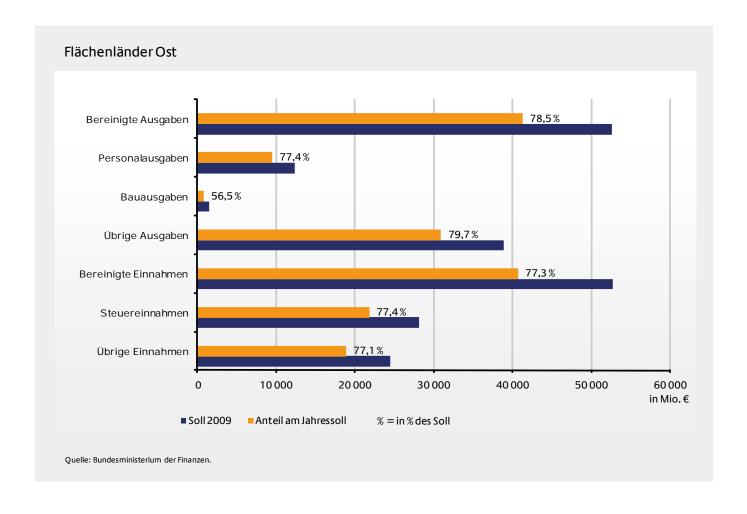
Die Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober stellt sich deutlich ungünstiger dar als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt betrug am Ende des Berichtszeitraums rund - 27,1 Mrd. € und fiel damit um rund 26,4 Mrd. € höher aus als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Für das Jahr 2009 ist ein Gesamtdefizit von rund - 22,3 Mrd. € geplant. Während sich die Einnahmen der Ländergesamtheit gegenüber dem Vorjahr um - 6,1% verringerten, erhöhten sich die Ausgaben im gleichen Zeitraum um + 6,0 %. Die Steuereinnahmen der Länder insgesamt sind im Vergleich zum Vorjahr um - 7,8 % gesunken. In den Stadtstaaten verringerten sich die Steuereinnahmen um - 11,0 %, bei den westdeutschen Flächenländern um - 7,4 % und bei den ostdeutschen Flächenländern um - 7,3 %. Die Ausgaben erhöhten sich in den Flächenländern West um + 8,2 %, in den Flächenländern Ost um + 1,0 % und in den Stadtstaaten um + 0,2 %. Für das Gesamtjahr 2009 haben die Länder einen Ausgabenanstieg von + 3,9 % und einen Einnahmenrückgang von - 4,3 % geplant.



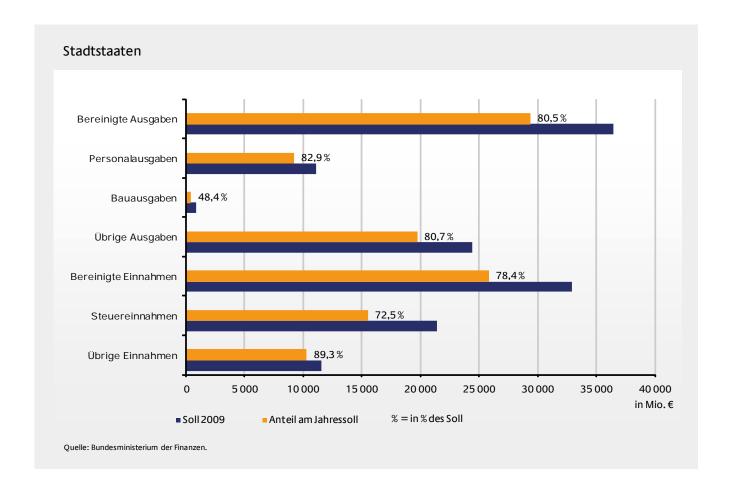
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2009



Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2009



Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2009



EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 2. Dezember in Brüssel

Haushaltspolitik - Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Am 11. November 2009 hatte die Europäische Kommission die Eröffnung von Defizitverfahren für neun weitere Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, empfohlen. Für vier schon im Defizitverfahren befindliche Mitgliedstaaten schlug die Europäische Kommission zudem eine Verlängerung der Fristen für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vor. Der ECOFIN stellte nun einvernehmlich das Bestehen übermäßiger öffentlicher Defizite in Belgien, in der Tschechischen Republik, in Deutschland, in Italien, in den Niederlanden, in Österreich, in Portugal, in Slowenien und in der Slowakei (gemäß Art. 126 Abs. 6 EUV) fest und richtete an diese Mitgliedstaaten Konsolidierungsempfehlungen (gemäß Art. 126 Abs. 7 EUV) mit dem Ziel, die übermäßigen öffentlichen Defizite zurück zu führen. Außerdem sind an Irland, Spanien, Frankreich und Großbritannien, gegen die zuvor schon Defizitverfahren eingeleitet waren, aktualisierte Empfehlungen (nach Art. 126 Abs. 7 EUV) ergangen. Der ECOFIN traf außerdem die Entscheidung (gemäß Art. 126 Abs. 8 EUV), dass Griechenland keine wirksamen Maßnahmen zur Beendigung seines übermäßigen öffentlichen Defizits getroffen hat und daher das Defizitverfahren nunmehr verschärft wird. Beschlossen wurde schließlich auch eine Stellungnahme zum aktualisierten Stabilitätsprogramm von Belgien.

Im Ergebnis der Beschlüsse müssen alle vorgenannten Mitgliedstaaten bis spätestens

2013 unter die Maastricht-Defizitgrenze von 3,0 % des BIP kommen. Ausnahmen sind Irland und Großbritannien mit Korrekturfristen im Jahr 2014 beziehungsweise im Haushaltsjahr 2014/15. Deutschland muss mit der Haushaltskonsolidierung im Jahr 2011 beginnen und in jedem Konsolidierungsjahr durchschnittlich eine strukturelle Konsolidierung von mindestens einem halben Prozentpunkt des BIP erreichen.

Zukunft der Lissabon-Strategie nach 2010

Im Jahr 2000 beschlossen die Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat in Lissabon, die EU durch umfangreiche Wirtschaftsreformen bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum zu machen. Kurz vor Beginn des Jahres 2010 intensiviert sich nun die Diskussion über die Zukunft der Lissabon-Strategie. Der ECOFIN beschloss nun einvernehmlich Ratsschlussfolgerungen als einen Beitrag für die Beratungen des Europäischen Rats am 10. und 11. Dezember 2009. In den Schlussfolgerungen werden der Schwerpunkt auf eine Strategie für Wachstum und Beschäftigung gesetzt und effiziente Abstimmungsverfahren bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie gefordert.

Ausstiegsstrategie aus den Stützungsmaßnahmen für den Finanzsektor

Im ECOFIN wurde über einen geordneten und in der EU koordinierten Ausstieg aus den außergewöhnlichen

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Stabilisierungsmaßnahmen für den Finanzsektor beraten. Dabei bestand Einvernehmen, dass ein Absetzen der Stützungsmaßnahmen derzeit noch verfrüht wäre. Der ECOFIN einigte sich auf folgende Prinzipien für einen späteren koordinierten Ausstieg: Erstens müssten Anreize gesetzt werden, um zu einem Binnenmarkt mit Wettbewerbsgleichheit zurückzukehren. Zweitens sollten die Mitgliedstaaten untereinander Informationen über ihre Ausstiegsabsichten austauschen. Drittens müsse in dieser Hinsicht auch für Transparenz gegenüber den Finanzmärkten und der Öffentlichkeit gesorgt werden. Viertens müsse die Entwicklung der Stabilität des Finanzsystems genauestens im Auge behalten werden. Die Ratschlussfolgerungen, in denen diese Prinzipien enthalten sind, wurden im ECOFIN einvernehmlich beschlossen. Auch darin aufgenommen wurde die an die Banken gerichtete politische Forderung, staatliche Hilfen und erzielte Gewinne aus Bankgeschäften zur Stärkung der Eigenkapitalbasis zu verwenden und nicht als Dividenden auszuschütten oder für zusätzliche Gehaltszahlungen einzusetzen.

Finanzdienstleistungen

Verordnungen zur Einrichtung einer Europäischen Bankaufsichtsbehörde, einer europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung und einer Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde

Angesichts der Finanzmarktkrise haben die ECOFIN-Minister und die Staatsund Regierungschefs beschlossen, die Finanzaufsichtsstrukturen in der EU zu reformieren. Im September 2009 hatte die Europäische Kommission Rechtsetzungsvorschläge vorgelegt, die unter anderem die Gründung eines Aufsichtsnetzwerks vorsehen. Dieses soll bestehen aus den nationalen Aufsehern, drei

EU-Behörden im Banken-, Versicherungsund Wertpapiersektor sowie einem Gemeinsamen Ausschuss (mikroprudentielle Aufsicht). Bereits im Oktober 2009 hatte sich der ECOFIN auf die Einrichtung eines Europäischen Ausschusses für Systemrisiken verständigt. Dieser Ausschuss soll Risiken analysieren, Frühwarnungen aussprechen und Empfehlungen zur Beseitigung systemischer Risiken abgeben (makroprudentielle Aufsicht). Im ECOFIN am 2. Dezember 2009 wurde nun einstimmig eine Einigung über die Allgemeine Ausrichtung der EU-Finanzaufsichtsreform im mikro- und makroprudentiellen Bereich als Gesamtpaket erzielt. Insbesondere die Frage der erforderlichen Mehrheiten bei der Beschlussfassung innerhalb der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden sowie die Ausgestaltung des Widerspruchs der Mitgliedstaaten bei haushaltspolitischen Auswirkungen mussten noch einer Verständigung zwischen den Mitgliedstaaten zugeführt werden, bevor die allgemeine Ausrichtung erfolgen konnte. Schließlich wird die Präsidentschaft ersucht, die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament aufzunehmen, um die Annahme der Beschlusstexte in erster Lesung herbeizuführen.

Vorkehrungen zur Wahrung der finanziellen Stabilität

Im Oktober 2009 hatte der ECOFIN Ratsschlussfolgerungen zur Verbesserung der Vorkehrungen zur Bewältigung von Finanzkrisen in der EU beschlossen und eine hochrangige Arbeitsgruppe beauftragt, für den ECOFIN im Dezember 2009 u. a. allgemeine Prinzipien, Verfahren und Kriterien für eine Teilung finanzieller Folgelasten in Krisenfällen zu erarbeiten. Die Arbeitsgruppe hatte die Ergebnisse ihrer Arbeiten in einem Bericht vorgelegt. Des Weiteren hatte die Europäische Kommission eine Mitteilung über eine weitergehende Regulierung im grenzübergreifenden Krisenmanagement im Bankensektor herausgegeben. Der ECOFIN nahm nun in

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Ratschlussfolgerungen davon Kenntnis, dass auf hochrangiger Fachebene weiter an einer Verbesserung der Vorkehrungen zur Bewältigung von Finanzkrisen gearbeitet wird.

Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum

Der einheitliche Zahlungsverkehrsraum in der EU (SEPA) ist eine Initiative des europäischen Bankwesens, durch die der grenzüberschreitende elektronische Zahlungsverkehr (z. B. Kredit-, Debitkartenzahlungen, Banküberweisungen oder Lastschriften) in der EU genauso einfach, effizient und sicher sein soll wie auf nationaler Ebene der Mitgliedstaaten. Mit der Richtlinie über Zahlungsdienste, die von den Mitgliedstaaten bis zum 1. November 2009 umzusetzen war, wurde der nötige Rechtsrahmen für SEPA in den EU-Ländern geschaffen. Außerdem soll der Wettbewerb verbessert werden, indem die Zahlungsverkehrsmärkte für neue Anbieter geöffnet werden, was zu höherer Effizienz und geringeren Kosten führen dürfte. Die ECOFIN-Minister haben nun Ratsschlussfolgerungen beschlossen, mit denen die Umsetzung der SEPA-Maßnahmen vorangebracht werden soll.

Derivatemärkte: Künftige politische Maßnahmen

Derivate können volkswirtschaftlich von Nutzen sein, da sie die Übertragung und den Ausgleich von Risiken zwischen Wirtschafts- und Finanzmarktteilnehmern ermöglichen. Allerdings können sie auch zu Finanzmarktturbulenzen beitragen infolge der zunehmenden Nutzung von Hebeleffekten und größerer Abhängigkeiten zwischen Marktteilnehmern. Dieser Nachteil fand wegen mangelnder Transparenz an den Finanzmärkten nur unzureichend Beachtung, zumal der Derivatehandel weit überwiegend außerbörslich zwischen Finanzinstituten abgewickelt wird. Vor diesem Hintergrund haben die ECOFIN-Minister Ratsschlussfolgerungen verabschiedet, die im

Zuge der Einrichtung sogenannter zentraler Clearingstellen eine erhöhte Transparenz und größere Sicherheit im Derivatehandel herbeiführen sollen.

Steuern

Entwurf einer Richtlinie über die Umkehrung der Mehrwertsteuerschuldnerschaft bei Emissionszertifikaten und bestimmten Gegenständen

Als Reaktion auf neue besorgniserregende Betrugsformen, die in mehreren Mitgliedstaaten gemeldet werden, hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine fakultative befristete Anwendung des Reverse-Charge-Verfahrens auf fünf Kategorien besonders betrugsanfälliger Gegenstände und Dienstleistungen (Computerchips, Mobiltelefone, Edelmetalle, Parfüme und Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten) vorgelegt. Mit dem Reverse-Charge-Verfahren wird die Umsatzsteuerschuld vom leistenden Unternehmer auf den unternehmerischen Leistungsempfänger verlagert. Damit können die Mitgliedstaaten der EU einheitlich gegen Umsatzsteuerbetrug vorgehen. Der Vorschlag umfasst Evaluierungs- und Informationspflichten für die Mitgliedstaaten, die es erlauben, die Wirksamkeit der Maßnahmen zu bestimmen. Im ECOFIN stimmten die Mitgliedstaaten dem Reverse-Charge-Verfahren im Handel mit Emissionszertifikaten zu. Zur Umkehrung der Steuerschuldnerschaft für Mobiltelefone und integrierte Schaltkreise wurde auf Bitte Deutschlands eine Protokollerklärung verabschiedet, derzufolge die Europäische Kommission vor Juni 2010 eine Ermächtigung vorlegen wird, wenn ein Mitgliedstaat einen begründeten Antrag für die Anwendung des Reverse-Charge-Verfahrens in diesen Fällen stellt. Darüber hinaus sollen die Mitgliedstaaten, denen derzeit eine Ausnahmeregelung gewährt wird, diese

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

solange beibehalten können, bis eine endgültige Einigung erzielt wird. Die nicht in die Richtlinie aufgenommenen Güter sollen zudem im 1. Halbjahr 2010 von der spanischen Ratspräsidentschaft aufgegriffen werden, um auch diesbezüglich so schnell wie möglich eine Einigung zu erzielen.

Mehrwertsteuerliche Behandlung von Postdienstleistungen

Der Vorschlag der Europäischen Kommission zur Änderung der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie in Bezug auf die mehrwertsteuerliche Behandlung von Dienstleistungen im Postsektor aus dem Jahre 2004 enthält drei zentrale Elemente: Erstens soll die Besteuerung der Postdienstleistungen grundsätzlich am Ort des Beginns der Beförderung erfolgen; zweitens soll die Steuerbefreiung für von öffentlichen Posteinrichtungen ausgeführte Dienstleistungen und für die Lieferung von Postwertzeichen aufgehoben werden; drittens soll den Mitgliedstaaten die Option zur Einführung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für bestimmte Postdienstleistungen eingeräumt werden. Die Bundesregierung hatte entsprechend der Entschließung des Deutschen Bundestages den Richtlinienvorschlag abgelehnt. Der ECOFIN einigte sich nunmehr auf allgemein gehaltene politische Leitlinien für weitere Beratungen über die mehrwertsteuerliche Behandlung von Postdienstleistungen. Bis spätestens zum ECOFIN im Dezember 2010 sollen Fortschritte in dieser Frage erzielt werden.

Prüfbericht der Gruppe "Verhaltenskodex Unternehmensbesteuerung"

Die Mitgliedstaaten haben im Dezember 1997 einen Verhaltenskodex für die Unternehmensbesteuerung angenommen. Der Kodex sieht vor, dass Mitgliedstaaten schädliche wettbewerbsverzerrende steuerliche Maßnahmen zur Förderung ihres Wirtschaftstandorts zurückzunehmen und keine neuen derartigen Maßnahmen ergreifen sollen. Der Rat beauftragte die Hochrangige Gruppe "Verhaltenskodex", die Einhaltung dieses Kodexes zu überwachen. Die Gruppe berichtet dem Rat regelmäßig zum Ende jeder Präsidentschaft über die Fortschritte ihrer Arbeit. Der ECOFIN hat nun eine positive Bilanz gezogen und Schlussfolgerungen zum vorliegenden Prüfbericht verabschiedet.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

18./19. Januar 2010	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
5./6. Februar 2010	G7 Finanzministertreffen in Iqaluit/Kanada
15./16. Februar 2010	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2010 (2. Regierungsentwurf)

3. bis 5. November 2009	Steuerschätzung
bis 4. Dezember 2009	Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
11. Dezember 2009	Zuleitung an Kabinett
16. Dezember 2009	Kabinettbeschluss
1. Januar 2010	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
19. bis 22. Januar 2010	1. Lesung Bundestag
12. Februar 2010	1. Beratung Bundesrat
27. Januar bis 4. März 2010	Beratungen im Haushaltsausschuss
4. März 2010	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
16. bis 19. März 2010	2./3. Lesung Bundestag
26. März 2010	2. Beratung Bundesrat
Mitte April 2010	Verkündung im Bundesgesetzblatt

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Januar 2010	Dezember 2009	29. Januar 2010
Februar 2010	Januar 2010	22. Februar 2010
März 2010	Februar 2010	22. März 2010
April 2010	März 2010	22. April 2010
Mai 2010	April 2010	20. Mai 2010
Juni 2010	Mai 2010	21. Juni 2010
Juli 2010	Juni 2010	19. Juli 2010
August 2010	Juli 2010	20. August 2010
September 2010	August 2010	20. September 2010
Oktober 2010	September 2010	21. Oktober 2010
November 2010	Oktober 2010	22. November 2010
Dezember 2010	November 2010	20. Dezember 2010

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

 1 Jeweils 0,14 \in / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Analysen und Berichte

Der Lissabonvertrag aus finanzpolitischer Sicht	40
Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts	49
Leistungsbilanzungleichgewichte im internationalen Vergleich	
Tragfähigkeitsbericht der EU-Kommission	

DER LISSABONVERTRAG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Der Lissabonvertrag aus finanzpolitischer Sicht¹

1	Einleitung	40
2	Allgemeine und institutionelle Neuerungen des Vertrags von Lissabon	42
2.1	Struktur der Verträge	
2.2	Neue Spitzenämter	43
	Mehrheitsentscheidungen im Rat	
2.4	Rolle des Europäischen Parlaments und Stärkung der Demokratie	44
	Integration in den Sachpolitiken	
	Auswirkungen des Vertrags auf die Wirtschafts- und Währungsunion	
3.1	Stärkung der supranationalen Ebene	45
	Eigenständige Beschlussfassung für den Euroraum	
	Die Finanzverfassung der EU	
	Fazit	47

- Am 1. Dezember 2009 ist der neue Grundlagenvertrag der Europäischen Union nach einem über acht Jahre währenden Konzeptions- und Verhandlungsprozess in Kraft getreten.
- Die neuen Spitzenposten des Präsidenten des Europäischen Rats (ER-Präsident) und der Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik werden der Arbeit der Union zu mehr Kontinuität und Sichtbarkeit verhelfen. Das Europäische Parlament wird weiter gestärkt und die Handlungsfähigkeit der Union mittelfristig durch erleichterte Mehrheitserfordernisse verbessert.
- Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion wird die Rolle der Kommission gestärkt, und die Euroländer erhalten verstärkt die Möglichkeit, eigenständig den Euroraum betreffende Fragen zu regeln.
- Im Haushaltsbereich werden Rat und Europäisches Parlament in Zukunft weitestgehend gleichberechtigte Partner im Verfahren zur Aufstellung des jährlichen Haushalts. Außerdem wird die bisherige Finanzielle Vorausschau als sogenannter mehrjähriger Finanzrahmen erstmals primärrechtlich erwähnt.

1 Einleitung

Insgesamt mehr als acht Jahre Verhandlungen. Der Verfassungskonvent. Drei gescheiterte Referenden. Zwei Regierungskonferenzen und wiederholte Versuche zu Nachverhandlungen sowie Verfassungsklagen in mehreren Mitgliedstaaten. Der Neue Grundlagenvertrag der Europäischen Union, mittlerweile bekannt als Vertrag von Lissabon (kurz: VvL), hat selbst für europäische Verhältnisse einen steinigen und ereignisreichen Weg hinter sich.

¹ Autor: Henning Fahland, Regierungsrat zur Anstellung im Referat für Grundsatzfragen der EU im Bundesministerium der Finanzen. Nachdem es in den Verhandlungen zum Vertrag von Nizza im Jahr 2000 aus Sicht vieler Beteiligter nicht gelungen war, die sich erweiternde Union angemessen auf die

DER LISSABONVERTRAG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten, berief der Europäische Rat von Laeken im Dezember 2001 den Europäischen Konvent ein. Dieser sollte Vorschläge unterbreiten, wie die Handlungsfähigkeit der Union auch mit einer steigenden Anzahl von Mitgliedern verbessert werden und das europäische Projekt den Bürgerinnen und Bürgern nähergebracht werden könnte. Damit waren die drei zentralen Ziele, Handlungsfähigkeit, Transparenz und Demokratie, bereits gesetzt.

Der Konvent erarbeitete bis Juli 2003 den Entwurf für einen "Vertrag über eine Verfassung für Europa", auf dessen Grundlage im Oktober 2004 der Verfassungsvertrag in Rom unterzeichnet wurde. Die Ratifizierung scheiterte jedoch an negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden. Die Wende brachte erst im Frühjahr 2007 die sogenannte "Berliner Erklärung" der Staatsund Regierungschefs zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge. Dort setzte man sich das Ziel, die Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine neue vertragliche Grundlage zu stellen. Im Anschluss gelang es dann noch unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft, ein detailliertes Mandat für eine zweite Regierungskonferenz zu verabschieden, die im Dezember 2007 in der Unterzeichnung des VvL in Lissabon mündete. Hier gelang es, den Großteil der Neuerungen des ursprünglichen Verfassungsvertrags zu bewahren. Auf den Verfassungscharakter musste jedoch vor dem Hintergrund der politischen Lage verzichtet werden.

Der nachfolgende Ratifikationsprozess wurde dann noch durch ein weiteres negatives Referendum, diesmal in Irland im Juni 2008, verzögert. Erst in einem zweiten Referendum im Oktober 2009 auf Grundlage von Garantien der übrigen Mitgliedstaaten, die unter anderem einen Verzicht auf die geplante Verkleinerung der EU-Kommission beinhalteten, konnte der Vertrag auch in Irland ratifiziert werden. Im Anschluss

ratifizierten auch Polen und Tschechien den neuen Vertrag.

Nun ist der Vertrag am 1. Dezember 2009 in Kraft getreten. Die grundlegenden institutionellen Reformen, die so lange so erhebliche Energien der Union und ihrer Mitgliedstaaten beansprucht hatten, werden nun umgesetzt und sich in der täglichen Arbeit der Union, der Regierungen der Mitgliedstaaten sowie im Verhältnis der Bürger zur Union niederschlagen. Daher ist es angezeigt, sich die Neuerungen des Vertrags sowie deren Herkunft noch einmal vor Augen zu führen.

Die finanz- und währungspolitischen Regelungen sind kein Kernbereich der Reformen des VvL. Dennoch hat es im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sowie in der Finanzverfassung der Union Änderungen gegeben. Zudem wirken sich die allgemeinen institutionellen Neuerungen sowie Änderungen in den einzelnen Sachpolitiken indirekt auf die Finanzpolitik aus. Im Folgenden werden daher die Neuerungen des VvL mit einem Schwerpunkt auf den finanzpolitisch relevanten Bereichen beleuchtet. Abschnitt 2 behandelt hierzu die allgemeinen Änderungen, während sich die Abschnitte 3 und 4 auf die Bereiche WWU beziehungsweise Haushalt konzentrieren.

DER LISSABONVERTRAG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

2 Allgemeine und institutionelle Neuerungen des Vertrags von Lissabon²

2.1 Struktur der Verträge

Der Vertrag von Lissabon verzichtet gegenüber dem Verfassungsvertrag weitestgehend auf die symbolischen Merkmale des ursprünglichen Verfassungskonzepts. So wurde auf die Nennung von Symbolen der Union, wie Hymne und Leitspruch, verzichtet, und Begriffe wie "Außenminister der Union" und "europäisches Gesetz" wurden durch die Bezeichnungen "Hoher Vertreter der Union für die Außenund Sicherheitspolitik" beziehungsweise "Verordnung" ersetzt. Auch handelt es sich im Gegensatz zum Verfassungsvertrag nicht um ein neues einheitliches Vertragswerk. Der VvL ist ein klassischer Änderungsvertrag, der die bisherige Trennung in zwei Verträge beibehält. Dabei wird der bisherige EG-Vertrag in "Vertrag über die Arbeitsweise der EU (AEUV)" umbenannt.

Die bisherige Unterscheidung zwischen Europäischer Union und Europäischer Gemeinschaft entfällt. An ihre Stelle tritt die Europäische Union. Diese verfügt nun über eine einheitliche Rechtspersönlichkeit und wird durch den Vertrag über die Europäische Union (EUV) und den AEUV gleichrangig begründet. Auch die bisherige Säulenstruktur der Verträge findet sich im VvL nicht mehr. Die bisherigen intergouvernementalen Säulen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen wurden unter Beibehaltung einiger Sonderregeln in die

² Die Darstellung der allgemeinen Neuerungen des Vertrags basiert in weiten Teilen auf der Denkschrift zum Vertrag von Lissabon. Für weitere Informationen siehe http://www.auswaertigesamt.de/diplo/de/Europa/Downloads/Denkschriftlissabon.pdf einheitliche institutionelle Struktur der Union überführt.

Der VvL enthält zum ersten Mal eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten. Dazu werden die einzelnen Zuständigkeiten der Union in Kompetenzkategorien eingeteilt: ausschließliche Zuständigkeit der Union (z. B. Zollunion), geteilte Zuständigkeit zwischen Union und Mitgliedstaaten (z. B. Binnenmarkt) sowie Unterstützung/Koordinierung durch die Union (z. B. Gesundheit). Für den Bereich der wirtschaftspolitischen Koordinierung gilt eine Sonderkategorie: Die Wirtschaftspolitik wird durch die Mitgliedstaaten innerhalb der Union koordiniert. Ziel dieser Abgrenzung ist es, das Prinzip der Subsidiarität zu stärken und für klarere Strukturen innerhalb der Gemeinschaft zu sorgen. Die Auflistung der Kompetenzen soll insgesamt die Transparenz der Unionszuständigkeiten erhöhen.

Eine weitere Besonderheit des VvL sind die Fortentwicklungsklauseln innerhalb der Verträge. Der VvL ist darauf angelegt, Raum für eine weitere Integration der Union im Rahmen der bestehenden Regeln zu schaffen. So ermöglichen Brückenklauseln unter strengen Voraussetzungen den Übergang von der Einstimmigkeit zur Mehrheitsabstimmung beziehungsweise Mitentscheidung des Europäischen Parlaments in den Bereichen, in denen diese noch nicht im Vertrag vorgesehen sind (Ausnahme: Militär- und Verteidigungspolitik). Auch ist es möglich, die Verträge durch ein vereinfachtes Verfahren ohne Regierungskonferenz zu ändern. In Deutschland setzt die Anwendung solcher Verfahren ein Zustimmungsgesetz von Bundestag und Bundesrat nach Art. 23 GG voraus. All dies dient dem Ziel, der Union auch längerfristig eine zukunftsfähige Grundlage zu bieten, ohne dass sich diese schon bald wieder in aufreibenden Verhandlungen mit ihrer institutionellen Struktur befassen muss.

DER LISSABONVERTRAG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

2.2 Neue Spitzenämter

Um die Kontinuität der Arbeit der Union zu verbessern und ihre Sichtbarkeit sowohl innerhalb Europas als auch auf internationaler Bühne zu stärken, schafft der VvL zwei neue EU-Spitzenämter: den Präsidenten des Europäischen Rates und den Hohen Vertreter der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik. Am 19. November 2009 einigten sich die Staatsund Regierungschefs darauf, den belgischen Premierminister Herman van Rompuy zum ersten ER-Präsidenten und die britische Handelskommissarin Catherine Ashton zur ersten Hohen Vertreterin zu benennen. Die Hohe Vertreterin muss nun noch vom Europäischen Parlament bestätigt werden, da sie auch Vizepräsidentin der Kommission ist.

Der Präsident des Europäischen Rates wird von diesem für zweieinhalb Jahre gewählt. In dieser Zeit sitzt er dem Gremium, das durch den VvL erstmals Organstatus erhält, vor und nimmt auf seiner Ebene die Außenvertretung der Union im Rahmen der GASP wahr. Zusammen mit dem bereits heute praktizierten neuen Vorsitzsystem im Ministerrat, in dem sich drei Mitgliedsstaaten in 18-monatigen Teampräsidentschaften den Vorsitz teilen, soll der ER-Präsident insbesondere bei längerfristigen Projekten der Union für mehr Kontinuität sorgen.

Das Amt der Hohen Vertreterin wird drei bestehende Funktionen in sich vereinen und eine Brücke zwischen den Institutionen schlagen. Sie übernimmt die Aufgabe der Vorsitzenden des Außenrats und des bisherigen Hohen Vertreters für die GASP und ist gleichzeitig als Vizepräsidentin der Kommission zuständig für Außenbeziehungen. Gestärkt wird ihre Position dadurch, dass sie von einem neu zu schaffenden Europäischen Auswärtigen Dienst unterstützt wird. Dieser institutionelle Unterbau soll es ermöglichen, die Außenpolitik der Union

weiterzuentwickeln und ihr zu mehr Sichtbarkeit zu verhelfen.

2.3 Mehrheitsentscheidungen im Rat

Wie bereits in den vorherigen Verträgen wurde auch im VvL der Anwendungsbereich der qualifizierten Mehrheit weiter ausgedehnt. In Zukunft finden Abstimmungen nach qualifizierter Mehrheit als Standardverfahren in den meisten Politikbereichen Anwendung. Brückenklauseln in den Verträgen eröffnen zudem die Möglichkeit, auch in den der Einstimmigkeit verbliebenen Bereichen zu Mehrheitsentscheidungen überzugehen. Damit wird die Handlungsfähigkeit der Union weiter gestärkt. Während sich der Finanzmarktbereich bereits heute in der qualifizierten Mehrheit befindet, bleibt mit der Steuerpolitik ein für die Finanzpolitik stark relevanter Bereich jedoch auch weiterhin der Einstimmigkeit unterworfen.

Eine der zentralen Errungenschaften des VvL ist die Neudefinition der qualifizierten Mehrheit. Anstelle der bisherigen dreifachen Anforderung an eine Mehrheit (bestehend aus 255 gewichteten Stimmen sowie einer Mehrheit der Mitgliedstaaten, die mindestens 62 % der Gesamtbevölkerung der Gemeinschaft umfassen) gilt in Zukunft eine doppelte Mehrheit. Eine qualifizierte Mehrheit ist erreicht, wenn mindestens 55 % der Mitgliedstaaten, die mindestens 65 % der Unionsbevölkerung ausmachen, einem Vorschlag zustimmen. Eine Sperrminorität benötigt darüber hinaus mindestens vier Mitgliedstaaten³.

Dieses Verfahren ist transparenter als das von Nizza, und Blockademinderheiten sind schwerer zu bilden. Dies sollte zu einer größeren Effizienz und Handlungsfähigkeit

³ Bei Rechtsakten, die nicht auf einem Vorschlag der EU-Kommission beruhen, werden 72 % der Mitgliedstaaten mit 65 % der Bevölkerung benötigt.

DER LISSABONVERTRAG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

der Union führen. Bevölkerungsreiche Mitgliedstaaten wie Deutschland erhalten zudem relativ mehr Gewicht. Es gelten jedoch mehrere Übergangregelungen, die das Inkrafttreten der neuen Abstimmungsmodalitäten erheblich verzögern. So gilt das neue System erst ab 2014, und noch bis 2017 kann ein Mitgliedstaat eine Abstimmung nach den Regeln von Nizza fordern. Auch nach 2017 gelten Einschränkungen. So haben Mitgliedstaaten, die eine Sperrminorität um einen bestimmten Prozentsatz verfehlen, die Möglichkeit, Entscheidungen im Rat aufzuschieben. Entsprechende Regelungen sind in Erklärung 7 zum Vertrag, basierend auf dem sogenannten Ioannina-Mechanismus, festgehalten.

2.4 Rolle des Europäischen Parlaments und Stärkung der Demokratie

Zentrales Ziel des neuen Vertragswerks war es, die Union demokratischer zu machen. Diese Vorgabe wurde hauptsächlich durch eine stärkere Parlamentarisierung der Union umgesetzt. Das Europäische Parlament (EP) geht gestärkt aus dem neuen Vertrag hervor. Durch die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens, das in Zukunft als ordentliches Gesetzgebungsverfahren zum Standardverfahren der Gesetzgebung wird, wurde der Einfluss des EP merklich ausgeweitet. Dies bedeutet unter anderem, dass das EP auch in stark finanzrelevanten Bereichen wie der Agrarpolitik, den Maßnahmen zur Sozialen Sicherheit von Wanderarbeitnehmern sowie Kapitalverkehr mit Drittstaaten Mitentscheidungsrecht erhält. Auch im Haushaltsverfahren erhält das EP ein größeres Gewicht (siehe 4.). Politisch zeigt sich die stärkere Rolle des EP darüber hinaus unter anderem dadurch, dass es in Zukunft den Präsidenten der EU-Kommission auf Vorschlag des Europäischen Rates wählen wird. Außerdem bestätigt es auch weiterhin die Kommission insgesamt im Amt.

Auch die Rolle der nationalen Parlamente wird im neuen Vertrag gestärkt. Sie

erhalten das Recht zur Stellungnahme zu EU-Rechtsetzungsakten in Bezug auf Einhaltung des Prinzips der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit und können über die Regierungen vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) Klage erheben. Es ist davon auszugehen, dass die Parlamente dieses Recht nutzen werden, um ihren direkten Einfluss in Brüssel weiter zu stärken. Diese Tendenz wird in Deutschland durch die Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages und Bundesrates auf Grundlage der Begleitgesetzgebung zum VvL zusätzlich untermauert. Die Bürger der Union erhalten in Zukunft durch das neue Instrument der Bürgerinitiative die Möglichkeit, die EU-Kommission zur Vorlage von Rechtssetzungsvorschlägen aufzufordern. Außerdem wird die Grundrechtecharta durch einen Verweis im Vertrag verbindlich (für Großbritannien, Polen und in Zukunft auch Tschechien gilt ein opt-out).

2.5 Integration in den Sachpolitiken

Die weitere Integration in den einzelnen Sachpolitiken ist aus finanzpolitischer Sicht hauptsächlich mit Blick auf die Haushaltswirkungen von Interesse. Dies gilt insbesondere für die neuen Ermächtigungsgrundlagen der Union, tätig zu werden. Dazu zählen die Bereiche Sport, Weltraumpolitik, Katastrophenschutz, Verwaltungszusammenarbeit, Tourismus, Gesundheit und humanitäre Hilfe. Auch wird der Aspekt der Solidarität innerhalb der Union weiter gestärkt. Neben der allgemeinen Solidaritätsklausel, die die Unterstützung eines Mitgliedstaates, der Opfer eines Terrorangriffs oder einer Naturkatastrophe geworden ist, vorsieht, gilt auch im Bereich der Energiepolitik sowie bei Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung in Zukunft der Grundsatz der (finanziellen) Solidarität.

Die weitestreichenden Entwicklungen sind in Zukunft jedoch in den bisher intergouvernementalen Bereichen Justiz/ Inneres sowie der GASP zu erwarten. Durch die Überführung in die Gemeinschaftsmethode

DER LISSABONVERTRAG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

wird die Beschlussfassung im Bereich der Justiz- und Innenpolitik in Zukunft vereinfacht werden, sodass hier neue Impulse und Initiativen möglich sind. Prägend für die weitere Entwicklung im Bereich der GASP wird insbesondere die institutionelle Ordnung mit Hoher Vertreterin und dem Europäischen Auswärtigen Dienst sein. Der VvL gibt wenig konkrete Vorgaben über Struktur und Aufgaben des zukünftigen Europäischen Auswärtigen Dienstes, sodass den Akteuren ein substanzieller Handlungsspielraum verbleibt. Hier stehen der Union während der kommenden spanischen Ratspräsidentschaft noch intensive Verhandlungen bevor. Aus Sicht der Haushaltsbehörden wird es darum gehen, sich für möglichst schlanke und effiziente Strukturen einzusetzen, die im Rahmen der bestehenden Finanzplanung verwirklicht werden können.

Auf weitere Änderungen des Vertrags, wie das neue Austrittsrecht oder die neue Normenhierarchie, soll hier im Einzelnen nicht eingegangen werden. Hierzu sei unter anderem auf die Denkschrift zum Vertrag verwiesen⁴.

3 Auswirkungen des Vertrags auf die Wirtschafts- und Währungsunion

Obwohl die Errichtung der Wirtschaftsund Währungsunion im VvL erstmalig als Ziel der Union aufgeführt wird, stand der Bereich nicht im Fokus der Verhandlungen zu den neuen Verträgen. Der für die meisten anderen Bereiche des VvL geltende Ansatz – die Ausweitung von Entscheidungen in qualifizierter Mehrheit sowie die Stärkung der Rolle des EP – ist im WWU-Bereich so nicht vorhanden. Die qualifizierte Mehrheit gilt in Zukunft nur in zwei neuen Bereichen: Änderungen eines Teils des Protokolls zum europäischen System der Zentralbanken (ESZB) sowie der Ernennung von Mitgliedern des EZB-Direktoriums. Dessen ungeachtet ist es auch im Kontext der WWU zu generellen Änderungen gekommen. Es sind insbesondere zwei Grundtendenzen erkennbar: Erstens wurde die supranationale Ebene – insbesondere die Kommission – gegenüber den Mitgliedstaaten im Bereich der WWU gestärkt, und zweitens erhalten die Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben, in stärkerem Maße die Möglichkeit, eigenständig den Euroraum betreffende Fragen zu regeln.

3.1 Stärkung der supranationalen Ebene

Zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik beschließt die Union bereits heute gemeinsame sogenannte Grundzüge der Wirtschaftspolitik. Die Vereinbarkeit der nationalen Entwicklungen mit diesen Grundzügen wird von Rat und Kommission überwacht. In Zukunft hat die EU-Kommission nun die Möglichkeit, Mitgliedstaaten nach Art. 121 (4) AEUV direkt zu verwarnen, wenn deren Politik nicht mit den gemeinsam beschlossenen Grundzügen vereinbar ist oder das ordnungsgemäße Funktionieren der WWU zu gefährden droht. Der Rat als möglicher "Filter" ist nicht zwischengeschaltet. Damit verfügt die Kommission über ein zumindest politisch sichtbares Instrument, einzelne Mitgliedstaaten an den Pranger zu stellen. Korrekturmaßnahmen darf jedoch auch weiterhin nur der Rat empfehlen, in Zukunft unter Ausschluss der Stimme des betroffenen Mitgliedstaates. Wenn dieses Instrument gezielt eingesetzt wird, kann es dazu beitragen, in den Mitgliedstaaten Wirtschaftspolitiken sicherzustellen, die der Union als ganzes förderlich sind.

Eine ähnliche Neuerung gibt es im Defizitverfahren nach Art. 126 AEUV. Wenn die Kommission der Auffassung ist, dass in einem Mitgliedstaat ein übermäßiges Defizit besteht oder sich ergeben könnte, legt sie diesem

⁴ Unter http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/ Europa/Downloads/Denkschrift-lissabon.pdf

DER LISSABONVERTRAG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

direkt eine Stellungnahme vor. Auch hier gibt es keine zwischengeschaltete Ratsbefassung. Außerdem wird das Verfahren für den anschließenden Ratsbeschluss zur Feststellung eines übermäßigen Defizits wird in Zukunft strenger. Während bisher auf Grundlage einer Empfehlung der Kommission beschlossen wurde, geschieht dies nun auf Grundlage eines Vorschlags, Diese Änderung bedeutet, dass der Rat in Zukunft Änderungen am Vorschlag der Kommission lediglich einstimmig beschließen kann. Auch hier und im gesamten Defizitverfahren ist der betroffene Mitgliedstaat von der Abstimmung in Zukunft ausgeschlossen. Damit wurde die Einleitung des Defizitverfahrens insgesamt erleichtert und die Rolle der Kommission gestärkt.

3.2 Eigenständige Beschlussfassung für den Euroraum

Die Mitgliedstaaten des Euroraums erhalten im neuen Vertrag ein eigenes Kapitel mit besonderen für sie geltenden Bestimmungen. Die Euroländer bekommen darin in Zukunft die Möglichkeit, eigenständig Maßnahmen zu ergreifen, um die Koordinierung und Überwachung der Haushaltsdisziplin im Euroraum zu verstärken und eigene Grundzüge der Wirtschaftspolitik auszuarbeiten. Diese Regelungen gelten jedoch nur nach den Verfahren der einschlägigen Art. 121 AEUV (Wirtschaftspolitische Koordinierung) und Art. 126 AEUV (Defizitverfahren). Inwieweit die eigenen Kompetenzen für die Euroländer daher ein echtes "Mehr" gegenüber den bestehenden Bestimmungen darstellen, muss sich erst noch herauskristallisieren.

Auch in den obengenannten Koordinierungsverfahren nach Art. 121 und Art. 126 AEUV beschließt der Euroraum eigenständig. So dürfen nur die Euroländer über wirtschaftspolitische Grundzüge sowie diesbezügliche Empfehlungen aufgrund von Verwarnungen und Maßnahmen im Defizitverfahren abstimmen, wenn sich diese an Euroländer richten. Darüber hinaus wird die Eurogruppe, in der sich die Finanzminister des Euroraums informell vor den offiziellen ECOFIN-Räten treffen, durch den Vertrag erstmals Teil des EU-Rechts, auch wenn sie weiter ein informelles Gremium bleibt. Ihr Präsident, aktuell der luxemburgische Premier Jean-Claude Juncker, wird künftig für zweieinhalb Jahre gewählt (bisher zwei Jahre).

Auf internationaler Ebene ermöglicht der Vertrag dem Euroraum ein geschlosseneres Auftreten. So kann der Rat nach Art. 138 (2) AEUV in Zukunft Maßnahmen erlassen, um eine einheitliche Vertretung des Euroraums in den internationalen Finanzinstitutionen und Konferenzen sicherzustellen. Dies bedeutet keine Verpflichtung zu solchen Maßnahmen und lässt zudem Mittel offen, mit denen eine einheitliche Vertretung erreicht werden kann (z. B. engere Koordinierung). Darüber hinaus beschließt der Rat eine Erweiterung des Euroraums in Zukunft auf Grundlage einer Empfehlung einer qualifizierten Mehrheit der Euroländer.

Insgesamt haben die neuen Regeln im WWU-Bereich zur Folge, dass Abstimmungen in Zukunft mit einer Vielzahl verschiedener Mehrheitsanforderungen erfolgen werden. Dies beruht zum einen auf der Unterscheidung zwischen Beschlüssen bezüglich der Euroländer beziehungsweise Nicht-Euroländer sowie zum anderen auf dem Ausschluss betroffener Mitgliedstaaten bei Ratsentscheidungen zu Defizitverfahren und Empfehlungen nach Art. 121 (4) AEUV. So wird in Zukunft jedes Defizitverfahren mit einer anderen Mehrheit zu beschließen sein. Dazu kommen die Übergangsregelungen für Abstimmungen nach qualifizierter Mehrheit und der Ioannina-Mechanismus (siehe oben unter 2.3). Als Ergebnis kann daher festgehalten werden, dass im WWU-Bereich nicht von einem Mehr an Transparenz bei den

DER LISSABONVERTRAG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Entscheidungsregeln gesprochen werden kann.

4 Die Finanzverfassung der EU

Die Einnahmeseite des Unionshaushalts bleibt nach dem neuen Vertrag unverändert. Die Gemeinschaft finanziert sich durch Eigenmittel aus den Mitgliedstaaten, die auf der Grundlage des sogenannten Eigenmittelbeschlusses erhoben werden. Der Eigenmittelbeschluss wird im Rat einstimmig nach Anhörung des EP verabschiedet und muss von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Bei den Ausgaben haben sich jedoch einige Änderungen ergeben. Diese entsprechen der generellen Tendenz des neuen Vertrags: Das EP wird gestärkt, und bisherige informelle Regelungen werden formalisiert.

So wird der mehrjährige Finanzrahmen als bewährtes haushaltspolitisches Instrument erstmals primärrechtlich erwähnt. Der Finanzrahmen wird in Form einer Verordnung für einen mindestens fünfjährigen Zeitraum aufgestellt und gibt je Ausgabenkategorie jährliche Obergrenzen für die Ausgaben der Union vor. Diese Verordnung wird vom Rat einstimmig mit Zustimmung des EP verabschiedet. Damit bildet der mehrjährige Finanzrahmen für den jährlichen Haushaltsgesetzgeber das zentrale Instrument für eine wirtschaftliche Haushaltsführung. Bisher war der Finanzrahmen Teil einer Interinstitutionellen Vereinbarung zwischen der Kommission, dem EP und dem Rat. Seine hervorgehobene rechtliche Stellung sollte ihm jedoch in Zukunft stärkere Sichtbarkeit und Gewicht verleihen.

Im Haushaltsaufstellungsverfahren werden EP und Rat – als sogenannte Haushaltsbehörde – zukünftig als weitestgehend gleichberechtigte Partner entscheiden. Bisher wurden die Ausgaben der Union in obligatorische Ausgaben (im Wesentlichen Ausgaben für Agrarpolitik und Ruhegehälter des Personals) und nichtobligatorische Ausgaben (die übrigen Bereiche) kategorisiert. Der Rat besaß das Letztentscheidungsrecht für die obligatorischen Ausgaben, das EP das für die nichtobligatorischen Ausgaben. Diese Unterscheidung entfällt in Zukunft: Rat und EP entscheiden gemeinsam über die gesamten Ausgaben.

Das Verfahren zur Aufstellung des jährlichen Haushalts wird merklich gestrafft und an das Mitentscheidungsverfahren angepasst. In Zukunft ist lediglich jeweils eine Lesung des Haushalts (bislang zwei Lesungen) durch Rat und EP vorgesehen. Sollte hier keine Einigung erzielt werden, wird ein Vermittlungsausschuss aus Vertretern von Rat und EP unter Teilnahme der Kommission einberufen. Aufgabe dieses Ausschusses ist es, binnen 21 Tagen eine Einigung zu erzielen, die dann von Rat und EP gebilligt werden muss. Für den Fall, dass der Rat die Empfehlungen des Vermittlungsausschusses ablehnt, das EP diesen aber zustimmt, erhält das EP nach dem VvL sogar das letzte Wort über den gesamten Haushalt.

Die neuen Regelungen im Haushaltsbereich müssen im Sekundärrecht und im Rahmen der praktischen Zusammenarbeit der Institutionen noch konkretisiert werden. So muss die Haushaltsordnung der Union aufgrund des Wegfalls der Unterscheidung zwischen obligatorischen und nichtobligatorischen Ausgaben angepasst werden. Die geltende Finanzielle Vorausschau ist in die neue Verordnung über den mehrjährigen Finanzrahmen zu überführen. In Bezug auf das neue Haushaltsverfahren werden insbesondere die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Vermittlungsausschusses zu klären sein.

5 Fazit

Das neue institutionelle Gefüge der Union schafft den Rahmen für mehr Transparenz, Handlungsfähigkeit und Demokratie in der Union. Doch auch wenn allgemein davon

DER LISSABONVERTRAG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

ausgegangen wird, dass der neue Vertrag nun für eine längere Zeit Geltung haben wird, ist ihm in vielen Bereichen, wie zum Beispiel bei der qualifizierten Mehrheit im Rat, der Kompromisscharakter noch stark anzumerken. Die Umsetzung der neuen Regelungen wird nun zeigen müssen, inwieweit die Möglichkeiten des neuen Vertrags auch mit Leben gefüllt werden können. Insbesondere dem ER-Präsidenten und der Hohen Vertreterin wird hier eine entscheidende Rolle zukommen.

Ob die neuen Spitzenämter die innereuropäische und internationale Sichtbarkeit der Union stärken werden, ist vor dem Hintergrund, dass die Union nun über insgesamt fünf derartige Ämter verfügt (ER-Präsident, EP-Präsident, rotierende Präsidentschaft, Kommissionspräsident und Hohe Vertreterin) nicht notwendigerweise sicher. Fest steht jedoch, dass das EP in Zukunft eine stärkere Rolle haben wird. Dies gilt aus Finanzsicht zum einen aufgrund der Ausweitung seiner Kompetenzen in den

Sachpolitiken und zum anderen durch seine gestärkte Rolle im Haushaltsverfahren.

Im WWU-Bereich kommt der VvL zu einer Zeit, in der sich aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise 20 Mitgliedstaaten im Defizitverfahren befinden. Damit dürften die neuen Regelungen sofort praktische Relevanz entfalten. Auch hat die Krise noch einmal die Bedeutung der wirtschaftspolitischen Koordinierung und Überwachung bestätigt.

Politisch ergibt sich aus dem Vertrag bezüglich des Euro ein geteiltes Bild. Auf der einen Seite legt die Sprache des Vertrags die Absicht nahe, mittelfristig in allen Mitgliedstaaten die gemeinsame Währung einzuführen (WWU als gemeinsames Ziel; Organstatus der EZB; Nichteuroländer als "Staaten mit Ausnahmeregelung"). Auf der anderen Seite tragen die Sonderregelungen für Euroländer jedoch dem Umstand Rechnung, dass auf absehbare Zeit nicht alle Mitgliedstaaten den Euro einführen werden. Die asymmetrische Integration im Währungsbereich wird durch den VvL weiter institutionalisiert.

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Strategien für einen Rückzug aus der expansiven Fiskalpolitik

1	Einleitung	49
	Haushaltspolitik	
	Ausstiegs- oder Exitstrategie aus den diskretionären Konjunkturmaßnahmen	
	Defizitverfahren	
3	Schlussfolgerung	51

- Die Regierungen haben im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms seit Dezember 2008 fiskalpolitische Schritte zur Belebung der Wirtschaft ergriffen. Im Zuge dessen haben sich die öffentlichen Defizite in zahlreichen EU-Mitgliedstaaten erhöht. Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) hat am 20. Oktober 2009 den Ausstieg aus der expansiven Fiskalpolitik durch gemeinsame Grundsätze konkretisiert.
- Am 2. Dezember 2009 hat der ECOFIN ein übermäßiges Defizit bei Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Österreich, Portugal, der Slowakei, Slowenien und Tschechien festgestellt. Er nahm die Empfehlungen für diese Mitgliedstaaten an beziehungsweise für Frankreich, Großbritannien, Irland und Spanien die revidierten Empfehlungen. Bei Griechenland wurde aufgrund der Nichtergreifung geeigneter Maßnahmen das Defizitverfahren verschärft. Die sechsmonatigen Fristen für die Ergreifung wirksamer Maßnahmen zum Abbau des übermäßigen Defizits für die Verfahren gegen Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien und Ungarn laufen bis Januar 2010.
- Der ECOFIN legte für Deutschland 2011 als Konsolidierungsbeginn, einen durchschnittlichen strukturellen Defizitabbau von mindestens 0,5 % des BIP pro Jahr und 2013 als Frist zur Rückführung des übermäßigen Defizits fest.

1 Einleitung

Die Volkswirtschaften der EU erfahren derzeit die stärkste Rezession der Nachkriegszeit und werden auch 2010 zum Teil noch schrumpfen. Der Herbstprognose der EU-Kommission (KOM) von Anfang November 2009 zufolge ist für dieses Jahr in der EU ein Rückgang des BIP um - 4,1% (Euroraum: -4,0%) zu erwarten. Ferner stellt die Kommission fest, dass bis auf Polen alle Mitgliedstaaten (MS) 2009 negative Wachstumsraten verzeichnen dürften. Die Arbeitsmärkte sind von der Krise, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, schwer getroffen; die Arbeitslosenquote wird gemäß der

Herbstprognose 2009 in der EU voraussichtlich auf 9,1% (Euroraum: 9,5%) steigen. Die Inflation dürfte laut der Kommission auch 2010 unter dem Niveau von 2% blei ben.

Zusätzlich zum Wirken der automatischen Stabilisatoren haben die Regierungen seit Herbst 2008 diskretionäre Maßnahmen ergriffen, um den Abschwung zu dämpfen. Vor diesem Hintergrund geht die Kommission von einer Erhöhung der Haushaltsdefizite in der EU in diesem Jahr auf - 6,9 % des BIP (Euroraum: - 6,4 % des BIP) aus – auch für 2010 wird in der Herbstprognose eine weitere Verschlechterung der Haushaltslage

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

erwartet. Deutschland ist hiervon nicht ausgenommen (-5,0 % des BIP 2010). Zwar dürfte der Rückgang der Wirtschaftstätigkeit gemäß der Kommission in den meisten Mitgliedstaaten 2010 zum Stillstand kommen beziehungsweise wieder durch Wachstum abgelöst werden; allerdings sind einstweilen die Wirtschaftsaussichten weiterhin ungewiss und die Risiken für die öffentlichen Haushalte beträchtlich. Dem ECOFIN fällt die Verantwortung zu, angemessene Konsolidierungsanforderungen für die Mitgliedstaaten zu beschließen und die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) zu gewährleisten.

2 Haushaltspolitik

Die Wirtschaftstätigkeit wird in diesem und im nächsten Jahr durch eine aktive Haushaltspolitik unterstützt. Die gesamte Haushaltsunterstützung (diskretionäre Konjunkturmaßnahmen und durch die Wirkung automatischer Stabilisatoren) beläuft sich im Zeitraum von 2009 bis 2010 gemäß dem im Juni veröffentlichten Public Finance Report der Kommission auf etwa 5 % des EU-BIP. Die diskretionären Konjunkturmaßnahmen der Mitgliedstaaten machen gemäß diesem Bericht in dem Zweijahreszeitraum 1,8% des BIP aus. Deutschlands diskretionäre Maßnahmen belaufen sich danach auf 1,4% des BIP im Jahr 2009 und 1,9 % des BIP 2010. Die Mitgliedstaaten haben damit laut dem Beitrag des ECOFIN für die Tagung des Europäischen Rates am 19./20. Juni 2009 in vollem Umfang auf die fiskalpolitische Komponente des Europäischen Konjunkturprogramms reagiert. Der Bericht stellt weiterhin fest, dass die Reaktionen der einzelnen Mitgliedstaaten differenziert ausgefallen sind. Dem Erfordernis, die Wirtschaft kurzfristig anzukurbeln bei gleichzeitiger Notwendigkeit, mit der Vorbereitung einer glaubwürdigen Strategie für die Rückkehr zu soliden und tragfähigen öffentlichen Finanzen zu beginnen, ist insgesamt in ausgewogener Weise Rechnung getragen worden.

Konjunkturelle Anreize, über die derzeit geplanten haushaltspolitischen Maßnahmen hinaus, sind angesichts der aktuellen Herbstsprognose der Kommission nicht geboten. Das Augenmerk sollte nunmehr auf der – dem Tempo der wirtschaftlichen Erholung angepassten – Haushaltskonsolidierung liegen.

2.1 Ausstiegs- oder Exitstrategie aus den diskretionären Konjunkturmaßnahmen

Eine zügige und dauerhafte Haushaltskonsolidierung ist im eigenen Interesse jedes Mitgliedstaats. Es gilt, solide Haushaltspositionen zu erreichen, bevor der nächste Abschwung einsetzt. Der ECOFIN hat am 20. Oktober 2009 Grundsätze für einen Exit aus den diskretionären Konjunkturmaßnahmen im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise formuliert. Eine Ausstiegsstrategie sollte demnach im Rahmen der konsequenten Anwendung des Stabilitätsund Wachstumspakts länderübergreifend koordiniert werden. Der ECOFIN fordert weiterhin, dass haushaltspolitische Anreize frühzeitig zurückgenommen und signifikante strukturelle Abbauschritte von wenigstens 0,5 % des BIP pro Jahr erreicht werden. Falls die Prognosen der Kommission weiterhin erkennen lassen, dass der Wirtschaftsaufschwung soweit an Stärke gewinnt, dass er sich selbst aufrechterhalten kann, sollten laut ECOFIN alle Mitgliedstaaten spätestens 2011 mit der Haushaltskonsolidierung beginnen. Gemäß dem Ergebnis der Ratstagung ist jedoch länderspezifischen Besonderheiten Rechnung zu tragen; einige Staaten werden demnach ihre Haushalte bereits früher konsolidieren. In Anbetracht der Herausforderungen sollte für den durchschnittlichen strukturellen Defizitabbau gemäß ECOFIN ein ehrgeiziges Tempo veranschlagt werden, das in den meisten Mitgliedstaaten beträchtlich über dem Referenzwert von konjunkturbereinigten 0,5 % des BIP pro Jahr liegen müsste. Zu den wichtigsten Begleitmaßnahmen des fiskalpolitischen Ausstiegs gehören -

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

wie im Stabilitäts- und Wachstumspakt hervorgehoben – laut ECOFIN die Verstärkung der nationalen Haushaltsrahmen zur Verbesserung der Glaubwürdigkeit der Konsolidierungsstrategien sowie Maßnahmen zur Unterstützung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte. Deutschlands im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse kann hier als Beispiel dienen.

2.2 Defizitverfahren

Nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt kann der Referenzwert für die Defizitquote bei einem schwerwiegenden Wirtschaftsabschwung überschritten werden. Die Defizitquote darf aber nur vorübergehend über 3% hinausgehen und muss nahe beim Referenzwert bleiben. Steigt die Defizitquote über 3%, ohne dass diese Ausnahmeklauseln greifen, stellt der ECOFIN auf Empfehlung der Kommission ein übermäßiges Defizit fest und spricht Korrekturempfehlungen aus. Die große Mehrzahl der Mitgliedstaaten weist im Zuge der Krise ein übermäßiges Defizit auf und befindet sich im Defizitverfahren nach dem SWP.

Der ECOFIN hat am 2. Dezember 2009 in Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Österreich, Portugal, der Slowakei, Slowenien und Tschechien nach Art. 126(6) AEUV (ex-Art. 104 EGV) ein übermäßiges Defizit festgestellt und nach Art. 126(7) AEUV Empfehlungen zur Rückführung des exzessiven Defizits angenommen. Der von der Kommission empfohlene durchschnittliche strukturelle Defizitabbau liegt bei allen 14 vom ECOFIN im Dezember beschlossenen Empfehlungen bei 0,5 % bis 2 % des BIP pro Jahr und trägt damit der gegenwärtigen außergewöhnlich ungewissen Lage und den länderspezifischen Auswirkungen der Krise Rechnung (siehe Tabelle 1). Die Korrekturfristen wurden mit 2012 (Belgien und Italien) und 2013 (alle weiteren) festgelegt. Bei den bereits eröffneten Verfahren gegenüber Großbritannien (seit Juli 2008), Frankreich, Irland und Spanien

(alle seit April 2009) wurden nach Art. 126(7) AEUV vom ECOFIN revidierte Empfehlungen beschlossen. Die Korrekturfristen wurden mit 2013 (Frankreich und Spanien) und 2014 (Großbritannien¹ und Irland) benannt. Der Beginn der Konsolidierung wurde vom ECOFIN ebenso differenziert. Für Deutschland, die Niederlande und Österreich wurde 2011 als Startzeitpunkt der Konsolidierung festgelegt. Bei allen weiteren Staaten wurde 2010 benannt. Der durchschnittliche strukturelle Defizitabbau wurde für Deutschland mit mindestens 0,5 % des BIP pro Jahr festgelegt (siehe Tabelle 1). Deutschland bekennt sich ausdrücklich zur Einhaltung der nationalen Schuldenbremse und den Vorgaben des SWP.

Bei Griechenlands laufendem Verfahren (seit April 2009) wurde nach Art 126(8) AEUV die Nichtergreifung wirksamer Maßnahmen zur Defizitrückführung festgestellt. Das statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften hat zudem am 22. Oktober 2009 Vorbehalte gegenüber den gemeldeten griechischen Haushaltsdaten geäußert. Die Finanzmärkte haben auf diesen Vertrauensverlust mit steigenden Risikoaufschlägen bei griechischen Staatsanleihen (im Verhältnis zu 10-jährigen Bundesanleihen) reagiert. Anfang 2010 wird der ECOFIN-Rat voraussichtlich strengere Empfehlungen an Griechenland richten.

Die sechsmonatigen Fristen für die Ergreifung wirksamer Maßnahmen zum Abbau des übermäßigen Defizits für die Verfahren gegen Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien und Ungarn laufen bis zum 7. Januar 2010.

3 Schlussfolgerung

Diese Entscheidungen des ECOFIN zeigen, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt den

¹ Das Haushaltsjahr in Großbritannien beginnt im April eines jeden Jahres, daher wurde die Frist 2014/15 festgelegt.

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

geeigneten Rahmen für die Gewährleistung solider öffentlicher Finanzen bildet. Er weist die gebotene Flexibilität auf, sodass Konsolidierungsmaßnahmen innerhalb eines mit der wirtschaftlichen Erholung in Einklang stehenden Zeitrahmens durchgeführt werden können. Hohe Priorität muss der Gewährleistung der langfristigen Solidität der öffentlichen Finanzen eingeräumt werden.

Tabelle 1: Defizitentwicklung, Beginn der Konsolidierung, Korrekturfrist, durchschn. jährliche strukturelle Abbauschritte sowie Schuldenstandsentwicklung in den Mitgliedstaaten im Defizitverfahren seit dem 2.Dezember 2009

	Defizit 2009/2010/2011 (in % des BIP)	Beginn Konsolidierung	Korrekturfrist	Durchschnittl. jährl. strukt. Abbauschritte (in % des BIP)	Schuldenstand 2009/2010/2011 (in % des BIP)
	2009: -3,4				2009: 73,1
Deutschland	2010:-5,0	2011	2013	mindestens 0,5	2010: 76,7
	2011:-4,6				2011:79,7
	2009:-5,3				2009: 114,6
Italien	2010:-5,3	2010	2012	mindestens 0,5	2010: 116,7
	2009/2010/2011 Beginn Konsolidierung (in% des BIP) 2009:-3,4 2010:-5,0 2011:-4,6 2009:-5,3 2010:-5,3 2010:-5,9 2010:-5,8 2011:-5,8 2009:-4,7 2010:-6,1 2011:-5,6 2009:-4,3 2010:-5,5 2011:-5,3 2009:-6,3 2010:-6,0 2011:-5,5 2009:-6,3 2010:-6,0 2011:-5,5 2009:-6,6			2011: 117.8	
	2009:-5,9				2009: 97,2
Slowenien	2010:-5,8	2010	2012	3/4	2010: 101,2
	2011:-5,8				2011:104,0
	2009:-4,7				2009: 59,8
Niederlande	2010:-6,1	2011	2013	3/4	2010: 65,6
Niederlande	2011:-5,6				2011:69,7
	2009:-4,3				2009: 69,1
Österreich	2010:-5,5	2011	2013	3/4	2010: 73,9
	2011:-5,3				2011:77,0
	2009:-6,3			2013 mindestens 0,5 2 2012 mindestens 0,5 2 2012	2009: 35,1
Slowenien	2010:-7,0	2010	2013	3/4	2010: 42,8
	2011:-6,9				2011:48,2
	2009:-6,3				2009: 34,6
Slowakei	2010:-6,0	2010	2013	1	2010: 39,2
	2010:-5,0 2011 2013 2011:-4,6 2009:-5,3 2010 2012 2011:-5,1 2009:-5,9 2010:-5,8 2010 2012 2011:-5,8 2009:-4,7 2010:-6,1 2011 2013 2011:-5,6 2009:-4,3 2010:-5,5 2011 2013 2011:-5,3 2010:-7,0 2010 2013 2011:-6,9 2009:-6,3 2010:-6,0 2010 2013 2011:-5,5 2009:-6,6 2010:-5,5 2010 2013			2011:42,7	
	2009:-6,6				2009: 36,5
Tschechien	2010:-5,5	2010	2013	1	2010: 40,6
Österreich Slowenien Slowakei	2011:-5,7				2011: 44,0

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

noch Tabelle 1: Defizitentwicklung, Beginn der Konsolidierung, Korrekturfrist, durchschn. jährliche strukturelle Abbauschritte sowie Schuldenstandsentwicklung in den Mitgliedstaaten im Defizitverfahren seit dem 2.Dezember 2009

	Defizit 2009/2010/2011 (in % dos RIP)	Beginn Konsolidierung	Korrekturfrist	Durchschnittl. jährl. strukt. Abbauschritte	Schuldenstand 2009/2010/2011
	2009:-8,3			(III % des BIP)	2009: 76,1
Frankreich	2010: -8,2	2010	2013	über1	2010: 82,5
	2011:-7,7	2010/2011 Beginn Konsolidierung Korrektur des BIP) 8,3 8,2 2010 2013 7,7 8,0 8,0 8,0 2010 2013 8,7 12,1 12,9 2010/2011 11,1 11,2 10,1 2010 2013 9,3 12,5 14,7 2010 2010 2014 2014 2014 2014 2014 2016 2017 2018 2018 2019 2010			2011:87,6
	2009:-8,0				2009: 77,4
Portugal	2010:-8,0	2010	2013	11/4	2010: 84,6
	2009/2010/2011 Beginn Konsolio (in % des BIP) 2009: -8,3 2010: -8,2 2011: -7,7 2009: -8,0 2010: -8,0 2011: -8,7 2009: -12,1 2010: -12,9 2011: -11,1 2009: -11,2 2010: -10,1 2011: -9,3 2009: -12,5 2010: -14,7 2019: -12,7				2011:91,1
	2009:-12,1				2009: 68,6
Großbritannien	2010:-12,9	•	•	1¾	2010: 80,3
	2011:-11,1	2010/2011	2011/2013		2011:88,2
	2009:-11,2				2009: 54,3
Spanien	2010:-10,1	2010	2013	über 1,5	2010: 66,3
	2011:-9,3			sist strukt. Abbauschritte (in % des BIP) 2009/201 (in % des BIP) 2009: 76,1 2010: 82,5 2011:87,6 2009: 77,4 2010: 84,6 2011: 91,1 2009: 68,6 2011: 88,2 2009: 54,3 2011: 84,5 2010: 66,3 2011: 74,0 2009: 65,8 2 2010: 82,5 2011: 96,2 2011: 96,2 2011: 96,2 2011: 96,2 2009: 112 wirksamen Maßnahmen ergriffen wurden – Art. 126(8)	2011:74,0
	2009:-12,5				2009: 65,8
Irland	2010:-14,7	2010	2014	2	2010: 82,9
	2011:-14,7	2010 2013 1			2011:96,2
	2009:-12,7			•	2009: 112,6
Griechenland	2010:-12,2	2009	2010	_	2010: 124,9
	2011:-12,8			` '	2011:135,4

Quelle: Herbstprognose der EU-Kommission, Ratsschlussfolgerungen (ECOFIN)

LEISTUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTE IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Leistungsbilanzungleichgewichte im internationalen Vergleich

Entwicklungen, Ausblick und Auswege

1	Zusammenfassung	54
2	Problematik	56
3	Entwicklung internationaler und europäischer Leistungsbilanzungleichgewichte	57
3.1	Globale Ebene	
3.2	Euroraum	58
4	Gründe für Leistungsbilanzungleichgewichte	59
4.1	Leistungsbilanzungleichgewichte auf globaler Ebene	
4.2	Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb des Euroraums	60
5	Wie persistent werden die Ungleichgewichte sein?	61
6	Folgen der Leistungsbilanzungleichgewichte	63
6.1	Wann sind Ungleichgewichte unproblematisch?	
	Wann werden Ungleichgewichte zu einem Problem?	
7	Anpassungsmöglichkeiten und -politiken	65
7.1	Globale Ebene	
7.2	Euroraum	66

- Die hohen Leistungsbilanzungleichgewichte, die sich seit Ende der 90er Jahre aufgebaut haben, werden für die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise mitverantwortlich gemacht.
- Leistungsbilanzungleichgewichte können problematisch werden, wenn sie das Ergebnis nicht marktpreisbasierter Prozesse sind, eine hohe Persistenz aufweisen oder innerhalb einer Wirtschafts- und Währungsunion zu starken Divergenzen zwischen den Partnerländern führen.
- Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise werden die Leistungsbilanzungleichgewichte tendenziell verringert, allerdings müssen Vorkehrungen getroffen werden, um eine Rückkehr zu wieder ausgeprägteren Ungleichgewichten zu verhindern. Eine verbesserte internationale Koordinierung könnte hilfreich sein.

1 Zusammenfassung

Seit Beginn und verschärft seit Ende der 90er Jahre haben die globalen Handels- und Kapitalströme zu hohen Leistungsbilanzungleichgewichten – sowohl international als auch innerhalb des Euroraums – geführt. Während einige Länder kontinuierlich Leistungsbilanzüberschüsse aufweisen, verzeichnen andere relativ dauerhafte Leistungsbilanzdefizite. Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise stehen nun diese Ungleichgewichte – als eine Krisenursache

neben der unzureichenden Kontrolle der Finanzmärkte und zu hoher Liquidität – im politischen Fokus, sowohl bei der Erarbeitung internationaler Anpassungsstrategien (G20) als auch bei Debatten innerhalb des Euroraums.

Vor diesem Hintergrund geht die vorliegende Aufzeichnung den Gründen der gestiegenen Leistungsbilanzungleichgewichte, den Aussichten für ihre weitere Entwicklung sowie der Frage möglicher Anpassungsreaktionen beziehungsweise Politikantworten nach.

LEISTUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTE IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Die wesentlichen Aussagen sind:

Entstehen Leistungsbilanzungleichgewichte unter "fairen" Marktbedingungen, so sind sie nichts anderes als der Ausdruck einer effizienten internationalen Kapitalallokation zwischen Ländern mit unterschiedlichen Spar-, Investitions- und Konsumwünschen.

Sie werden dann zu einem Problem,

- wenn sie das Ergebnis nicht marktpreisbasierter Prozesse sind, wie z. B. bei aktiver Beeinflussung von Wechselkursen durch Devisenmarktinterventionen oder der einseitigen Begünstigung des Exportsektors einer Volkswirtschaft (z. B. durch das Steuersystem, durch Subventionen oder durch Handelshemmnisse),
- wenn sie persistent sind, die dadurch aufgebauten Verbindlichkeiten nicht mehr ausreichend finanziert werden können und das Vertrauen in die Bonität der Defizitländer schwindet.
- wenn sich innerhalb einer
 Währungsunion Wirtschaftsstrukturen
 und Wettbewerbsfähigkeit der
 Partnerländer stark unterscheiden oder
 reale Abwertungsmechanismen nicht
 funktionieren.

Gegenwärtig bilden sich die Ungleichgewichte tendenziell zurück. Nach Beendigung der Finanz- und Wirtschaftskrise kann im Falle eines "no-policy-change"-Szenarios jedoch eine Rückkehr zu den vor der Krise vorherrschenden Mustern und Ungleichgewichten nicht ausgeschlossen werden. Hierfür sprechen beispielsweise persistente Außenhandelsund Wirtschaftsstrukturen, im Zuge der wirtschaftlichen Erholung wieder ansteigende Ölpreise sowie unveränderte Wechselkurspolitiken. Sollte sich die Nachfrage in den Defizitländern nachhaltig

verringern, können sich allerdings mittel- bis langfristig die Ungleichgewichte reduzieren.

Mögliche Politikoptionen zum Abbau von Leistungsbilanzungleichgewichten:

Auf den ersten Blick attraktiv erscheinende Vorschläge in der internationalen Diskussion (z. B. internationaler Stabilitätspakt mit quantitativen Regelgrenzen für Leistungsbilanzsalden) helfen nicht weiter. Vielmehr wären im Fall einer Umsetzung mechanistische wirtschaftspolitische Eingriffe in die internationale Arbeitsteilung zu befürchten, auch könnten Zielkonflikte mit anderen gesamtwirtschaftlichen Größen entstehen (BIP-Wachstum, öffentliche Verschuldung), wodurch es zu Wohlstandsverlusten kommen könnte.

Auf internationaler Ebene ist allerdings eine verbesserte Koordinierung erfolgversprechend. Hier wurde seitens der G20 mit dem "Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth" ein Prozess gestartet, mit differenzierten Forderungen an Überschuss- wie Defizitländer und einer entsprechenden multilateralen Surveillance auf eine Stärkung des Potenzialwachstums und damit zugleich auch auf den Abbau von Leistungsbilanzungleichgewichten hinzuwirken. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob der G20-Prozess die in ihn gesetzten Erwartungen auch erfüllen kann.

Die Koordinierung der nationalen Politiken muss durch möglichst friktionsfreie Veränderungen im internationalen Währungsgefüge flankiert werden. Mit dem "künstlich" niedrig gehaltenen Wert seiner Währung stützt China bislang seine Exportwirtschaft, die einen wichtigen Pfeiler des chinesischen Wirtschaftswachstums bildet. Damit gehen rasant wachsende Währungsreserven Chinas (in US-Dollar) einher. Dies ist auch zukünftig eine Quelle für Instabilität.

LEISTUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTE IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Der Euroraum insgesamt trägt mit seiner aggregierten Leistungsbilanz nicht zu den internationalen Ungleichgewichten bei. Innerhalb des Euroraums bestehen jedoch erhebliche, andauernde Divergenzen. Insofern existiert auch auf Ebene der Euroraumländer ein Potenzial zur Verbesserung der Koordinierung. Die Krise hat gezeigt, dass Defizite in der Surveillance bestehen und die zum Teil hinter den internen Ungleichgewichten stehenden strukturellen Fehlentwicklungen nur ungenügend analysiert wurden. Der Ende 2008 erstmals vorgelegte Bericht der EU-Kommission (EU-KOM) zur Wettbewerbsfähigkeit ist verbunden mit einem effektiven Monitoring in der Eurogruppe - ein geeignetes Instrument, um diese Defizite aufzuzeigen. Auch im Rahmen der Post-Lissabon-Strategie sollten strukturpolitische Herausforderungen angesprochen werden, die zu einer Vermeidung von Ungleichgewichten beitragen können.

Auf Ebene der Euroraumländer bleibt aber letztlich die Eigeninitiative der besonders betroffenen Mitgliedstaaten erforderlich, um mit Strukturreformen die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und einen positiven Effekt auf die Exportperformance zu erwirken. Hier gibt es bereits erste Signale, strukturelle Verbesserungen infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise umzusetzen (z. B. in Spanien und Irland).

2 Problematik

Seit Beginn und verschärft seit Ende der 90er Jahre entwickeln sich die globalen Handelsund Kapitalströme nach einem besonderen Muster, das zu hohen internationalen makroökonomischen Ungleichgewichten geführt hat: Während einige Länder kontinuierlich Leistungsbilanzüberschüsse aufweisen (vornehmlich asiatische und ölexportierende Länder sowie Japan und Deutschland), verzeichnen andere relativ dauerhafte Leistungsbilanzdefizite (USA,

einige europäische Länder wie Großbritannien, Portugal, Spanien, Italien).

Bereits im Vorfeld der Wirtschafts- und Finanzkrise war von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden, dass eine Anpassung der Leistungsbilanzungleichgewichte erfolgen müsse¹, weil diese außenwirtschaftlichen Strukturen in den international hochverschuldeten Ländern (wie z. B. den USA) auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten seien. Ansonsten würde eine zwangsweise und gegebenenfalls drastische Anpassung über die Märkte stattfinden. Allerdings war zu jener Zeit noch erwartet worden, dass diese Anpassung über Währungsschocks erfolgen würde.

Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise stehen nun die Ungleichgewichte – als eine Krisenursache neben der unzureichenden Kontrolle der Finanzmärkte und zu hoher Liquidität – weiter im Fokus, sowohl bei der Erarbeitung internationaler Anpassungsstrategien als auch bei den Debatten innerhalb des Euroraums. So haben die G20 bei ihrem Treffen in Pittsburgh im September 2009 in ihrem Kommuniqué Forderungen an Überschusswie Defizitländer formuliert, mit differenzierten Politikansätzen auf einen Abbau von Leistungsbilanzungleichgewichten hinzuarbeiten. Innerhalb der Euroraumländer wurde einerseits mehr oder weniger explizit der Vorwurf laut, Deutschland habe mit einer exportorientierten "Wachstumsstrategie" Wachstum auf Kosten der anderen Länder erreicht, während insbesondere Spanien, Griechenland u. a. im Lichte der stark angestiegenen Leistungsbilanzdefizite für mangelnde Reformen zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit beziehungsweise evidente strukturelle Fehlentwicklungen kritisiert wurden.

¹Z. B. Bruegel policy brief, Issue 2007/02, März 2007.

LEISTUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTE IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Vor diesem Hintergrund soll folgenden Fragen nachgegangen werden:

Welche Gründe stehen hinter den Ungleichgewichten? Ändern sich durch die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise die Aussichten für die weitere Entwicklung der Ungleichgewichte? Bleiben sie ein Grund zur Besorgnis? Mit welchen Politiken könnte oder sollte gegengesteuert werden?

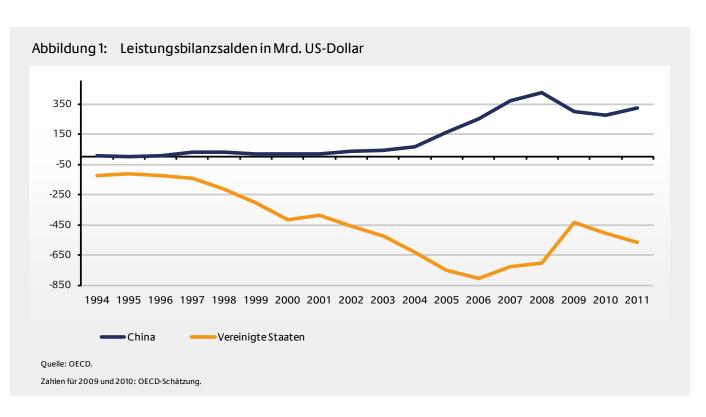
3 Entwicklung internationaler und europäischer Leistungsbilanz- ungleichgewichte

3.1 Globale Ebene

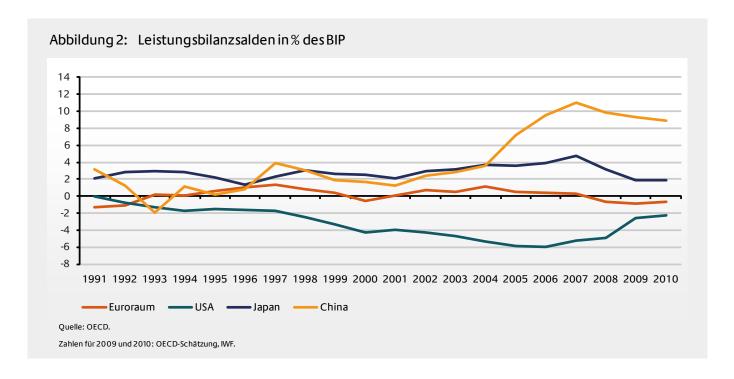
Vom Volumen her wiesen in den vergangenen Jahren die USA und China die größten Leistungsbilanzungleichgewichte auf. Die Leistungsbilanz der USA ist bereits seit 1992 defizitär, wobei das Volumen bis 1997 (also bis zum Beginn der asiatischen Finanzkrise)

noch ein moderates Ausmaß hatte, aber seither – bis zum Beginn der Finanzmarktkrise 2007 – einen stetigen Anstieg verzeichnete. Auch ungeachtet eines seit 2002 abwertenden Dollars wurde das Defizit größer, anstatt sich, wie theoretisch zu erwarten wäre, zu verringern. Dazu beigetragen hat die expansive amerikanische Wirtschaftspolitik. 2006 erreichte das US-amerikanische Leistungsbilanzdefizit mit rund 804 Mrd. US-Dollar oder 6,0 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) seinen vorläufigen Höhepunkt (siehe Tab. 3 und 4 und Abb. 1). Bis 2008 erfolgte ein Rückgang auf 4,9%, und für 2010 wird vom Internationalen Währungsfonds (IWF) ein Defizit in Höhe von auf 2.2% erwartet.

Das Gegenstück ist im Wesentlichen in Asien und den ölexportierenden Ländern zu finden. Die asiatischen aufstrebenden Volkswirtschaften hatten bis 1996, also ein Jahr vor der asiatischen Finanzkrise, noch ein kumuliertes Leistungsbilanzdefizit. In der folgenden Dekade verwandelte sich dies in einen Überschuss bis zu 562 Mrd. US-Dollar (2008), wobei China – neben den



LEISTUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTE IM INTERNATIONALEN VERGLEICH



ölexportierenden Ländern – in den Jahren vor der Finanzkrise für den überwiegenden Teil des Anstiegs verantwortlich war. 2008 betrug der chinesische Leistungsbilanzüberschuss rund 10% des BIP, für 2010 wird ein Rückgang auf rund 9% geschätzt.

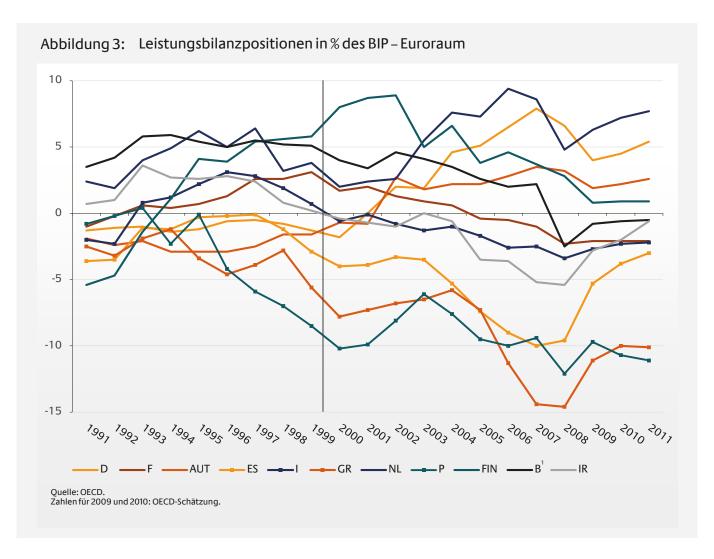
3.2 Euroraum

Während die Leistungsbilanz des Euroraums als Ganzes relativ ausgeglichen ist (bisheriges höchstes Plus im Jahr 2004 mit 1,2% des BIP, geschätztes Defizit im Jahr 2009: 0,9 % des BIP), existieren innerhalb des Euroraums ebenfalls persistente makroökonomische Ungleichgewichte. Einigen Ländern mit in den vergangenen Jahren dauerhaften Leistungsbilanzüberschüssen (z. B. Deutschland, Österreich, Niederlande) stehen andere mit anhaltenden Defiziten gegenüber (u. a. Griechenland, Spanien, Portugal, Italien). Dabei kann die dauerhafte Notwendigkeit, Leistungsbilanzdefizite zu finanzieren, innerhalb eines Währungsraumes zu Instabilitäten führen. In der Wirtschaftsund Finanzkrise hat sich dies in einer Herabstufung der Bonität verschiedener Defizitländer bemerkbar gemacht.

Die grafische Darstellung (vgl. Abb. 3)
zeigt, dass die Ungleichgewichte in den
Leistungsbilanzsalden seit Ende der 90er
Jahre deutlich zugenommen haben. Ein
Grund hierfür ist in der Einführung des Euro
zu sehen, wodurch der Wechselkurs als
Anpassungsmechanismus ausgeschieden ist.
Reale Anpassungen über die Lohnentwicklung
erfolgen hingegen sehr viel langsamer. Gerade
Länder mit schwacher Wettbewerbsfähigkeit
(u. a. Griechenland, Portugal, Spanien) sind seit
der Jahrtausendwende unter Druck geraten
und verzeichneten bis zur Wirtschafts- und
Finanzkrise hohe Defizite.

In jüngeren Jahren ist auch die Leistungsbilanz von Frankreich ins Defizit gerutscht, wohingegen Österreich und Deutschland ihre Wettbewerbspositionen deutlich verbessern konnten und von der Gruppe der Defizitländer zu den Überschussländern wechselten.

LEISTUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTE IM INTERNATIONALEN VERGLEICH



4 Gründe für Leistungsbilanzungleichgewichte

Die Entstehung der persistenten Ungleichgewichte wurde durch ein Zusammenspiel mehrerer Faktoren begünstigt:

4.1 Leistungsbilanzungleichgewichte auf globaler Ebene

Die niedrige private und öffentliche Sparquote in den USA führte zum Anwachsen des Leistungsbilanzdefizits. Die Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite konnte nur durch Zufluss von Kapital erfolgen. Die Bereitschaft ärmerer Länder, den reicheren wie den USA oder dem Vereinigten Königreich Geld zu leihen, war Ausdruck eines globalen "savings glut". Der Kapitalzufluss reduzierte wiederum das Zinsniveau und erhöhte den Preis der – wegen ihrer hohen Sicherheit – besonders gefragten US-Staatsanleihen.

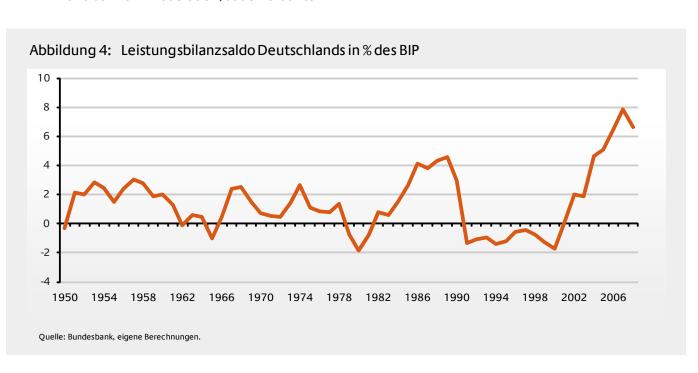
- Die Kombination aus einer stark expansiven Geld- und Fiskalpolitik und der Förderung des Wohneigentums in den USA hat zu einer hohen privaten und öffentlichen Verschuldung geführt, die durch den Anstieg der Immobilienpreise zusätzlich befördert wurde.
- Hohe Sparquoten in Schwellenländern, eine exportgetriebene Entwicklung

LEISTUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTE IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

in Asien im Zusammenspiel mit (aktiv angestrebter) Unterbewertung und der Akkumulation hoher Devisenreservenbestände.

- Manche Ökonomen sehen hinter dem Aufbau massiver Dollar-Reservebestände asiatischer Länder eine Art Versicherungsmotiv gegen Währungs- und Finanzmarktturbulenzen. Während der Asienkrise in den 90er Jahren verfügten diese Länder über nicht ausreichende Devisenreserven, mit denen sie ihre Währungen hätten stützen können. Sollte dieses Versicherungsmotiv das Hauptmotiv sein, werden sie – falls keine anderen Instrumente entwickelt werden – auch in Zukunft bemüht sein, Währungsreserven aufzubauen.
- 4.2 Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb des Euroraums
- Unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit der Euroländer: In den Überschussländern (z. B. Deutschland, Österreich) ist der Anstieg der Lohnstückkosten, auch als Folge erfolgreicher struktureller Reformen und von Lohnmoderation, dauerhaft unter

- dem Euroraumdurchschnitt geblieben. Lohnzurückhaltung hat hier einerseits die Wettbewerbsfähigkeit begünstigt, andererseits die Binnennachfrage geschwächt. Kehrseite dieser Medaille sind lohnpolitische und strukturelle Fehlentwicklungen in den Ländern, die tendenziell Defizite aufweisen.
- Pfadabhängigkeiten bei den Wirtschaftsstrukturen: Die Länder des Euroraums weisen sehr unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen auf (Beispiel: Anteil des industriellen Sektors an der Bruttowertschöpfung 2007 in Frankreich 14,1%, im Vereinigten Königreich 16,6%, in Deutschland 26,4%). Als industriell geprägte Volkswirtschaft hat Deutschland seit 1950 (mit wenigen Ausnahmen, z. B. in den 90er Jahren, als die inländische Absorption in Folge der deutschen Wiedervereinigung stark angestiegen war) Leistungsbilanzüberschüsse aufgewiesen (siehe Abb. 4). Der in den meisten entwickelten Ländern zu beobachtende Tertiärisierungsprozess hat sich zudem in Deutschland seit Beginn des neuen Jahrtausends verlangsamt,



LEISTUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTE IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

insbesondere bedingt durch die starke Auslandsnachfrage. Dabei sind die deutschen Exportprodukte teilweise komplementär zu denjenigen der Handelspartner, d. h. sie können nicht einfach durch Exporte anderer Länder substituiert werden.²

Unterschiedliche Inflationsraten:

Vergleichsweise niedrige (hohe) Inflationsraten wirken innerhalb des Euroraums über relativ hohe (niedrige) Realzinsen hemmend (stimulierend) auf die inländische Nachfrage und die Importnachfrage und verstärken damit bestehende Tendenzen zu Leistungsbilanzüberschüssen beziehungsweise -defiziten. Seit Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion ist dabei teilweise eine relativ hohe Persistenz auffällig, mit der Euro-Mitgliedstaaten entweder zu der Gruppe mit überdurchschnittlicher oder zu derjenigen mit unterdurchschnittlicher Inflationsrate gehören (vgl. Tab. 1).

5 Wie persistent werden die Ungleichgewichte sein?

Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise hat es zwar – sowohl auf internationaler als auch auf europäischer Ebene – durch verschiedene Effekte zunächst eine Reduzierung der Ungleichgewichte gegeben. Mit Ausnahme Chinas, welches seinen Überschuss 2008 nochmals um 15 % steigerte, sind in allen Ländern die Überschüsse beziehungsweise Defizite gesunken.

Sowohl IWF- als auch OECD-Prognosen sehen für 2009 eine weitere Reduzierung der Ungleichgewichte, allerdings wiederum mit Ausnahme von China. Gemäß aktuellen IWF-Projektionen werden sich die Leistungsbilanzungleichgewichte mittelfristig bei circa 4% des Welt-BIP stabilisieren (nach 5 ¼% im Jahr 2007). Für die USA werden ein Defizit von 2,2% des BIP für das Jahr 2010 und ein geringer Wiederanstieg auf 2,7% bis 2014 erwartet (World Economic Outlook Oktober 2009). Sollten diese Projektionen zutreffen, so ergäbe sich zumindest aus Sicht der USA ein verbesserter Zustand, wenn das Wachstum auch wieder eine entsprechende Höhe erreicht.³

Der Saldo des Euroraums ist inzwischen von einem geringen Überschuss vor der Krise in ein leichtes Defizit gerutscht, wobei sich die Ungleichgewichte innerhalb des Euroraums ebenfalls reduziert haben.

Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass die makroökonomischen Ungleichgewichte – sowohl international als auch innerhalb des Euroraums – wieder zunehmen. Hierfür sprechen verschiedene Faktoren:

Im Zuge einer sich erholenden Weltwirtschaft dürfte insbesondere auch die Nachfrage nach Investitionsgütern und dauerhaften Konsumgütern wieder deutlich anziehen. Angesichts

² Vergleiche DIW-Wochenbericht 11/2009.

³ Aus der ökonomischen Literatur ist keine eindeutige, langfristig tragfähige Defizitquote für die Leistungsbilanz abzuleiten (vergleiche KfW Research: Globale Ungleichgewichte, Februar 2009). Die durch ein Defizit entstehende Auslandsverschuldung ist nur tragfähig, wenn das Land als zahlungsfähig gilt. Als ein mögliches Kriterium für die Zahlungsfähigkeit kann die Nettoauslandsverschuldung in % des BIP betrachtet werden. Hier gelten als langfristig tolerierbar circa 60 % des BIP. Unter der Annahme eines nominalen BIP-Wachstums in Höhe von 5 % wäre damit ein Leistungsbilanzdefizit in Höhe von 3 % verbunden. Bei einem geringeren BIP-Wachstum liegt das gleichgewichtige Defizit entsprechend niedriger. Nach Schätzung der EZB liegt die gleichgewichtige Defizitquote der Leistungsbilanz bei weniger als 1% des BIP.

LEISTUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTE IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

der bestehenden Außenhandels- und Wirtschaftsstrukturen dürften hiervon insbesondere Überschussländer wie Deutschland und Japan profitieren. Kurzfristige, strukturell bedingte Änderungen sind hier nicht zu erwarten.

- Ein Anstieg der Ölpreise im Zuge der konjunkturellen Erholung könnte die Divergenzen verstärken (wachsende Überschüsse in erdölexportierenden Ländern und steigende Defizite in ölimportierenden Ländern, wie z. B. den USA).
- Veränderung der Wechselkurspolitik asiatischer Länder, insbesondere Chinas, stattfinden wird. Eine Beibehaltung der früheren Politik, die im Wesentlichen eine Begünstigung der Exporte durch einen niedrigen Wechselkurs beinhaltete, würde die Persistenz der Ungleichgewichte befördern. Damit einhergehend wären weiter ansteigende Währungsreserven der Schwellenländer zu erwarten.
- Innerhalb des Euroraums haben sich zwar die Leistungsbilanzsalden im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise reduziert. Aber auch wenn die Projektionen (siehe Abb. 3) mittel- oder längerfristig zutreffen sollten, so ist die Spannbreite der Leistungsbilanzsalden zwischen den Ländern doch erheblich (2009 von rund 11% in Griechenland bis + 6% in den Niederlanden). Zudem könnten sich ohne substanzielle strukturelle Änderungen die Ungleichgewichte wieder weiter verstärken. Dagegen spricht zwar, dass Länder wie Spanien oder Griechenland durch einen

Strukturwandel (abnehmende Bedeutung der Bauwirtschaft) geprägt sein könnten, der ein künftig gleichgewichtigeres, d. h. auch exportgestütztes Wachstum ermöglicht. Allerdings waren die Außenhandelsstrukturen innerhalb der EU beziehungsweise dem Euroraum vor der Krise im Wesentlichen Ergebnis eines Wettbewerbs auf freien Märkten, und sie können nachhaltig wohl nur in einem langfristigen Prozess geändert werden.

Möglich ist allerdings, dass die Ungleichgewichte nicht das gleiche Ausmaß erreichen werden wie vor der Krise, da die Nachfrage in den Defizitländern abgeschwächt sein dürfte (z. B. USA, Spanien, UK). Die USamerikanischen Haushalte beispielsweise, deren Sparquote aufgrund der erhöhten Unsicherheit bereits jetzt stark angestiegen ist, werden vermutlich wegen der negativen Vermögenseffekte der Krise auch längerfristig höhere Sparquoten aufweisen. Ebenso kann ein Nachlassen der fiskalischen Stimuli über einen verringerten inländischen Konsum zu einem Rückgang des Leistungsbilanzdefizits der USA führen. Entscheidend ist mittel- und langfristig die Frage, ob eine Neuorientierung der amerikanischen Geld-, Fiskal- und Wirtschaftspolitik erfolgt und

⁴ Die Schätzungen der EU-Kommission weisen mit - 8,8 % für Griechenland und + 3,1 % für die Niederlande eine geringere Spannbreite auf. semäß der EU-Kommission lassen sich verschiedene Szenarien unterscheiden: Das weniger günstige Szenario besagt, dass es bei über den Preiswettbewerb weiter zunehmenden chinesischen Exporten, insbesondere in den Euroraum, zu einer realen Aufwertung des Euro kommt, mit entsprechenden negativen Effekten auf Exporte und Leistungsbilanz des Euroraums insgesamt. In einem für den Euroraum günstigeren Szenario würde in Überschussländern und insbesondere in China die inländische Absorption steigen und der chinesische reale effektive Wechselkurs aufwerten. Diesem Szenario wird seitens der EU-Kommission aber eine geringere Wahrscheinlichkeit eingeräumt.

LEISTUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTE IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

die amerikanische Wirtschaft ihre Position im internationalen Wettbewerb verbessern kann. Die genaue Entwicklung des Euroraums insgesamt wird entscheidend auch von dem Verhalten der anderen "global player", insbesondere China, bestimmt werden.⁵

6 Folgen der Leistungsbilanzungleichgewichte

Die Interpretation der Ungleichgewichte hängt sehr stark von dem jeweils betrachteten Land ab – allgemeingültige Aussagen lassen sich kaum ableiten.

6.1 Wann sind Ungleichgewichte unproblematisch?

Grundsätzlich gilt:

Leistungsbilanzungleichgewichte sind an sich weder ungewöhnlich noch schädlich. Als Spiegelbild von Investitions-, Spar- und Konsumentscheidungen einer Volkswirtschaft ermöglichen sie den Transfer überschüssiger Ersparnis von einer Ökonomie zu anderen, in denen dieses Kapital zur Finanzierung von Investitionen und Konsum genutzt werden kann. So betrachtet, sind Leistungsbilanzungleichgewichte nichts anderes als der Ausdruck einer effizienten internationalen Kapitalallokation und der Befriedigung unterschiedlicher Spar- und Investitionswünsche, sofern sie unter ansonsten funktionierenden Marktbedingungen entstehen und Anpassungsmechanismen (z. B. über den Wechselkurskanal) wirken können.6

Aus Sicht eines Überschusslandes bedeutet demnach ein dauerhafter Überschuss prinzipiell kein Problem. Im Gegenzug zu den verkauften Gütern kommt es zu einem Kapitalzufluss ins Inland, der in verschiedenste Verwendungen fließen kann. Allerdings lässt Aus Sicht der Defizitländer sind sie unproblematisch, wenn die damit einhergehenden Auslandsverbindlichkeiten ausreichend finanziert werden können.
Allerdings müssen die im Gegenzug zu den Importen aufgebauten Verbindlichkeiten auch bedient werden (da dies im Falle der USA in Form von – dank des niedrigen Zinsniveaus in den USA – niedrig verzinsten Anleihen stattfand, war dies lange Zeit kein Problem). Entscheidend für die Tragfähigkeit der Defizite sind dabei Größen wie beispielsweise das inländische Wirtschaftswachstum.

Defizitländer argumentieren häufig, dass das Leistungsbilanzdefizit auch als Indiz der Stärke einer Volkswirtschaft verstanden werden kann. Der Kapitalzustrom in die USA und das daraus resultierende Leistungsbilanzdefizit drückte danach die Erwartung aus, dass die US-amerikanische Volkswirtschaft weiterhin hohe Produktivitäts- und BIP-Wachstumsraten realisieren würde. Das Leistungsbilanzdefizit wäre dann ein Stück weit durch das anlagesuchende Kapital verursacht. Finanziert wurden allerdings nicht die Investitionen wettbewerbsfähiger amerikanischer Unternehmen, sondern insbesondere das Staatsdefizit und die Immobilienkäufe privater Haushalte.

Aus den – für die einzelnen Länder unproblematischen – Risiken können in der Kumulierung jedoch systemische Risiken entstehen.

6.2 Wann werden Ungleichgewichte zu einem Problem?

Ein "systemisches Risiko" kann sich als Ergebnis nicht marktpreisbasierter Prozesse ergeben, wie z. B. bei aktiver Beeinflussung von Wechselkursen oder der einseitigen Begünstigung des Exportsektors einer Volkswirtschaft (z. B. durch das Steuersystem, durch Subventionen oder durch

ein dauerhafter Überschuss den Schluss auf eine schwache interne Nachfrage zu.

⁶ Vergleiche KfW Research (2009).

LEISTUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTE IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Handelshemmnisse). Die Währungspolitik asiatischer Länder zielte dauerhaft darauf ab, Leistungsbilanzanpassungen über den Wechselkurskanal zu unterbinden. Zudem haben die ölexportierenden Länder nicht durch angemessenes real- und finanzwirtschaftliches Recycling zum Abbau der Ungleichgewichte beigetragen. Die aus dem US-amerikanischen Leistungsbilanzdefizit erwirtschafteten Erlöse wurden (insbesondere von China) oftmals wiederum in US-Papieren angelegt, wodurch sich die Ungleichgewichte verstärkten.⁷ Insofern gelten die dauerhaften internationalen Ungleichgewichte der Warenund Kapitalströme – im Zusammenspiel mit einer Reihe anderer Faktoren⁸ – als eine der Hauptursachen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise.

Bei Schwellenländern werden Leistungsbilanzdefizite traditionell als Frühwarnindikator für Währungskrisen angesehen.

Innerhalb eines Währungsraumes (Euroraum) treten Probleme dann auf, wenn

- ⁷Über eine Aufwertung des US-Dollars, Druck auf das Zinsniveau und Begünstigung von Finanzinnovationen, mit denen eine höhere Rendite erwirtschaftet werden konnte ("search for yield"). Die Besicherung der Finanzinnovationen stellte sich jedoch als ungenügend heraus. Seit Herbst 2006 stiegen die Kreditausfälle bei Subprime-Hypotheken in den USA an. In der folgenden Zeit kam es zunehmend zu Verlusten von Finanzinstitutionen durch die Anforderungen, Aktiva mit dem jeweiligen Marktpreis zu bilanzieren, mit den bekannten negativen Folgen für Kreditinstitute, Investmentbanken und die Weltwirtschaft.
- ⁸ Z. B. den sehr komplexen Finanzinnovationen, Vergütungsmodellen mit falschen Anreizen und den Versuchen, höhere Zinsen für Anlagen zu erzielen; einem Versagen der öffentlichen Regulierung, der Rating-Agenturen und des Risikomanagements.

- durch verfehlte Politiken in Ländern des Euroraums (beispielsweise Lohnindexierung in Spanien) die Wettbewerbsfähigkeit einiger Volkswirtschaften hinterherhinkt, Blasen im Immobiliensektor begünstigt werden oder die Binnenkonjunktur überzeichnet wird;
- durch die Finanzierungserfordernisse im Zusammenhang mit persistenten Leistungsbilanzdefiziten die Bonität der Mitgliedsländer unterschiedlich eingestuft wird und dies die Finanzierungsprobleme noch verschärft. So wurde während der Wirtschafts- und Finanzkrise sogar vorübergehend die Zahlungsunfähigkeit von Euroraumstaaten von manchen Marktbeobachtern nicht mehr ausgeschlossen;
- durch die Euroeinführung selbst sich das reale Zinsniveau verringert, wodurch der Konsum gestützt wird und eine tendenziell inflationstreibende Wirkung entsteht. Hierdurch kommt es zu relativ niedrigen Realzinsen, welche wiederum die Nachfrage begünstigen. Im Ergebnis kann so eine sich selbst verstärkende Boomphase durch die Euroeinführung mitinduziert werden. Die Gefahr hierfür ist größer, wenn die reale Konvergenz noch nicht hinreichend angeglichen ist;
- unterschiedliche Wirtschafts- und Außenhandelsstrukturen existieren und die Produktionsfaktoren nicht ausreichend mobil sind.

LEISTUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTE IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Einige der hier bestehenden Ungleichgewichte (z. B. in Griechenland, Portugal, Spanien) werden von verschiedenen Seiten (z. B. der EU-Kommission) als nicht tragfähig und daher korrekturbedürftig angesehen.

7 Anpassungsmöglichkeiten und-politiken

7.1 Globale Ebene

Der "worst case" bestünde in nationalen Alleingängen und einem Aufleben protektionistischer Tendenzen.9 Hiermit wären internationale Wohlfahrtsverluste verbunden.

Zu Problemen käme es ebenfalls, wenn eine "ungeordnete" Anpassung mit starken Wechselkursänderungen, hohen Vermögensverlusten, übertriebenen Kapazitätsanpassungen und resultierender hoher Arbeitslosigkeit stattfände.

In der Funktion des US-Dollars als Weltreservewährung liegt ein weiterer Baustein der Problematik. Nach dem "Triffin-Paradox" steht das die Weltreservewährung emittierende Land vor einem Dilemma: Einerseits muss es durch Leistungsbilanzdefizite die anderen Länder mit Liquidität versorgen. Andererseits entstehen bei dauerhaften und ansteigenden Defiziten Vertrauensprobleme, die letztlich zum Zusammenbruch des Systems führen.¹⁰

einzuführen, das beim Überschreiten einer bestimmten Grenze eine Strafe verhängt. Der Vorschlag ist aus mehreren Gründen kritisch zu sehen: Erstens würde er ohne die Berücksichtigung der hinter den Leistungsbilanzsalden stehenden Faktoren eine mechanistische Anpassung der jeweiligen Politiken erzwingen. Zweitens würde Zielkonflikten mit anderen gesamtwirtschaftlichen Größen (BIP-⁹ Eine Zeitlang sah es so aus, als würden sich die Wachstum, öffentliche Verschuldung) nicht Rechnung getragen. Drittens ist nicht ersichtlich, mit welchen Mitteln die exportstarken Länder versuchen sollten,

Eine Lösung hierfür läge in der Verteilung der Reservefunktion auf mehrere Währungen – in der Tat sinkt derzeit der Anteil des US-Dollars an den internationalen Devisenreserven sowohl in Industrie- als auch in Schwellenländern bei gleichzeitig steigendem Anteil des Euros.¹¹ Die beispielsweise von China vorgeschlagene Verwendung von Sonderziehungsrechten als Reservewährung ist wegen verschiedener damit verbundener Probleme derzeit unrealistisch. Insbesondere müsste eine internationale Institution vermutlich der IWF - die Rolle einer "Weltzentralbank" übernehmen. Dass die USA, Japan oder die EU bereit wären, die unabhängige Geldpolitik ihren Zentralbanken "wegzunehmen", erscheint politisch völlig ausgeschlossen.

Mitte September 2009 haben sich US-

Ökonomen für einen "internationalen

Stabilitätspakt" ausgesprochen, der

Sanktionen gegen Staaten mit hohen Außenhandelsdefiziten vorsieht. Auf

Stabilitätspakt ein Kontrollgremium

dem Global Economic Symposium wurde

die Ausfuhren zu "drosseln". Pauschale und sinnvolle nominale Grenzen sind zudem nicht

zwingend ableitbar.

vorgeschlagen, ähnlich wie beim europäischen

USA in diese Richtung bewegen, z. B. durch die "Buy-american"-Klausel und die Einführung von Handelsschranken (z. B. Mitte September 2009 Importzölle auf die Einfuhr chinesischer Reifen).

¹⁰ So auch des Bretton-Woods-Systems 1971, in dessen Zusammenhang Robert Triffin dieses Paradox erstmalig erwähnte.

¹¹ Anteil des US-Dollars sank auf knapp 63 % im 2. Quartal 2009, der des Euros stieg auf 27,5 %.

LEISTUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTE IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Ein erfolgversprechender Weg besteht in der Verbesserung der Koordinierung nationaler makroökonomischer Politiken, 2007 wurde in dieser Hinsicht bereits ein Vorstoß des IWF vorgenommen, der die Notwendigkeit länderspezifischer Finanz-, Wirtschafts- und Währungspolitiken betonte und versuchte, die Anpassungslasten auf verschiedene Länder zu verteilen.¹² Im September 2009 haben die G20 in Pittsburgh mit dem "Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth" einen neuen Versuch unternommen, mit differenzierten Forderungen an Überschusswie Defizitländer eine Stärkung des Potenzialwachstums und damit auch einen Abbau von Leistungsbilanzungleichgewichten zu erreichen. Beim Treffen der G20-Finanzminister in St. Andrews im November 2009 wurde vereinbart, bis Juni 2010 Politikoptionen zur Erreichung dieser Ziele zu erarbeiten. Dabei wird es darauf ankommen, ursachengerechte Lösungen zu finden.

Flankiert werden sollte dieser Prozess mit einer Anpassung des internationalen Währungsgefüges. Mit dem "künstlich" niedrig gehaltenen Wert seiner Währung stützt China seine Exportwirtschaft, die einen wichtigen Pfeiler des chinesischen Wirtschaftswachstums bildet. Damit gehen auch rasant angewachsene Währungsreserven (in US-Dollar) Chinas einher.

7.2 Euroraum

¹² Durch Stärkung der privaten Ersparnis und Konsolidierung des öffentlichen Haushalts in den USA; wachstumsfördernde Strukturpolitiken in Japan und Europa, um die inländische Nachfrage zu stärken; Stärkung der inländischen Nachfrage und Ermöglichen von Währungsaufwertungen in asiatischen Wachstumsregionen; Erhöhung inländischer Ausgaben in Saudi-Arabien. Schätzungen zufolge hätte 2007 ein Leistungsbilanzdefizit der USA in Höhe von 3 % des BIP eine 10 %ige bis 20 %ige Abwertung des US-Dollars erfordert.

Der Euroraum als Ganzes, der aus internationaler Sichtweise das wirtschaftsund währungspolitisch relevante Gebiet bildet, trägt derzeit nicht zu den globalen Ungleichgewichten bei. Denn der aktuelle Leistungsbilanzsaldo des Euroraums gegenüber dem Rest der Welt weist zurzeit nur einen leicht negativen Saldo auf. Innerhalb des Euroraums fallen jedoch naturgemäß Wechselkursänderungen als Reaktionsmechanismus auf die bestehenden Divergenzen weg. Hier müssen andere Anpassungsprozesse (z. B. eine reale Abwertung) beziehungsweise Politiken dazu beitragen, die Ungleichgewichte zu reduzieren.

Auch auf Ebene der Euroraumländer gibt es ein Potenzial zur Verbesserung der Koordinierung. Die Krise hat gezeigt, dass Defizite in der multilateralen Surveillance bestehen und die zum Teil hinter den Ungleichgewichten stehenden strukturellen Fehlentwicklungen nur ungenügend analysiert wurden. Der Bericht der EU-Kommission zur Wettbewerbsfähigkeit ist – verbunden mit einem effektiven Monitoring in der Eurogruppe – ein geeignetes Instrument, um diese Defizite gezielt zu diskutieren.

Entscheidend bleibt jedoch eine Reformpolitik in den Defizitländern, die die Anregungen in den europäischen Gremien aufgreift und mit Strukturreformen auf Güter- und Arbeitsmärkten zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beiträgt. Die Abkehr von Instrumenten wie beispielsweise der Lohnindexierung würde helfen, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, und sich positiv auf die Exportperformance auswirken.

Auch für den Euroraum wurde bereits ein "außenwirtschaftlicher Stabilitätspakt" vorgeschlagen, der die Begrenzung

¹³ Vergleiche Sebastian Dullien/Daniela Schwarzer: Die Eurozone braucht einen außenwirtschaftlichen Stabilitätspakt, SWP-Aktuell, Juni 2009.

LEISTUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTE IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

der Überschüsse und Defizite auf 3 % des BIP (unter Umständen korrigiert um Zu- beziehungsweise Abflüsse von ausländischen Direktinvestitionen) vorsieht.¹³ Es gilt hier jedoch die Kritik analog zu dem obengenannten internationalen Stabilitätspakt.

Externe Forderungen nach deutlichen
Lohnsteigerungen in Überschussländern zur
Stärkung der Binnennachfrage laufen ins Leere,
da die staatlichen Einflussmöglichkeiten –
abgesehen von der Lohnentwicklung
im öffentlichen Sektor – angesichts der
Tarifautonomie äußerst begrenzt sind.
Zudem müssten bei preisunelastischer
Auslandsnachfrage – beispielsweise weil die
Güter nur schwach substituierbar sind – die
Abnehmerländer die Anpassungslasten in
Form erhöhter Preise tragen.

Ebenfalls verfehlt sind Forderungen an Überschussländer (z. B. Deutschland), ihr "exportgetriebenes Wachstumsmodell" zu überdenken. Die im Verlauf dieses Jahrzehnts stark gestiegenen deutschen Exporte sind nicht das Ziel oder gar das Ergebnis bewusster politischer Steuerung in der Wirtschaftspolitik gewesen, sondern ein sich auf freien Märkten einspielendes Ergebnis als Folge hoher Leistungsfähigkeit deutscher Unternehmen und der Strukturreformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, auf die die ausländischen Absatzmärkte mit großer Nachfrage reagiert haben. Richtig ist jedoch, dass Überschussländer über Strukturreformen versuchen sollten, auch die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte zu stärken.

Tabelle 1: Inflationsrate (in % ggü. Vorjahr)

Land/Jahr	1992- 1996	1997- 2001	2002- 2006	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ¹
Deutschland	3,1	1,2	1,6	1,8	1,9	1,8	2,3	2,8	0,3
Belgien	2,2	1,7	2,0	1,9	2,5	2,3	1,8	4,5	0,0
Dänemark	1,9	2,1	1,8	0,9	1,7	1,9	1,7	3,6	1,1
Irland	2,2	3,0	3,2	2,3	2,2	2,7	2,9	3,1	-1,5
Griechenland	11,6	3,7	3,4	3,0	3,5	3,3	3,0	4,2	1,2
Spanien	4,7	2,4	3,3	3,1	3,4	3,6	2,8	4,1	-0,4
Frankreich	2,0	1,2	2,1	2,3	1,9	1,9	1,6	3,2	0,1
Italien	4,6	2,1	2,4	2,3	2,2	2,2	2,0	3,5	0,8
Luxemburg	1,8	1,9	2,9	3,2	3,8	3,0	2,7	4,1	0,0
Niederlande	2,5	2,6	2,1	1,4	1,5	1,7	1,6	2,2	1,1
Österreich	2,9	1,3	1,7	2,0	2,1	1,7	2,2	3,2	0,5
Portugal	5,6	2,7	2,9	2,5	2,1	3,0	2,4	2,7	-1,0
Finnland	1,5	1,9	1,1	0,1	0,8	1,3	1,6	3,9	1,8
Schweden	2,4	1,5	1,5	1,0	0,8	1,5	1,7	3,3	1,9
Vereinigtes Königreich	2,8	1,3	1,7	1,3	2,1	2,3	2,3	3,6	2,0
Euroraum	3,4	1,7	2,2	2,2	2,2	2,2	2,1	3,3	0,3
EU	22,1	4,3	2,3	2,3	2,3	2,3	2,4	3,7	1,0
USA	2,9	1,8	2,4	2,6	2,9	2,8	2,8	3,8	-0,5
Japan	0,7	0,1	-0,2	-0,7	-0,8	-0,2	0,0	1,4	-1,2

¹ Schätzung.

 $Quelle: Herbst prognose \ der \ EU-Kommission, Oktober \ 2009.$

Leistungsbilanzungleichgewichte im internationalen Vergleich

Tabelle 2: Lohnstückkosten (Personenkonzept, Veränderung ggü. Vorjahr in %)

Land/Jahr	1992- 1996	1997- 2001	2002- 2006	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ¹
Deutschland	2,5	0,3	-0,1	-0,4	-1,0	-1,3	0,4	2,1	4,6
Belgien	2,1	1,5	1,1	-0,4	1,5	1,7	2,8	3,7	2,8
Dänemark	0,6	2,3	1,9	0,4	1,9	1,7	4,2	7,0	5,4
Finnland	-1,1	1,1	0,9	0,2	2,3	-0,2	1,5	6,2	7,8
Frankreich	1,1	0,8	1,9	1,1	1,8	2,0	2,1	2,7	1,6
Griechenland	10,7	3,8	2,9	2,5	2,8	-1,3	6,3	5,7	2,5
Irland	1,2	2,5	3,0	3,7	4,7	3,2	3,6	7,0	-1,9
Italien	2,6	1,2	3,0	2,2	2,9	2,3	1,5	4,2	4,0
Luxemburg	3,8	1,7	1,4	1,4	1,4	0,4	3,6	7,2	6,2
Niederlande	1,5	2,7	1,6	0,2	-0,4	0,9	2,0	3,4	7,4
Österreich	2,2	0,1	0,6	-1,0	0,8	1,0	0,8	3,0	5,4
Portugal	5,7	3,8	2,5	1,0	3,4	1,3	1,4	3,6	5,4
Schweden	1,6	2,1	0,0	-0,8	0,1	-0,2	4,7	2,7	4,9
Spanien	4,1	2,3	3,0	2,5	3,3	3,1	2,9	3,4	0,5
Vereinigtes Königreich	1,1	2,9	2,5	2,4	2,7	2,6	1,4	2,4	4,0
Euroraum	2,5	1,1	1,6	0,8	1,2	1,0	1,7	3,3	3,4
EU-27		2,2	1,8	1,1	1,7	1,3	2,0	3,5	3,6
USA	1,5	2,4	1,8	1,5	2,0	3,3	2,8	1,7	-1,3
Japan	0,1	-1,1	-2,6	-3,7	-1,6	-1,1	-2,4	0,7	2,2

¹ Schätzung.

Quelle: Herbstprognose der EU-Kommission, Oktober 2009.

Tabelle 3: Leistungsbilanzsalden (in Mrd. US-Dollar)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
China	:	:	:	6,9	1,6	7,2	37,0	31,5	21,1	20,5
USA	2,9	-50,1	-84,8	-121,6	-113,6	-124,8	-140,7	-215,1	-301,6	-417,4

noch Tabelle 3: Leistungsbilanzsalden (in Mrd. US-Dollar)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
China	17,4	35,4	45,9	68,7	160,8	249,9	371,8	426,1	297,7	276,4	323,9
USA	-384,7	-459,1	-521,5	-631,1	-748,7	-803,5	-726,6	-706,1	-434	-506,2	-565,5

Quelle: OECD.

Leistungsbilanzungleichgewichte im internationalen Vergleich

Tabelle 4: Leistungsbilanzsalden (in % des BIP)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Euroraum	-1,3	-1,1	0,2	0,1	0,6	1,0	1,4	0,8	0,4	-0,5
USA	0,0	-0,8	-1,3	-1,7	-1,5	-1,6	-1,7	-2,5	-3,3	-4,3
Japan	2,1	2,8	3,0	2,8	2,2	1,4	2,3	3,1	2,6	2,5
China	3,2	1,3	-1,9	1,2	0,2	0,8	3,9	3,1	1,9	1,7
Österreich	-1,9	-2,4	-2,1	-2,9	-2,9	-2,9	-2,5	-1,6	-1,6	-0,7
Belgien ¹	3,5	4,2	5,8	5,9	5,4	5,0	5,5	5,2	5,1	4,0
Finnland	-5,4	-4,7	-1,4	1,1	4,1	3,9	5,4	5,6	5,8	8,0
Frankreich	-1,0	-0,2	0,6	0,4	0,7	1,3	2,6	2,6	3,1	1,7
Deutschland	-1,3	-1,1	-1,0	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-0,8	-1,3	-1,8
Griechenland	-2,5	-3,2	-1,9	-1,2	-3,4	-4,6	-3,9	-2,8	-5,6	-7,8
Irland	0,7	1,0	3,6	2,7	2,6	2,8	2,4	0,8	0,2	-0,4
Italien	-2,0	-2,3	0,8	1,2	2,2	3,1	2,8	1,9	0,7	-0,6
Luxemburg	:	:	:	:	12,2	11,2	10,4	9,2	8,4	13,2
Niederlande	2,4	1,9	4,0	4,9	6,2	5,0	6,4	3,2	3,8	2,0
Portugal	-0,8	-0,2	0,4	-2,3	-0,1	-4,2	-5,9	-7,0	-8,5	-10,2
Spanien	-3,6	-3,5	-1,1	-1,2	-0,3	-0,2	-0,1	-1,2	-2,9	-4,0
Slowakei	:	:	-4,5	4,9	2,6	-9,3	-8,4	-8,9	-4,8	-3,4

noch Tabelle 4: Leistungsbilanzsalden (in % des BIP)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Euroraum	0,1	0,7	0,5	1,2	0,5	0,4	0,3	-0,7	-0,9	-0,7	0,2
USA	-3,9	-4,3	-4,7	-5,3	-5,9	-6,0	-5,2	-4,9	-2,6	-2,2	-2,7
Japan	2,1	2,9	3,2	3,7	3,6	3,9	4,8	3,2	1,9	1,9	1,6
China	1,3	2,4	2,8	3,6	7,2	9,5	11,0	9,8	9,3	8,9	9,0
Österreich	-0,8	2,7	1,8	2,2	2,2	2,8	3,5	3,2	1,9	2,2	2,6
Belgien ¹	3,4	4,6	4,1	3,5	2,6	2,0	2,2	-2,5	-0,8	-0,6	-0,5
Finnland	8,7	8,9	5,0	6,6	3,8	4,6	3,7	2,8	0,8	0,9	0,9
Frankreich	2,0	1,3	0,9	0,6	-0,4	-0,5	-1,0	-2,3	-2,1	-2,1	-2,1
Deutschland	0,0	2,0	1,9	4,6	5,1	6,5	7,9	6,6	4,0	4,5	5,4
Griechenland	-7,3	-6,8	-6,5	-5,8	-7,3	-11,3	-14,4	-14,6	-11,1	-10,0	-10,1
Irland	-0,7	-1,0	0,0	-0,6	-3,5	-3,6	-5,2	-5,4	-2,8	-2,0	-0,6
Italien	-0,1	-0,8	-1,3	-1,0	-1,7	-2,6	-2,5	-3,4	-2,7	-2,3	-2,2
Luxemburg	8,8	10,5	8,1	11,9	11,0	10,3	9,7	5,5	1,9	1,5	2,9
Niederlande	2,4	2,6	5,5	7,6	7,3	9,4	8,6	4,8	6,3	7,2	7,7
Portugal	-9,9	-8,1	-6,1	-7,6	-9,5	-10,0	-9,4	-12,1	-9,7	-10,7	-11,1
Spanien	-3,9	-3,3	-3,5	-5,3	-7,4	-9,0	-10,0	-9,6	-5,3	-3,8	-3,0
Slowakei	-8,3	-7,7	-4,8	-6,5	-7,6	-7,1	-4,9	-6,4	-3,8	-3,1	-2,8

¹ Bis 1994 inkl. Luxemburg.

Quelle: OECD, IWF.

Tragfähigkeitsbericht der EU-Kommission

Tragfähigkeitsbericht der EU-Kommission

Sustainability Report 2009

1	Einleitung	70
	Grundlagen der Bewertung	
	Ergebnisse der quantitativen Analyse	
	Tragfähigkeitslücken in den Mitgliedstaaten der EU	
	Unterschiede in den Ursachen	
3.3	Bedeutung der mittelfristigen Haushaltsziele	74
	Umfassende Risikobeurteilung	
	Schlussfolgerungen	

- Langfristige Risiken für die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen ergeben sich nicht allein aus der demographischen Entwicklung, sondern auch aus den budgetären Folgen der Wirtschaftskrise.
- Im Vergleich zu früheren Bewertungen hat sich die Risikobeurteilung der Kommission für eine Reihe von Mitgliedstaaten verschlechtert. Deutschland wird unverändert zu den Ländern mit einem mittleren Tragfähigkeitsrisiko gezählt.
- Eine konsequente Haushaltskonsolidierung im mittelfristigen Planungszeitraum führt zu einer erheblichen Verringerung der Tragfähigkeitslücken. Das unterstreicht die Bedeutung ambitionierter finanzpolitischer Exit-Strategien, wie sie der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister kürzlich umrissen hat.
- Zur langfristigen Sicherung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen können weitere Maßnahmen zur Ausweitung des Produktionspotentials und Reformen in den sozialen Sicherungssystemen beitragen.

1 Einleitung

Die möglichen Auswirkungen der
Bevölkerungsalterung sind im jetzt
ablaufenden Jahrzehnt der Hauptauslöser für
Sorgen um die Tragfähigkeit der öffentlichen
Finanzen gewesen. Dass der Schuldenstand
und die Haushaltssituation am aktuellen Rand
die langfristige Solidität der Staatsfinanzen
ebenfalls in Gefahr bringen können, war
in diesbezüglichen Untersuchungen auf
nationaler und internationaler Ebene deutlich
in den Hintergrund getreten. Wegen der
massiven Verschlechterung in den Budgets,
die sich inzwischen in vielen Ländern als
unmittelbare Folge der Wirtschafts- und
Finanzkrise und der Maßnahmen zu ihrer

Bekämpfung eingestellt hat, haben sich die Gewichte inzwischen wieder deutlich verschoben. Das zeigt auch die EU-Kommission in ihrem neuen Tragfähigkeitsbericht ("Sustainability Report 2009").¹

Der Blick auf sich langfristig abzeichnende Entwicklungen ist mit der Reform des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu einem festen Bestandteil der haushaltspolitischen alljährlichen Überwachung der Mitgliedstaaten durch die

¹Den ersten derartigen Bericht hatte die Kommission im Jahr 2006 vorgestellt.

Tragfähigkeitsbericht der EU-Kommission

Kommission und den Rat der Wirtschaftsund Finanzminister (ECOFIN) geworden.² Eine Querschnittsbetrachtung – wie jetzt – nimmt die Kommission allerdings nur in mehrjährigen Abständen vor. Sie folgt darin dem Beispiel einzelner Länder, die solche Tragfähigkeitsberichte bereits für den nationalen Bereich erstellen, und orientiert sich konzeptionell an entsprechenden Vorarbeiten des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU und der OECD.³

Dem Bericht der Kommissionsdienststellen, ist eine Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vorangestellt. Dort werden die wichtigsten Erkenntnisse der Studie zusammengefasst.⁴ Darauf aufbauend beschreibt der folgende Artikel die Methodik der Untersuchung, die Ergebnisse der Modellrechnungen und die Beurteilung möglicher Gefahren für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen durch die Kommission. Er endet mit den politischen Schlussfolgerungen, die der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister daraus auch mit Blick auf die krisenbedingte Verschlechterung der budgetären Position in vielen Ländern gezogen und am 10. November 2009 verabschiedet hat.

2 Grundlagen der Bewertung

Die Kommission hat ihren Modellrechnungen die Ergebnisse der jüngsten auf

²Die Ergebnisse ihrer Bewertung veröffentlicht die Kommission im jährlichen "Public Finance Report".

Gemeinschaftsebene erstellten Projektionen zu den fiskalischen Auswirkungen des demographischen Wandels zugrunde gelegt, deren Zeithorizont erstmals bis 2060 reicht.

Im Mittelpunkt des Interesses steht die Darstellung langfristiger Entwicklungslinien für solche Kategorien staatlicher Ausgaben, die von Änderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung voraussichtlich stark beeinflusst werden. Explizit betrachtet werden die potentiellen Entwicklungen der öffentlichen Ausgaben in den Bereichen Alterssicherung, Gesundheit und Pflege, dazu die Bildungsausgaben und die Entwicklung der Lohnersatzleistungen als Folge möglicher Änderungen der strukturellen Arbeitslosigkeit.

Über das grundsätzliche Vorgehen bei der Quantifizierung dieser Ausgaben ("ageingrelated expenditure") und die wichtigsten Resultate der Fortschreibungen hat das Bundesministerium der Finanzen an dieser Stelle bereits ausführlich informiert.⁵

Für die EU insgesamt wäre danach bis zum Ende des Projektionszeitraums gemessen am BIP mit einer Zunahme des Ausgabendrucks von etwa 4 ¾ Prozentpunkten zu rechnen. In dieser Größenordnung lag auch das für Ergebnis für Deutschland. Allerdings ist das Spektrum insgesamt sehr breit. Für ein Drittel der Länder ergab sich eine demographiebedingte Zunahme der Ausgaben um mehr als sieben Prozentpunkte, bei einem weiteren Drittel fiel die Veränderung des errechneten Ausgabendrucks mit einer Differenz von unter vier Prozentpunkten wesentlich moderater aus. Der Rest der Länder bewegt sich mit einem Ausgabenanstieg von

³ In Deutschland hat das Bundesministerium der Finanzen 2005 und 2008 Berichte zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen vorgelegt.

⁴ Beide Dokumente können vom Europa-Server abgerufen werden: http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication_summary16273_en.htm.

⁵ http://www.bundesfinanzministerium.de/ nn_82862/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/ Monatsbericht__des__BMF/2009/07/analysenund-berichte/b04-bev_C3_B6lkerungsalterung/ bev_C3_B6lkerungsalterung-und-staatsausgaben. html?__nnn=true

Tragfähigkeitsbericht der EU-Kommission

vier bis sieben Prozentpunkten in der Gruppe dazwischen.

Gestützt auf diese Belastungsrechnungen und ausgehend von der derzeitigen Haushaltslage werden von der Kommission langfristige Projektionen auch für die Entwicklung von Defizit und Schuldenstand in den Mitgliedstaaten erstellt und anschließend unter Tragfähigkeitsaspekten analysiert. Dabei ist von Bedeutung, dass sich die budgetäre Ausgangsposition in den meisten Ländern krisenbedingt verschlechtert hat, denn die Primärsalden im jeweiligen Basisjahr (jetzt 2009) werden von der Kommission für die Fortschreibung der fiskalischen Entwicklungen genutzt. Zur Identifikation möglicher Probleme für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wird unterstellt, dass es in Zukunft weder zu Strukturreformen noch zu einer fiskalischen Konsolidierung kommt ("no policy change").

Erläuterungen zur Berechnung der Tragfähigkeitslücken ("sustainability gaps")

Für die Operationalisierung des
Tragfähigkeitsziels und für die Abschätzung
etwa erforderlicher Budgetkorrekturen
gibt es unterschiedliche Möglichkeiten. Die
Kommission weist in ihren Rechnungen
regelmäßig zwei Indikatoren aus: In
einem Fall (S1) wird bis zum Ende des
Projektionszeitraums ein Erreichen des
Maastricht-Kriteriums für den Schuldenstand
verlangt. Im anderen Fall (S2) wird gefordert,
dass der Staat seinen expliziten wie impliziten
Verbindlichkeiten auf Dauer nachkommen
kann. Das entspricht einem Einhalten der
intertemporalen Budgetrestriktion des Staates
über einen unendlichen Zeithorizont.

Wird die vorab festgelegte Bedingung – bei Einrechnung der budgetären Effekte der Bevölkerungsalterung – nicht erfüllt, entstehen Tragfähigkeitslücken. Sie beschreiben das Ausmaß der notwendigen Anpassung in Form einer Verringerung der sich anderenfalls einstellenden Defizitquoten. Erreicht werden kann ein Schließen der Lücken sowohl über eine Verringerung des Anteils der öffentlichen Ausgaben am BIP als auch über eine Steigerung des Anteils der öffentlichen Einnahmen. Offen bleibt, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, damit es zu den notwendigen Veränderungen auf der Ausgabenseite und/oder Einnahmenseite kommt.

Über eine Zerlegung der Indikatoren in unterschiedliche Komponenten deckt die Kommission darüber hinaus auf, welcher Teil der Lücke schon in der gegenwärtigen Haushaltslage angelegt ist und welcher Teil erst im Laufe der Zeit über die Zunahme der alterungsbedingten Ausgaben entsteht.

Übergang zu einer umfassenden Risikobeurteilung

Die Kommission bleibt in ihrer Risikobeurteilung nicht bei der quantitativen Analyse der Tragfähigkeitsindikatoren stehen. Vor der Gesamtwertung werden vielmehr weitere Faktoren herangezogen, die nach Einschätzung der Kommission erst eine abgerundete Beurteilung – auch im Hinblick auf die Herkunft möglicher Risiken – ermöglichen.

Ein besonderes Augenmerk wird auf die Höhe der aktuellen Schuldenstandsquote gelegt. Damit soll unter anderem berücksichtigt werden, dass sich ein Aufrechterhalten hoher Primärüberschüsse zum Abbau der Staatsverschuldung - wie in den Modellrechnungen unterstellt – in der Praxis angesichts sonstiger haushaltspolitischer Zwänge als schwierig erweisen kann. Auch eine drastische Verringerung der Durchschnittsrenten in Relation zu den Durchschnittlöhnen könnte mit Risiken für die öffentlichen Finanzen verbunden sein, wenn unzureichende Alterseinkünfte das Armutsrisiko erhöhen und sich früher oder später in steigenden Sozialausgaben niederschlagen. Andere Faktoren, wie

Tragfähigkeitsbericht der EU-Kommission

eine gegenwärtig hohe Abgabenquote, die den Spielraum für Steuererhöhungen zur Finanzierung zusätzlicher öffentlicher Ausgaben beschränkt, kommen hinzu.

Derartige Erwägungen lassen sich nicht mehr in einer Maßzahl zusammenfassen, fließen in die zusammenfassende Bewertung der Gefährdungslage durch die Kommission aber ein und können zu einer Differenzierung ihres abschließenden - qualitativen - Urteils führen.

Die Kommission untersucht außerdem, welche Änderungen in den quantitativen Ergebnissen sich bei einer Variation der Annahmen – vor allem bei einer erfolgreichen Haushaltskonsolidierung zu Beginn des Projektionszeitraums – ergeben. Dazu wird neben den üblichen Sensitivitätsanalysen eine Alternativrechnung erstellt, bei der angenommen wird, dass die Mitgliedstaaten ihre im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes gesetzten mittelfristigen Haushaltsziele bis zum Jahr 2015 erreichen (MTO-Szenario).

3 Ergebnisse der quantitativen Analyse

3.1 Tragfähigkeitslücken in den Mitgliedstaaten der EU

Werden bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte am aktuellen Rand keine Fortschritte mehr gemacht und kommt es auch sonst – etwa über eine verstärkte Förderung von Wachstum und Beschäftigung – nicht zu einem Gegensteuern der Politik, tun sich in den meisten Mitgliedstaaten Tragfähigkeitslücken von erheblicher Größenordnung auf.

Unter diesen Umständen läge der Umfang der erforderlichen Anpassung (also die Differenz zwischen den von der Kommission für 2009 unterstellten und den zur Sicherstellung von fiskalischer Tragfähigkeit erforderlichen Finanzierungssalden) für die Tragfähigkeitslücke (hier S2) in Relation zum BIP für die EU insgesamt bei etwa 6 ½ %. Im Falle Deutschlands wird ein Wert von 4 ¼ % ausgewiesen. Weitere Ergebnisse der Berechnungen in Tabelle 1.

Wenn sich an den sonstigen Bedingungen nichts ändert und ausschließlich auf budgetäre Anpassungen zurückgegriffen werden soll, würde dies bedeuten, dass das im Jahr 2009 für die EU insgesamt geschätzte strukturelle Defizit von 2% des BIP in einen Überschuss von 4½% des BIP umgewandelt werden müsste.

Allerdings weist die Kommission darauf hin, dass diese Angaben in der augenblicklichen Situation – vor dem Hintergrund der Krise und der anschließend erwarteten Erholung mit besonderen Unsicherheiten behaftet sind. Einerseits lasse sich die strukturelle Ausgangsposition der öffentlichen Haushalte 2009 nur schwer korrekt beurteilen. Sofern die vor dem Hintergrund der Krise getroffenen befristeten Maßnahmen nicht vollständig aus den strukturellen Haushalten herausgefiltert worden sind, könnte das Tragfähigkeitsrisiko überschätzt worden sein. Andererseits könnte die Krise das Wachstum der Volkswirtschaften in den nächsten zehn Jahren nachhaltig beeinflussen. In diesem Fall würden die Tragfähigkeitsrisiken im Baseline-Szenario unterschätzt.

3.2 Unterschiede in den Ursachen

Selbst wenn die Auswirkungen des demographischen Wandels ausgeklammert werden, ist die gegenwärtige Haushaltslage in der Mehrzahl der Mitgliedstaaten so schlecht, dass sich die Risiken für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen vergrößern, wenn es nicht alsbald zu einer Besserung kommt. Der von der Kommission ermittelte Anpassungsbedarf ist für die EU-27 etwa zur Hälfte auf die fiskalischen Effekte der Bevölkerungsalterung, zur anderen Hälfte auf die vergleichsweise ungünstige finanzielle Lage im Jahr 2009 und den Ausschluss weiterer Konsolidierungsschritte in der Berechnung

Tragfähigkeitsbericht der EU-Kommission

Tabelle 1: Ergebnisse der Berechnungen für das Baseline-Szenario

		Tragfähigkeitslücke (S2) in % des BIP				
		davon ausgelöst durch				
	insgesamt	die budgetäre Ausgangsposition	die Veränderung der alterungsbedingten Kosten			
Belgien	5,3	0,6	4,8			
Bulgarien	0,9	-0,6	1,5			
Tschechien	7,4	3,7	3,7			
Dänemark	-0,2	-1,6	1,4			
Deutschland	4,2	0,9	3,3			
Estland	1,0	1,1	-0,1			
Griechenland	14,1	2,6	11,5			
Spanien	11,8	6,1	5,7			
Frankreich	5,6	3,8	1,8			
Irland	15,0	8,3	6,7			
Italien	1,4	-0,1	1,5			
Zypern	8,8	0,5	8,3			
Lettland	9,9	8,9	1,0			
Litauen	7,1	3,9	3,2			
Luxemburg	12,5	-0,4	12,9			
Ungarn	-0,1	-1,6	1,5			
Malta	7,0	1,4	5,7			
Niederlande	6,9	1,9	5,0			
Österreich	4,7	1,6	3,1			
Polen	3,2	4,4	-1,2			
Portugal	5,5	3,7	1,9			
Rumänien	9,1	4,3	4,9			
Slowenien	12,2	3,9	8,3			
Slowakei	7,4	4,5	2,9			
Finnland	4,0	-0,5	4,5			
Schweden	1,8	0,2	1,6			
Vereinigtes Königreich	12,4	8,8	3,6			
EU-27	6,5	3,3	3,2			

Quelle: EU-Kommission.

zurückzuführen. Bei einer Betrachtung der Werte für Deutschland lässt sich ein größerer Teil der errechneten Tragfähigkeitslücke auf die Veränderung der alterungsbedingten Kosten zurückführen.

3.3 Bedeutung der mittelfristigen Haushaltsziele

Wenn man unterstellt, dass die (bislang geltenden) mittelfristigen Haushaltsziele im Jahr 2015 von allen Mitgliedstaaten erreicht werden, kommt es zu einer deutlichen Verbesserung der Ergebnisse. Die dann erzielten Veränderungen in den strukturellen

Tragfähigkeitsbericht der EU-Kommission

Finanzierungssalden würden den erwarteten Anstieg der demographiebedingten Lasten in der Wirkung auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zum überwiegenden Teil ausgleichen können. In Deutschland würde die Tragfähigkeitslücke bei Null liegen, also ganz zum Verschwinden gebracht.

Allerdings hat das so beschriebene MTO-Szenario nicht mehr den gleichen Stellenwert wie im ersten Tragfähigkeitsbericht der Kommission. Das liegt vor allem daran, dass die verwendeten Zielgrößen für die mittelfristige Haushaltskonsolidierung vor dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise formuliert wurden und in einigen Fällen unrealistisch hohe Abbauschritte implizieren. Vor dem Hintergrund der Beschlüsse über ein neues Verfahren zur Berücksichtigung impliziter Verbindlichkeiten, über dessen Grundzüge sich der Rat bereits verständigt hat, dürften sie in einer Reihe von Fällen ohnehin kaum noch Gültigkeit beanspruchen. Eine Auswertung der demnächst von den Mitgliedstaaten vorzulegenden Stabilitäts- und Konvergenzprogramme in diesem Punkt bleibt abzuwarten.

4 Umfassende Risikobeurteilung

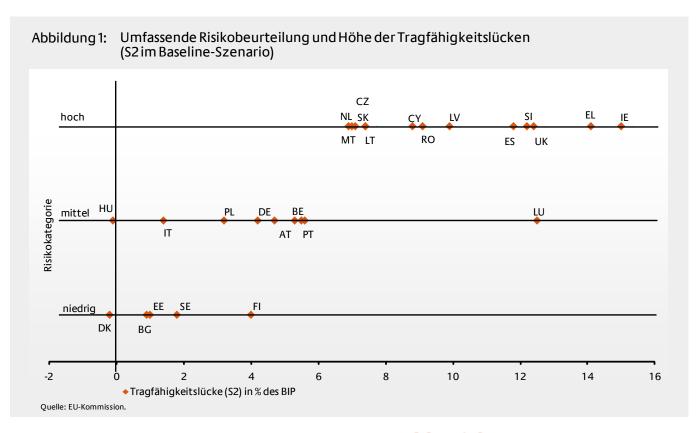
Im Bericht der Kommission werden die Mitgliedstaaten am Ende hinsichtlich der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in drei Risikokategorien ("at high risk", "at medium risk", "at low risk") eingestuft. Die Klassifizierung knüpft an die Ergebnisse der quantitativen Analyse an, bezieht aber weitere Risikofaktoren (siehe Abschnitt 2 oben) in die Bewertung der Gefährdungslage mit ein. Dabei erkennt die Kommission an, dass Reformen der Alterungssicherungssysteme in einer Reihe von Fällen – auch in Deutschland – längst dazu beigetragen haben, aufziehenden Problemen zu begegnen. Neue Gefahren gehen von den budgetären Folgen der Wirtschaftskrise aus. Insgesamt werden von den 27 untersuchten Ländern dreizehn Staaten der Kategorie "hohes Risiko", neun der Kategorie "mittleres Risiko" und fünf der Kategorie "geringes Risiko" zugeordnet, vgl. Tabelle 2.

Damit hat sich die Einstufung der Mitgliedstaaten in einer Reihe von Fällen verschlechtert. Deutschland wird unverändert

Tabelle 2:	Risikoklassifizierund	i durch die	Fl J-ŀ	Commission
Tabelle 2.	MISINOMIASSITIZICI UTIC	au cii aic	$ \circ$ $^{\circ}$	(01111111331011

Länder mit hohem Risiko	Länder mit mittlerem Risiko	Länder mit geringem Risiko
Griechenland	Belgien	Bulgarien
Irland	Deutschland	Dänemark
Lettland	Frankreich	Estland
Litauen	Italien	Finnland
Malta	Ungarn	Schweden
Niederlande	Luxemburg	
Rumänien	Österreich	
Slowakei	Polen	
Slowenien	Portugal	
Spanien		
Tschechische Republik		
Vereinigtes Königreich		
Zypern		

Tragfähigkeitsbericht der EU-Kommission



zu den Ländern mit einem mittleren Risiko gezählt. Eine neue Beurteilung steht zu Beginn des nächsten Jahres an, wenn die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme von Rat und Kommission geprüft werden.

Wie sich die Einteilung der Mitgliedstaaten in unterschiedliche Risikokategorien und die Höhe der errechneten Tragfähigkeitslücken zueinander verhalten, zeigt Abbildung 1. Danach besteht zwischen den quantitativen Größen und der qualitativen Bewertung ein enger Zusammenhang, aber keine vollständige Übereinstimmung. Luxemburg z. B. wird wegen seiner gegenwärtig niedrigen Schuldenguote ungeachtet seiner hohen Tragfähigkeitslücke ein mittleres Risiko zugeordnet. Näheren Aufschluss über die Ursachen für Verschiebungen können die dem Bericht der Kommission beigefügten Länderblätter geben. Bei der Beurteilung Deutschlands sind Auswirkungen etwaiger "Abschläge" oder "Zuschläge" nicht zu erkennen.

5 Schlussfolgerungen

Mit der Mitteilung der Kommission und dem von der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen publizierten Bericht hat sich der ECOFIN-Rat am 10. November 2009 befasst und dazu Schlussfolgerungen verabschiedet. Darin erkennt der Rat an, dass die durch die derzeitige Wirtschaftskrise verursachte Verschlechterung der Finanzlage am aktuellen Rand wesentlich zur Verschärfung des Problems der Tragfähigkeit beiträgt. Er hält politische Maßnahmen zu deren Verbesserung für dringend erforderlich und ruft die Mitgliedstaaten dazu auf, bei der nächsten Aktualisierung ihrer Stabilitäts- und Konvergenzprogramme einen Schwerpunkt auf die Darstellung von Strategien zur Sicherung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu legen.

Die im "Sustainability Report" entwickelten Szenarien zeigen potentielle Gefahren für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in den Mitgliedstaaten auf, sie sind aber

Tragfähigkeitsbericht der EU-Kommission

nicht unausweichlich. Ein fortwährender Anstieg der Schuldenquoten lässt sich vermeiden. Vor diesem Hintergrund hat der Rat auf Möglichkeiten zu einer erfolgreichen Bewältigung der sich langfristig abzeichnenden Herausforderungen hingewiesen und eine enge Verbindung zu den aktuellen Bemühungen um einen Ausstieg aus der krisenbedingt zunehmenden Staatsverschuldung hergestellt.

Kommission und Rat haben die Veröffentlichung des Tragfähigkeitsberichts zum Anlass genommen, um an die Empfehlungen zu erinnern, die der Europäische Rat in Stockholm für den Umgang mit den Herausforderungen des demographischen Wandels schon vor einigen Jahren entworfen hat ("three-pronged strategy"). Dabei geht es um

 die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte,

- die Stärkung des Potentialwachstums über eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und die Verminderung der strukturellen Arbeitslosigkeit,
- die Umsetzung von Reformen in den sozialen Sicherungssystemen.

Darüber hinaus stellte der ECOFIN-Rat in seinen Schlussfolgerungen fest, dass er die Entwicklung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen weiter im Rahmen der jährlichen Prüfung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme bewerten wird. Zu einer Weiterentwicklung der Methoden, die bei der Beurteilung zum Einsatz kommen, wird die Kommission, zusammen mit dem Ausschuss für Wirtschaftspolitik und dem Wirtschafts- und Finanzausschuss, aufgefordert.

Über	sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	79
1	Kreditmarktmittel	79
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2005 bis 2010	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2005 bis 2010	81
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
	2. Entwurf 2010	83
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009	
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	91
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	97
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009	103
	sichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008	
	l Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2008	104
2	Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	105
2	Länder bis Oktober 2008	
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2008	107
Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	111
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	111
2	Preisentwicklung	112
3	Außenwirtschaft	113
4	Einkommensverteilung	114
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	115
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	116
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	117
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	118
Abb. 1	l Entwicklung von DAX und Dow Jones	119
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	120
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	121
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	126

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	30. September 2009			31. Oktober 2009
		in Mio.	.€	
Inflations indexier te Bundes wert papiere	25 000	2 000	0	27 000
Anleihen ¹	602 454	2 000	0	604 454
Bundesobligationen	179 000	5 000	18 000	166 000
Bundesschatzbriefe ²	9 450	102	86	9 466
Bundesschatzanweisungen	110 000	9 000	0	119 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	113 455	9 949	11 920	111 484
Finanzierungsschätze ³	1 320	80	460	939
Tagesanleihe	2 746	58	133	2 671
Schuldscheindarlehen	12 948	0	21	12 927
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
Kreditmarktmittel insgesamt	1 056 424			1 053 992

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	30. September 2009			31. Oktober 2009
		in Mio	.€	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	257 522			254 058
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	315 355			323 454
langfristig (mehr als 4 Jahre)	483 546			476 480
Kreditmarktmittel insgesamt	1 056 424			1 053 992

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

 $^{^2\,\}mbox{Bundesschatzbriefe}$ der Typen A und B.

 $^{^3}$ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

	Ermächtigungsrahmen 2009	Belegung am 30. September 2009	Belegung am 30. September 2008				
Ermächtigungstatbestände	in Mrd. €						
Ausfuhren	117,0	106,6	101,6				
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	30,4	25,3				
bilaterale FZ-Vorhaben	3,3	1,2	1,1				
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5				
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	240,0	137,3	51,3				
Internationale Finanzierungsinstitutionen	56,6	40,3	40,3				
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0				
Zinsausgleichsgarantien	4,0	4,0	-				

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2005 bis 2010 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll ¹	2. Reg. Entw.
			in Mı	d.€		
1. Ausgaben	259,8	261,0	270,4	282,3	303,3	325,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+3,3	+0,5	+3,6	+4,4	+7,4	+7,3
2. Einnahmen ²	228,4	232,8	255,7	270,5	253,8	239,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+7,8	+1,9	+9,8	+5,8	-6,2	-5,8
darunter:						
Steuereinnahmen	190,1	203,9	230,0	239,2	224,1	211,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+1,7	+7,2	+12,8	+4,0	- 6,3	-5,4
3. Finanzierungssaldo	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-49,5	-86,2
in % der Ausgaben	12,1	10,8	5,4	4,2	16,3	26,5
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ³ (-)	229,4	240,5	222,1	229,6	301,8	
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,2	1,6	-8,4	0,5	-	
6. Tilgungen (+)	193,0	195,9	216,2	216,2	254,1	
7. Nettokreditaufnahme	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-49,1	-85,8
8. Münzeinnahmen	-0,2	-0,3	-0,4	-0,3	-0,4	-0,4
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	23,8	22,7	26,2	24,3	32,8	28,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+6,2	-4,4	+15,4	-7,2	+34,9	- 12,5
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,7	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Dezember 2009.

¹Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

² Gem. BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $^{^3}$ Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

	2005	2006	2007	2008	2009	2010		
	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll ¹	2. Entwurf		
Ausgabeart	in Mio. €							
Ausgaben der laufenden Rechnung								
Personalausgaben	26 372	26 110	26 038	27 012	27 791	28 031		
Aktivitätsbezüge	19 891	19730	19 662	20 298	20 959	21 112		
Ziviler Bereich	8 537	8 547	8 498	8 8 7 0	9 3 6 7	9 692		
Militärischer Bereich	11 353	11 182	11 164	11 428	11 592	11 419		
Versorgung	6 481	6380	6376	6714	6 832	6919		
Ziviler Bereich	2 434	2 3 7 2	2 3 3 4	2 4 1 6	2 392	2 437		
Militärischer Bereich	4 047	4008	4 0 4 1	4298	4 441	4 482		
Laufender Sachaufwand	17 712	18 349	18 757	19 742	21 129	21 722		
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 596	1 450	1 3 6 5	1 421	1 451	1 467		
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 992	8 5 1 7	8 908	9 622	10 360	10 574		
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 382	8 484	8 699	9318	9 681		
Zinsausgaben	37 371	37 469	38 721	40 171	41 431	37 967		
an andere Bereiche	37371	37 469	38 721	40 171	41 431	37 967		
Sonstige	37 371	37 469	38 721	40 171	41 431	37 967		
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42		
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 326	37 425	38 677	40 127	41 388	37 924		
an Ausland	3	3	3	3	2	2		
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	154 274	156 016	160 352	168 424	179 871	209 069		
an Verwaltungen	13 921	13 937	14 003	12 930	15 055	14 630		
Länder	8 381	8 538	8 698	8 341	8 8 4 5	8 713		
Gemeinden	66	38	38	21	21	18		
Sondervermögen	5 473	5 3 6 1	5 2 6 7	4 5 6 8	6 188	5 899		
Zweckverbände	2	1	1	0	1	0		
an andere Bereiche	140 353	142 079	146 349	155 494	164816	194 438		
Unternehmen	13 474	14275	15 399	22 440	23 930	25 528		
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	32 747	32 256	29 123	29 120	30 881	31 710		
an Sozialversicherung	90 219	91 707	97712	99 123	104 653	131 562		
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	767	812	869	1 099	1 437	1 531		
an Ausland	3 140	3 024	3 240	3 708	3 909	4106		
an Sonstige	5	5	5	4	5	1		
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	235 728	237 944	243 868	255 350	270 222	296 789		
Ausgaben der Kapitalrechnung ^a								
Sachinvestitionen	7 246	7 112	6 903	7 199	8 649	8 186		
Baumaßnahmen	5 779	5 634	5 478	5 777	7 061	6 581		
Erwerb von beweglichen Sachen	961	943	909	918	1 055	1 059		
Grunderwerb	506	536	516	504	533	546		

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll ¹	2. Entwurf
Ausgabeart			in M	lio.€		
Vermögensübertragungen	12 977	13 302	16 947	16 660	15 377	15 749
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 617	12 916	16 580	14018	14961	15 353
an Verwaltungen	5 587	5 755	8 234	5 713	5 154	5 165
Länder	5 527	5 700	6 030	5 654	5 089	5 101
Gemeinden und Gemeindeverbände	60	55	54	59	60	60
Sondervermögen	0	0	2 150	0	5	4
an andere Bereiche	7 030	7 161	8 345	8 305	9 807	10 188
Sonstige - Inland	4933	4 999	6 099	5 836	6 758	7 015
Ausland	2 096	2 162	2 247	2 469	3 049	3 173
Sonstige Vermögensübertragungen	360	387	367	2 642	417	396
an andere Bereiche	360	387	367	2 642	417	396
Unternehmen - Inland	0	0	0	2 267	0	0
Sonstige - Inland	160	172	162	149	176	148
Ausland	201	215	205	225	241	248
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen	3 899	2 687	2 732	3 099	9 192	5 152
Kapitaleinlagen Darlehensgewährung	3 340	2 109	2 100	2 395	8 257	4 333
an Verwaltungen	53	32	1	2 333	1	1
Länder	53	32	1	1	1	1
an andere Bereiche	3 287	2 078	2 100	2 395	8 256	4332
Sozialversicherung	900	0	0	0	0	0
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 505	1 020	900	922	6 750	2 776
Ausland	882	1 058	1 199	1 473	1 507	1 556
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	578	632	704	935	819
Inland	0	0	28	26	13	13
Ausland	558	578	604	678	921	806
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung ^a	24 121	23 102	26 582	26 958	33 218	29 087
^a Darunter: Investive Ausgaben	23 761	22 715	26 215	24316	32 802	28 691
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	0	0	0	- 134	- 475
Ausgaben zusammen	259 849	261 046	270 450	282 308	303 307	325 400

¹ Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, 2. Entwurf 2010

	Ausgabengruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion							
0	Allgemeine Dienste	54 154	47 760	25 012	17 181	-	5 567
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6 280	5885	3 900	1 280	-	705
2	Auswärtige Angelegenheiten	8 601	3 782	504	175	-	3 104
3	Verteidigung	31 217	30911	15 901	14066	-	944
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 731	3 3 0 8	2 097	1012	-	200
5	Rechtsschutz	373	356	259	83	-	14
6	Finanzverwaltung	3 952	3517	2 351	566	-	600
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,	15 416	12 073	482	778	_	10 812
13	kulturelle Angelegenheiten Hochschulen	2813	1819	10	9		1 800
14		2115	2115	-	-	-	2 115
15	Förderung von Schülern, Studenten Sonstiges Bildungswesen	654	581	9	68	_	504
	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung					-	
16	außerhalb der Hochschulen	9 127	7 046	463	697	-	5 886
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	708	513	1	4	-	508
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	176 680	175 691	234	213	-	175 244
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	110514	110514	54	-	-	110 460
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	6 697	6 697	-	-	-	6 697
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 789	2 534	-	42	-	2 492
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	54987	54874	50	102	-	54722
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	147	147	-	-	-	147
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 546	925	131	69	-	726
3	Gesundheit und Sport	1 434	870	278	281	-	312
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	430	363	147	160	-	56
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	430	363	147	160	-	56
32	Sport	138	114	-	5	-	109
33	Umwelt- und Naturschutz	422	234	83	62	-	89
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	443	159	47	54	-	57
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 034	588	-	16	-	571
41	Wohnungswesen	1 286	578	-	6	-	571
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	742	9		9		-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 060	584	28	155	-	400
52	Verbesserung der Agrarstruktur	677	251	-	1	-	250
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	143	143	-	70	-	73
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	143	143	-	70	-	73
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	240	189	28	83	-	78

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, 2. Entwurf 2010

	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ¹	¹ Darunter: Investive Ausgaben
Funktio	on			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	1 110	2 588	2 696	6 394	6 356
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	393	2	0	395	395
2	Auswärtige Angelegenheiten	77	2 380	2 362	4818	4817
3	Verteidigung	217	88	-	305	268
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	304	118	-	423	423
5	Rechtsschutz	18	-	-	18	18
6	Finanzverwaltung	100	0	334	435	435
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	289	3 044	11	3 344	3 344
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	73	-	74	74
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	267	1 803	11	2 081	2 081
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	21	174	-	195	195
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	978	1	989	632
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	253	1	255	5
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	6	108	-	113	6
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	617	-	621	621
3	Gesundheit und Sport	347	217	-	564	564
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	56	12	-	67	67
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	56	12	-	67	67
32	Sport	-	24	-	24	24
33	Umwelt- und Naturschutz	8	180	-	188	188
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	283	2	-	285	285
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 444	3	1 447	1 447
41	Wohnungswesen	-	706	3	709	709
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	5	-	5	5
44	Städtebauförderung	-	733	-	733	733
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7	469	1	476	476
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	425	1	426	426
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	7	44	0	51	51

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, 2. Entwurf 2010

	Ausgabengruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion				i	in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 327	3 041	60	707	-	2 274
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	881	737	-	520	-	217
621	Kernenergie	278	203	-	-	-	203
622	Erneuerbare Energieformen	38	15	-	2	-	13
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	565	519	-	518	-	1
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1848	1 829	-	9	-	1820
64	Handel	133	133	-	69	-	65
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	693	15	-	13	-	2
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2772	327	60	96	-	171
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 349	4 217	1 043	2 064	-	1 111
72	Straßen	7 670	964	-	877	-	87
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1871	864	509	287	-	68
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	340	8	-	-	-	8
75	Luftfahrt	202	200	46	20	-	134
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 2 6 6	2 182	488	880	-	815
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 433	12 016	-	12	-	12 004
81	Wirtschaftsunternehmen	11 103	6 685	-	12	-	6 673
832	Eisenbahnen	4328	82	-	5	-	77
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6775	6 603	-	7	-	6 5 9 6
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 3 3 0	5 3 3 0	-	-	-	5 3 3 0
873	Sondervermögen	5330	5 3 3 0	-	-	-	5 3 3 0
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-		-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	39 187	39 624	893	313	37 967	451
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	488	450	-	-	-	450
92	Schulden	37978	37 978	-	11	37 967	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	720	1 196	893	302	-	1
Summe a	ller Hauptfunktionen	325 400	296 789	28 031	21 722	37 967	209 069

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, 2. Entwurf 2010

	Ausgabengruppe	Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ¹	¹ Darunter Investive Ausgaben
Funktio	on			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	76	783	2 426	3 286	3 286
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	75	69	-	144	144
621	Kernenergie	75	-	-	75	75
622	Erneuerbare Energieformen	-	23	-	23	23
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	47	-	47	47
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	19	-	19	19
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	678	-	678	678
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	17	2 426	2 445	2 445
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 347	1 785	-	8 132	8 132
72	Straßen	5 2 7 8	1 428	-	6 707	6 707
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 007	-	-	1 007	1 007
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	1	-	-	1	1
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	61	24	-	84	84
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und	-	4 404	13	4 417	4 417
81	Kapitalvermögen, Sondervermögen Wirtschaftsunternehmen		4 404	13	4417	4417
832	Eisenbahnen	_	4 2 4 6	- 13	4246	4246
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81		158	13	172	172
009	oblige beleiche aus Oberfunktion ei		136	13	172	172
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe	aller Hauptfunktionen	8 186	15 749	5 152	29 087	28 691

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
				Ist-Erge	ebnisse			
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-0,2	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche								
Vergleichsdaten	Mar. L.C.	6.6	12.0	10.4	107	22.4	27.4	26.
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	3,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7
Anteil an den investiven Ausgaben des	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4
Bundes Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts³	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0
nachrichtlich: Schuldenstand ³								
öffentliche Haushalte²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				IS	t-Ergebnis	se				Soll ⁴
I. Gesamtübersicht		242.4	240.2	2567	254.6	250.0	264.0	270.4	202.2	202
Ausgaben	Mrd.€	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,4	282,3	303,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-0,5	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	7,
Einnahmen	Mrd.€	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	253,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-0,1	-1,6	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-6,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-22,9	-32,7	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-49
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-22,8	-31,9	-38,6	-39,5	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-49
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,9	-0,6	-0,3	-0,2	-0,3	-0,4	-0,3	-0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,0	27,0	27,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,1	0,7	0,9	-1,8	-1,4	-1,0	-0,3	3,7	2
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,6	9
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	15,8	15,6	15,7	15,4	15,3	14,7	15,0	15,1	15
Zinsausgaben	Mrd.€	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	38,7	40,2	41,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-3,9	-1,5	-0,5	-1,6	3,0	0,3	3,3	3,7	3,
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,2	13,
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl.	%	56,7	56,0	56,2	55,9	58,3	58,0	58,7	61,0	61,
Gesamthaushalts ³						·				
Investive Ausgaben	Mrd.€	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	26,2	24,3	32,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-3,1	-11,7	6,9	-13,0	6,2	-4,4	15,4	-7,2	34,
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,6	10,
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl.	%	34,1	32,5	35,4	34,0	34,2	33,7	39,6	31,5	28,
Gesamthaushalts ³ Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	230,0	239,2	225.
Veränderung gegenüber Vorjahr	wird.€	-2,5	-0,9	-0,1	-2,5	1,7	7,2	12,8	4,0	-5,
	%	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,7	-5. 74
Anteil an den Bundesausgaben		•			•	-		·		
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	88,4	88,
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	41,4	43,0	43,5	42,3	42,9	45,1	47,1	44,5	42
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-22,8	-31,9	-38,6	-39,5	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-47
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,1	15,
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	54,7	47,4	145
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	57,6	61,0	59,3	60,1	58,6	52,4	99,3	х	51
nachrichtlich: Schuldenstand ³										
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 223,5	1 277,3	1 357,7	1 429,8	1 489,9	1 545,4	1 553,1	1 578,5	170
darunter: Bund	Mrd.€	760,2	784,6	826,5	869,3	903,3	950,3	957,3	985,7	108

 $^{^1} Nach \, Abzug \, der \, Erg\"{a}nzungszuweisungen \, an \, L\"{a}nder.$

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Juli 2009; 2009 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

⁴ Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008

	2002	2003	2004	2005	2006 ²	2007	2008
				in Mrd.€			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	612,9	620,7	615,3	627,7	639,6	647,2	675,6
Einnahmen	556,2	552,9	549,9	575,1	599,1	652,5	667,9
Finanzierungssaldo	-57,0	-67,9	-65,5	-52,5	-40,0	9,2	-7,1
darunter:							
Bund							
Ausgaben	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3
Einnahmen	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5
Finanzierungssaldo	-32,7	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8
Länder							
Ausgaben	257,7	259,7	257,1	260,0	260,0	264,9	275,1
Einnahmen	228,5	229,2	233,5	237,2	250,1	272,1	274,9
Finanzierungssaldo	-29,4	-30,5	-23,5	-22,7	-10,1	9,5	-0,2
Gemeinden							
Ausgaben	150,0	149,9	150,1	153,2	157,4	160,7	167,3
Einnahmen	146,3	141,5	146,2	150,9	160,1	169,3	174,9
Finanzierungssaldo	-3,7	-8,4	-3,9	-2,2	2,8	8,6	7,6
			Veränderun	gen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,4	1,3	-0,9	2,0	1,9	1,2	4,4
Einnahmen	-0,3	-0,6	-0,5	4,6	4,2	8,9	2,4
darunter:							
Bund							
Ausgaben	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4
Einnahmen	-1,6	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8
Länder							
Ausgaben	0,9	0,7	-1,0	1,1	0,0	1,9	3,8
Einnahmen	-1,0	0,3	1,9	1,6	5,4	8,8	1,1
Gemeinden							
Ausgaben	1,1	- 0,0	0,1	2,1	2,8	2,1	4,1
Einnahmen	1,4	-3,3	3,3	3,3	6,0	5,8	3,3

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008

	2002	2003	2004	2005	2006 ²	2007	2008
				Anteile in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-2,7	-3,1	-3,0	-2,3	-1,7	0,4	-0,3
darunter:							
Bund	-1,5	-1,8	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5
Länder	-1,4	-1,4	-1,1	-1,0	-0,4	0,4	- 0,0
Gemeinden	-0,2	-0,4	-0,2	-0,1	0,1	0,4	0,3
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-9,3	-10,9	-10,6	-8,4	-6,3	1,4	-1,1
darunter:							
Bund	-13,1	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2
Länder	-11,4	-11,7	-9,1	-8,7	-3,9	3,6	-0,1
Gemeinden	-2,4	-5,6	-2,6	-1,5	1,8	5,4	4,6
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,7	27,8	28,0	27,5	26,7	27,1
darunter:							
Bund	11,6	11,9	11,4	11,6	11,2	11,2	11,3
Länder	12,0	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9	11,0
Gemeinden	7,0	6,9	6,8	6,8	6,8	6,6	6,7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	20,6	20,4	20,0	20,1	21,0	22,2	22,5

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, Versorgungsfonds des Bundes, Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), Investitions- und Tilgungsfonds, Sondervermögen Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere.

Stand: September 2009.

 $^{^{2}\,\}mathrm{Bis}\,\mathrm{einschlie}$ ßlich 2006 Rechnungsergebnisse.

 $^{^3}$ Steuern des öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	. Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublil	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Steueraufkommen							
	insgesamt		dav	/on			
	ilisgesailit	Direkte Steuern Indirekte Steuern		Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
Jahr		in Mrd. €		in%			
		Bundesrepubli	k Deutschland				
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9		
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0		
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1		
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5		
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2		
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6		
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5		
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4		
2008	561,2	290,3	270,9	51,7	48,3		
2009²	524,1	254,5	269,6	48,6	51,4		
2010²	511,5	238,0	273,6	46,5	53,5		

¹Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2009.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der	Finanzstatistik
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr		in Relation zu	m BIP in %	
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,0	34,8	22,4	33,5
1975	22,8	38,1	23,1	37,9
1976	23,7	39,5	23,4	38,9
1977	24,6	40,4	24,5	39,8
1978	24,2	39,9	24,4	39,4
1979	23,9	39,6	24,3	39,3
1980	23,8	39,6	24,3	39,7
1981	22,8	39,1	23,7	39,5
1982	22,5	39,1	23,3	39,4
1983	22,5	38,7	23,2	39,0
1984	22,6	38,9	23,2	38,9
1985	22,8	39,1	23,4	39,2
1986	22,3	38,6	22,9	38,
1987	22,5	39,0	22,9	38,
1988	22,2	38,6	22,7	38,5
1989	22,7	38,8	23,4	39,0
1990	21,6	37,3	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,7
1993	22,4	40,2	22,6	39,
1994	22,3	40,5	22,5	39,
1995	21,9	40,3	22,5	40,7
1996	22,4	41,4	21,8	39,
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,7
2000	24,2	42,5	22,7	40,
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002	22,3	40,5	20,6	37,
2003	22,3	40,6	20,4	37,
2004	21,8	39,7	20,0	36,9
2005	22,0	39,7	20,1	36,8
2006³	22,8	40,0	21,0	37,2
2007³	23,7	40,2	22,2	37,6
2008 ³	23,7	40,1	22,5	37,8

 $^{^{\}mathrm{1}}$ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

 $^{^2\,\}mathrm{Ab}\,1970\,\mathrm{in}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Abgrenzung}\,\mathrm{des}\,\mathrm{Europ\ddot{a}ischen}\,\mathrm{Systems}\,\mathrm{Volkswirtschaftlicher}\,\mathrm{Gesamtrechnungen}\,1995.$

 $^{^{\}rm 3}$ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2009.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

	Ausgaben des Staates							
		darunt	ter					
	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Soziaversicherungen ³					
Jahr		in Relation zum BIP in %						
1960	32,9	21,7	11,2					
1965	37,1	25,4	11,6					
1970	38,5	26,1	12,4					
1975	48,8	31,2	17,7					
1976	48,3	30,5	17,8					
1977	47,9	30,1	17,8					
1978	47,0	29,4	17,6					
1979	46,5	29,3	17,2					
1980	46,9	29,6	17,3					
1981	47,5	29,7	17,9					
1982	47,5	29,4	18,1					
1983	46,5	28,8	17,7					
1984	45,8	28,2	17,6					
1985	45,2	27,8	17,4					
1986	44,5	27,4	17,1					
1987	45,0	27,6	17,4					
1988	44,6	27,0	17,6					
1989	43,1	26,4	16,7					
1990	43,6	27,3	16,4					
1991	46,3	28,2	18,0					
1992	47,2	28,0	19,2					
1993	48,2	28,3	19,9					
1994	47,9	27,8	20,0					
1995	48,1	27,6	20,6					
1996	49,3	27,9	21,4					
1997	48,4	27,1	21,2					
1998	48,0	27,0	21,1					
1999	48,1	26,9	21,1					
2000	47,6	26,5	21,1					
20004	45,1	24,0	21,1					
2001	47,6	26,3	21,3					
2002	48,1	26,4	21,7					
2003	48,5	26,5	22,0					
2004	47,1	25,9	21,2					
2005	46,8	26,1	20,8					
2006 ⁵	45,4	25,4	19,9					
2007 ⁵	43,7	24,5	19,1					
2008 ⁵	43,7	24,7	19,0					

 $^{^{\}rm 1}$ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der VGR. Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995.

 $^{^{\}rm 3}$ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

 $^{^4\,\}rm Einschließlich$ der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

 $^{^{5}\,\}mbox{Vorläufiges}$ Ergebnis der VGR; Stand: August 2009.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
			Sch	ulden (Mio. €)	1		
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 277 272	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 399	1 553 058	1 579 535
Bund	784 615	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749
Kernhaushalte	725 405	767 697	812 082	887915	919 304	940 187	959 918
Kreditmarktmittel iwS	719397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169
Kassenkredite	6 008	7 2 4 4	9 088	15 262	17 250	18 142	26749
Extrahaushalte	59210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 83
Kreditmarktmittel iwS	59 210	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700
Kassenkredite	-	-	-	-	978	1 483	2 13
Länder	392 123	423 666	448 622	471 339	482 818	485 162	484 922
Kernhaushalte	392 123	423 666	448 622	471 339	481 822	484 038	483 572
Kreditmarktmittel iwS	384773	414952	442 922	468 214	479 489	481 628	480 392
Kassenkredite	7 3 5 0	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 18
Extrahaushalte	-	-	-	-	996	1 124	1 35
KreditmarktmitteliwS	-	-	-	-	986	1 124	1 32
Kassenkredite	-	-	-	-	10	-	2
Gemeinden	100 534	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 86
Kernhaushalte	93 332	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 18
KreditmarktmitteliwS	82 662	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76 38
Kassenkredite	10670	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 80
Extrahaushalte	7 202	7 498	7 603	7 546	2 702	2612	2 68
KreditmarktmitteliwS	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 62
Kassenkredite	49	69	72	79	53	52	5
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	492 657	531 197	560 418	586 571	595 061	595 789	593 78
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1384000	1 454 000	1 524 000	1 571 000	1 578 000	1 644 00
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 83
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14357	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 441	39 099	38 650	-	-	-	
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	-	16 478	16 983	17 63
SoFFin	-	-	-	-	-	-	8 20
Investitions- und Tilgungsfonds	_	_	-	-	-	_	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
			Anteil a	n den Schulde	n (in %)		
Bund	61,4	60,9	60,8	60,6	61,5	61,6	62,
Kernhaushalte	56,8	56,5	56,8	59,6	59,5	60,5	60
Extrahaushalte	4,6	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1
Länder	30,7	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30
Gemeinden	7,9	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	38,6	39,1	39,2	39,4	38,5	38,4	37
			Anteil der	Schulden am	BIP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	59,6	62,7	64,7	66,4	66,5	64,0	63
Bund	36,6	38,2	39,3	40,3	40,9	39,4	39
Kernhaushalte	33,8	35,5	36,7	39,6	39,5	38,7	38
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1
Länder	18,3	19,6	20,3	21,0	20,8	20,0	19
Gemeinden	4,7	5,0	5,1	5,1	4,8	4,6	4
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	23,0	24,5	25,3	26,2	25,6	24,5	23
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,9	65,7	68,0	67,6	65,0	65
			Schu	lden insgesam	t (€)		
je Einwohner	15 487	16 454	17 331	18 066	18 761	18 880	19 23
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 210,9	2 242,2	2 325,1	2 428,2	2 495
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 62

 $^{^1} Kredit markt schulden im weiteren Sinne zzgl. \, Kassenkredite.$

 $\label{thm:Quelle:Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.}$

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzu	ng der Volkswirtsch	aftlichen Gesan	ntrechungen²		Abgrenzung der Finanzstatistil		
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Ge	esamthaushalt	
Jahr		in Mrd. €		i	n Relation zum BIP	in%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %	
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9			
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0	
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1	
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9	
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1	
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5	
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0	
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2	
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7	
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7	
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2	
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1	
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5	
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0	
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1	
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5	
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4	
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2	
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7	
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1	
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6	
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2	
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3	
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0	
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3	
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5	
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5	
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3	
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6	
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-	
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2	
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7	
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1	
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0	
2005	-74,2	-70,3	-3,9	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3	
2006 ⁵	-38,1	-43,1	5,0	-1,6	-1,9	0,2	-40,0	-1,7	
2007 ⁵	4,7	-6,2	10,9	0,2	-0,3	0,4	9,2	0,4	
2008 ⁵	1,0	-7,2	8,2	0,0	-0,3	0,3	-7,1	-0,3	

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

 $^{^2 \,} Ab \, 1970 \, in \, der \, Abgrenzung \, des \, Europ\"{a}ischen \, Systems \, Volkswirtschaftlicher \, Gesamtrechnungen \, 1995.$

 $^{^3}$ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

 $^{^4\,\}mathrm{Einschlie}$ ßlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

 $^{^{\}rm 5}$ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2009.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in% des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,3	-1,6	0,2	0,0	-3,4	-5,0	-4,6	
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	0,3	-0,2	-1,2	-5,9	-5,8	-5,8	
Griechenland	_	_	-14,0	-9,1	-3,7	-5,2	-2,9	-3,7	-7,7	-12,7	-12,2	-12,8	
Spanien	_	_	-	-6,5	-1,1	1,0	2,0	1,9	-4,1	-11,2	-10,1	-9,3	
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-2,9	-2,3	-2,7	-3,4	-8,3	-8,2	-7,7	
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,1	4,8	1,7	3,0	0,3	-7,2	-12,5	-14,7	-14,7	
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-4,3	-3,3	-1,5	-2,7	-5,3	-5,3	-5,1	
Zypern	-	_	-	-0,8	-2,3	-2,4	-1,2	3,4	0,9	-3,5	-5,7	-5,9	
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	1,3	3,7	2,5	-2,2	-4,2	-4,2	
Malta	-	-	-	-4,2	-6,2	-2,9	-2,6	-2,2	-4,7	-4,5	-4,4	-4,3	
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,5	0,2	0,7	-4,7	-6,1	-5,6	
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,6	-1,6	-0,6	-0,4	-4,3	-5,5	-5,3	
Portugal	-7,1	-8,6	-6,2	-5,0	-3,2	-6,1	-3,9	-2,6	-2,7	-8,0	-8,0	-8,7	
Slowakei	_	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-3,5	-1,9	-2,3	-6,3	-6,0	-5,5	
Slowenien	_	-	_	-8,4	-3,8	-1,4	-1,3	0,0	-1,8	-6,3	-7,0	-6,9	
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,9	2,8	4,0	5,2	4,5	-2,8	-4,5	-4,3	
Euroraum	-	_	-	-5,0	-1,1	-2,5	-1,3	-0,6	-2,0	-6,4	-6,9	-6,5	
Bulgarien	-	_	-	-3,4	-0,3	1,9	3,0	0,1	1,8	-0,8	-1,2	-0,4	
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,4	5,2	5,2	4,5	3,4	-2,0	-4,8	-3,4	
Estland	_	_	-	1,1	-0,2	1,6	2,3	2,6	-2,7	-3,0	-3,2	-3,0	
Lettland	_	_	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-0,5	-0,3	-4,1	-9,0	-12,3	-12,2	
Litauen	_	_	-	-1,5	-3,2	-0,5	-0,4	-1,0	-3,2	-9,8	-9,2	-9,7	
Polen	_	_	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,6	-1,9	-3,6	-6,4	-7,5	-7,6	
Rumänien	_	_	-	-2,1	-4,7	-1,2	-2,2	-2,5	-5,5	-7,8	-6,8	-5,9	
Schweden	_	_	-	-7,4	3,7	2,3	2,5	3,8	2,5	-2,1	-3,3	-2,7	
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,6	-2,6	-0,7	-2,1	-6,6	-5,5	-5,7	
Ungarn	_	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-9,3	-5,0	-3,8	-4,1	-4,2	-3,9	
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-2,7	-2,7	-5,0	-12,1	-12,9	-11,1	
EU	_	_	_	-5,1	-0,6	-2,4	-1,4	-0,8	-2,3	-6,9	-7,5	-6,9	
Japan	-4,5	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-1,6	-2,5	-3,8	-8,0	-8,9	-9,1	
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-2,0	-2,7	-6,4	-11,3	-13,0	-13,1	

 $^{^{1}}$ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Ouellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2009.

Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009

 $^{^2 \, \}text{Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erl\"{o}se.}$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschulden quoten im internationalen Vergleich

Land	in% des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	68,0	67,6	65,0	65,9	73,1	76,7	79,7	
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,9	107,6	92,1	88,1	84,2	89,8	97,2	101,2	104,0	
Griechenland	22,3	47,9	71,0	97,0	101,8	100,0	97,1	95,6	99,2	112,6	124,9	135,4	
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	43,0	39,6	36,1	39,7	54,3	66,3	74,0	
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	66,4	63,7	63,8	67,4	76,1	82,5	87,6	
Irland	69,1	100,6	93,2	81,1	37,7	27,6	25,0	25,1	44,1	65,8	82,9	96,2	
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	105,8	106,5	103,5	105,8	114,6	116,7	117,8	
Zypern	-	_	_	_	58,8	69,1	64,6	58,3	48,4	53,2	58,6	63,4	
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,1	6,6	6,6	13,5	15,0	16,4	17,7	
Malta	-	_	_	_	55,9	70,2	63,6	62,0	63,8	68,5	70,9	72,5	
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	47,4	45,5	58,2	59,8	65,6	69,7	
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,4	63,9	62,2	59,5	62,6	69,1	73,9	77,0	
Portugal	30,5	58,3	55,0	61,0	50,4	63,6	64,7	63,6	66,3	77,4	84,6	91,1	
Slowakei	-	_	_	22,2	50,3	34,2	30,5	29,3	27,7	34,6	39,2	42,7	
Slowenien	_	_	_	_	26,8	27,0	26,7	23,3	22,5	35,1	42,8	48,2	
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	41,8	39,3	35,2	34,1	41,3	47,4	52,7	
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,4	69,4	70,1	68,3	66,0	69,3	78,2	84,0	88,2	
Bulgarien	-	-	-	-	74,3	29,2	22,7	18,2	14,1	15,1	16,2	15,7	
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	37,1	31,3	26,8	33,5	33,7	35,3	35,2	
Estland	-	-	-	9,0	5,1	4,6	4,5	3,8	4,6	7,4	10,9	13,2	
Lettland	_	-	-	-	12,3	12,4	10,7	9,0	19,5	33,2	48,6	60,4	
Litauen	_	-	-	11,5	23,7	18,4	18,0	16,9	15,6	29,9	40,7	49,3	
Polen	-	_	_	_	36,8	47,1	47,7	45,0	47,2	51,7	57,0	61,3	
Rumänien	-	-	-	-	24,6	15,8	12,4	12,6	13,6	21,8	27,4	31,3	
Schweden	39,3	60,9	41,2	72,1	53,6	51,0	45,9	40,5	38,0	42,1	43,6	44,1	
Tschechien	_	-	_	14,6	18,5	29,7	29,4	29,0	30,0	36,5	40,6	44,0	
Ungarn	-	_	_	86,2	55,0	61,8	65,6	65,9	72,9	79,1	79,8	79,1	
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	50,8	41,0	42,2	43,2	44,2	52,0	68,6	80,3	88,2	
EU	_	_	_	69,6	63,1	62,7	61,3	58,7	61,5	73,0	79,3	83,7	
Japan	51,4	67,7	68,4	92,5	142,1	191,6	191,3	187,7	173,1	189,8	197,6	206,0	
USA	43,9	56,1	64,3	71,5	55,0	61,7	61,2	62,2	70,7	65,2	75,5	87,8	

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2009; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

 $\ddot{\textbf{U}}\textbf{BERSICHTEN} \textbf{ und Grafiken} \textbf{ zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung}$

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP											
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008				
Deutschland ^{2,3}	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	21,9	22,9	23,1				
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	31,0	30,3	30,3				
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	48,1	47,9	47,3				
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,3	31,1	30,8				
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,8	27,4	27,0				
Griechenland	14,0	14,5	18,3	19,5	23,6	20,2	20,4	20,3				
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,5	27,6	26,1	23,3				
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,6	30,4	29,8				
Japan	15,2	18,0	21,4	17,9	17,5	17,7	18,0	k.A.				
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,4	28,5	27,5				
Luxemburg	16,7	25,3	26,0	27,3	29,1	26,0	26,4	27,5				
Niederlande	23,1	26,6	26,9	24,1	24,2	25,1	24,0	k.A.				
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	35,2	34,6	33,2				
Österreich	25,2	26,8	26,6	26,5	28,5	27,3	28,0	28,6				
Polen	-	-	-	25,2	19,8	21,4	22,9	k.A.				
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	24,3	24,7	24,6				
Schweden	32,2	33,0	38,0	34,4	38,1	36,6	35,7	35,4				
Schweiz	16,2	18,9	19,7	20,2	22,7	22,7	22,2	22,6				
Slowakei	-	-	-	-	20,0	17,9	17,7	17,4				
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,3	24,4	25,1	20,9				
Tschechien	-	-	-	22,0	19,7	20,8	21,1	20,6				
Ungarn	-	-	-	26,6	26,9	25,2	26,6	26,9				
Vereinigtes Königreich	31,9	29,0	29,5	28,0	30,2	30,3	29,5	28,8				
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	21,3	21,7	20,3				

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP											
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008				
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	35,6	36,2	36,4				
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,4	43,9	44,3				
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	49,6	48,7	48,3				
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,5	43,0	42,8				
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	44,0	43,5	43,1				
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,0	31,2	32,0	31,3				
Irland	28,5	31,1	33,1	32,5	31,3	31,7	30,8	28,3				
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	42,3	43,3	43,2				
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	28,0	28,3	k.A.				
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,5	33,3	32,2				
Luxemburg	23,5	35,6	35,7	37,1	39,1	35,8	36,5	38,3				
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,7	38,9	37,5	k.A.				
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	44,0	43,6	42,1				
Österreich	33,8	38,9	39,6	41,4	43,2	41,8	42,3	42,9				
Polen	-	-	-	36,2	32,8	34,0	34,9	k.A.				
Portugal	18,4	22,9	27,7	32,1	34,1	35,5	36,4	36,5				
Schweden	37,8	46,4	52,2	47,5	51,8	49,0	48,3	47,1				
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,3	28,9	29,4				
Slowakei	-	-	-	-	34,1	29,4	29,4	29,3				
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	36,7	37,2	33,0				
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,1	37,4	36,6				
Ungarn	-	-	-	41,3	38,0	37,1	39,5	40,1				
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	34,0	36,4	36,6	36,1	35,7				
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	28,2	28,3	26,9				

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

 $^{^2 \,} Nicht vergleichbar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP											
20110	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland ¹	46,9	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	43,7	43,7	48,0	48,3	47,5
Belgien	55,0	58,5	52,3	52,2	49,1	52,1	48,5	48,4	50,0	53,6	53,8	54,0
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,5	48,3	50,1	48,6	47,3	48,9	54,3	55,0	55,0
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,3	52,7	55,2	55,1	54,8
Griechenland	-	-	44,8	45,7	46,6	43,7	42,6	44,1	48,3	50,0	49,4	49,8
Irland	-	53,3	42,8	41,2	31,4	33,7	34,2	36,2	42,0	46,9	49,1	48,4
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,1	48,7	47,9	48,8	51,6	50,8	50,5
Luxemburg	-	-	37,7	39,7	37,6	41,5	38,3	36,2	37,7	43,3	43,9	43,6
Malta	-	-	-	39,7	41,0	44,9	43,7	42,5	45,0	45,7	46,3	46,4
Niederlande	55,2	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,5	45,5	45,9	49,5	50,9	50,7
Österreich	50,0	53,5	51,5	56,2	52,0	50,0	49,5	48,7	48,9	52,3	52,6	52,4
Portugal	33,3	38,6	39,7	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	45,9	51,6	51,5	52,0
Slowenien	-	-	-	52,6	46,8	45,2	44,5	42,4	44,2	49,5	50,2	49,9
Spanien	-	-	-	44,4	39,1	38,4	38,4	39,2	41,1	45,2	45,6	45,3
Zypern	-	-	-	33,1	37,0	43,6	43,4	42,2	42,6	44,4	47,8	48,0
Euroraum	-	-	-	-	42,6	39,3	36,5	41,5	37,3	39,5	39,5	38,7
Bulgarien	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,6	51,5	50,9	51,9	55,9	57,6	56,4
Dänemark	-	-	-	41,3	36,1	33,6	34,0	34,8	39,9	44,8	46,7	45,4
Estland	-	-	31,6	38,6	37,3	35,5	38,2	35,8	38,8	43,8	45,7	45,1
Lettland	-	-	-	34,4	39,1	33,3	33,6	34,8	37,4	45,9	46,0	46,0
Litauen	-	-	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,3	44,0	46,1	45,9
Polen	-	-	-	35,9	38,5	33,5	35,3	36,0	38,4	39,4	38,6	37,9
Rumänien	-	-	-	65,2	55,6	55,0	54,0	52,5	53,1	55,9	55,6	54,6
Schweden	-	-	-	48,6	52,2	38,0	36,9	34,4	34,8	37,5	37,5	36,9
Slowakei	-	-	-	-	41,8	45,0	43,8	42,6	43,0	46,9	46,5	46,6
Tschechien	-	-	-	56,2	46,8	50,1	51,9	49,8	49,3	50,0	49,4	49,0
Ungarn	47,6	44,6	41,1	43,9	36,8	44,1	44,0	44,0	47,3	51,2	52,1	50,7
Vereinigtes Königreich	-	-	-	50,6	46,3	47,3	46,6	46,0	46,8	50,4	50,5	50,2
EU-27	-	-	-	-	44,8	46,8	46,3	45,7	46,8	50,4	50,6	50,1
USA	34,2	37,3	37,2	37,1	33,9	36,3	36,0	36,7	38,8	42,2	43,8	44,2
Japan	-	-	-	-	39,0	38,4	36,2	36,0	37,2	40,5	41,6	42,3

¹1980 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: November 2009.

 $\label{thm:prop:control} Quelle: \hbox{EU-Kommission ,Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft"}.$

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

		Eu-Haush	nalt 2008 ¹			EU-Haus	halt 2009 ²	
	Verpflicht	ungen	Zahlun	gen	Verpflicht	ungen	Zahlungen	
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	58 341,9	44,5	45 731,7	39,5	60 195,9	45,0	45 999,5	39,6
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4			500,0	0,4		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	56 314,7	43,0	53 217,1	46,0	56 121,4	41,9	52 566,1	45,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 625,9	1,2	1 488,9	1,3	1 514,9	1,1	1 296,4	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	7311,2	5,6	7 847,1	6,8	8 103,9	6,1	8 324,2	7,2
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	239,2	0,2			244,0	0,2		
5. Verwaltung	7 279,2	5,6	7 279,8	6,3	7 700,7	5,8	7 700,7	6,6
6. Ausgleichszahlungen	206,6	0,2	206,6	0,2	209,1	0,2	209,1	0,2
Gesamtbetrag	131 079,6	100,0	115 771,3	100,0	133 846,0	100,0	116 096,1	100,0

¹ EU-Haushalt 2008 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-10/2008).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

	Differe	enz in %	Differen	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	2,3	0,6	1 853,9	267,8
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	-	0,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-0,3	- 1,2	- 193,3	- 651,0
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	- 6,8	- 12,9	-111,0	- 192,5
4. Die EU als globaler Akteur	10,8	6,1	792,7	477,0
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	-	4,8	0,0
5. Verwaltung	5,8	5,8	421,5	421,0
6. Ausgleichszahlungen	1,2	1,2	2,5	2,5
Gesamtbetrag	2,1	0,3	2 766,3	324,8

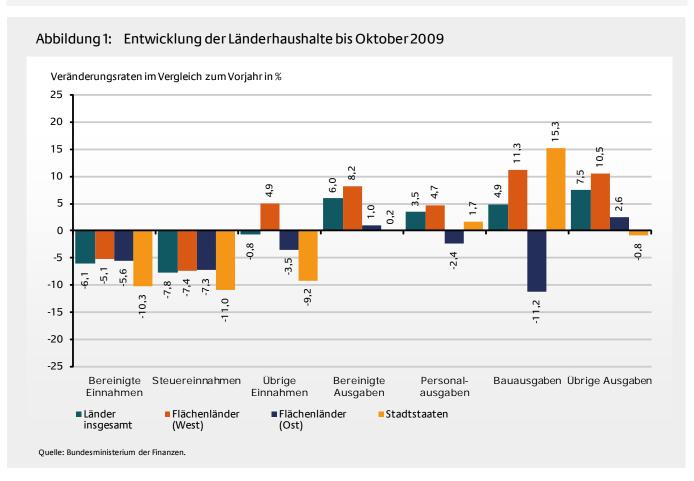
² EU-Haushalt 2009 (endg. Feststellung vom 18.12.2008).

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2009 im Vergleich zum Jahressoll 2009

	Flächenländ	der (West)	Flächenlän	ider (Ost)	Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in Mi	o.€			
Bereinigte Einnahmen	184 735	145 422	52 664	40 686	32 898	25 799	263 611	206 14
darunter:								
Steuereinnahmen	143 411	115 688	28 165	21 804	21 372	15 504	192 949	152 99
Übrige Einnahmen	41 324	29 734	24 499	18882	11 526	10 295	70 663	53 14
Bereinigte Ausgaben	203 564	168 384	52 593	41 270	36 453	29 357	285 924	233 24
darunter:								
Personalausgaben	77 608	64 595	12 290	9510	11 113	9 2 1 0	101 012	83 31
Bauausgaben	3 432	1 971	1 491	842	905	438	5 828	3 25
Übrige Ausgaben	122 523	101 818	38 812	30918	24 435	19710	179 085	146 68
Finanzierungssaldo	-18 827	-22 962	75	- 584	-3 549	-3 558	-22 300	-27 10



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2009

						in Mio. €				
		Ol	ktober 200	8	Sept	ember 200	9	0	ktober 2009)
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	210 504	219 443	416 087	187 996	190 240	366 101	204 784	206 142	396 962
111	darunter: Steuereinnahmen	187 264	165 894	353 158	164 480	141 264	305 744	179 728	152 995	332 72
112	Länderfinanzausgleich 1	-	-	-	-	-	-	-	-	
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	195 191 ³	52 451	247 643	201 397 ³	62 585	263 982	229 635 ³	72 117	301 752
12	Bereinigte Ausgabe ¹ für das laufende Haushaltsjahr	239 714	220 072	445 926	218 608	211 686	418 159	243 983	233 245	463 264
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	22 753	80 512	103 265	21 543	75 154	96 698	23 842	83 314	107 156
122	Bauausgaben	4220	3 099	7319	4 0 3 1	2 726	6 757	4721	3 250	7 97
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	- 56	- 56	-	- 343	-343	-	-307	- 30
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	189 664	65 842	255 506	182 202	56 666	238 868	205 356	65 309	270 66
13	Mehrein. (+), Mehrausg. (-) (Finanzierungssaldo)	-29 210	- 629	-29 839	-30 612	-21 446	-52 058	-39 199	-27 103	-66 30
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse / Landeshauptkassen ² Mehreinnahmen (+),	6 605	-14 106	-7 502	19 418	1 657	21 075	24 524	5 670	30 19
2	Mehrausgaben (-) des noch nicht									
21	abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	715	715	-	744	744	-	-	
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	1 903	1 903	-	-214	- 214	-	- 407	- 40
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	7 600	13 380	20980	17346	94184	111 530	13 516	102 146	115 66
32	Vorschüsse	-	27 805	27 805	-	99 618	99 618	-	107 451	107 45
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	14 444	14 444	-	15 553	15 553	-	16 040	1604
34	Saldo (31-32+33)	7 600	19	7619	17 346	10 119	27 465	13 516	10736	2425

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2009

						in Mio. €				
			Oktober 2008	8	Sep	tember 200	9	Oktober 2009		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-15 005	-12 098	-27 103	6 152	-9 139	-2 987	-1 159	-11 104	-12 26
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	15 006	6 630	21 636	-6 151	3 372	-2 779	1 161	2 431	3 59
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	212	212	-	-	
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	
55	Sonstige	-	60	60	-	200	200	-	300	30
56	Zusammen	15 006	6 690	21 696	-6 151	3 784	-2 367	1 161	2 731	3 89
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	1	-5 408	-5 408	1	-5 355	-5 354	3	-8 373	-8 37
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴ Nicht zum Bestand der	-	2 246	2 2 4 6	-	1 705	1 705	-	1 856	185
72	Bundeshauptkasse/Landeshaup tkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	3 415	3 415	-	2 056	2 056	-	2 350	235

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/ Nettokredittilgung.

³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung.

⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2009

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ⁷	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	26 145,6	31 634,9 ª	7 430,5	14 191,0	5 717,0	18 919,6	37 426,1	9 305,3	2 048,0
111	darunter: Steuereinnahmen	19 977,3	25 476,6	4 006,7	11 644,8	2 853,8	14377,0	30 819,3	6 755,8	1 682,3
12	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	437,0	-	424,8	199,5	17,0	285,9	72,5
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	5 827,0	7 023,8 ^b	2 738,5	3 834,9	614,2	6 040,9	17 941,5	5 522,6	1 205,5
12	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	28 521,5	39 735,4 °	7 939,6	16 644,6	5 386,6	20 229,6	42 574,8	11 031,1	2 992,4
21	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	12 064,6	14 061,6	1 776,4	6 279,3	1 262,5	7 614,0 ³	16 191,9 ³	4421,4	1 148,0
22	Bauausgaben	358,2	784,7	20,2	386,5	139,7	197,0	122,9	27,3	4,2
23	Länderfinanzausgleich ¹	1 894,0	2 966,5	-	1 198,9	-	-	144,1	-	-
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	6 060,5	2 513,1	3 825,0	3 835,2	1341,9	6 189,7	14 790,4	5 628,7	622,3
13	Mehrein.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)	-2 375,9	-8 100,5 ^e	- 509,1	-2 453,7	330,4	-1 310,0	-5 148,7	-1 725,8	- 944,3
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkassen ²	650,2	4327,7	- 860,4	-92,0	- 698,1	- 129,8	3 062,6	-97,6	580,1
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	603,8	-2 129,4	-	-	-	-	-	-	-
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	4 273,3	1 071,4	481,7	1 072,7	114,0	285,4	1 277,4	2 890,3	393,6
32	Vorschüsse	3 998,4	2 861,4	71,8	171,1	1,0	719,2	76,7	1 704,0	0,8
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	817,2	7 692,2	-	670,5	561,8	2 383,3	404,6	2,1	13,6
34	Saldo (31-32+33)	1 092,1	5 902,2	409,9	1 572,1	674,8	1 949,5	1 605,3	1 188,3	406,5
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 29,8	0,0	- 959,6	-973,6	307,1	509,7	- 480,7	- 635,0	42,3

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2009

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ⁷	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	531,9	835,0	-	-	110,0	636,0	116,2
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	300,0	-	-	-	-	-
56	Zusammen	-	-	531,9	1 135,0	-	-	110,0	636,0	116,2
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 29,8	0,0	- 427,7	161,4	307,1	509,7	- 370,7	1,0	158,5
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	-	-	-	-	-	1 855,7	-	-	-
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes- hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	-	2 383,3	362,9	-	-

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

 $^{{}^2 \} Haushalts technische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.$

³ Ohne Oktober-Bezüge.

 $^{^4}$ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen.

 $^{^{5}\,\}mathrm{SH}$ - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.

⁶ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

⁷ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 15,3 Mio. €, b 6 203,8 Mio. €, c 7 037,2 Mio. €, d 250,0 Mio. €; e Der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt - 1 078,6 Mio. €.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2009

					in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	12 826,8	7 497,4	6 497,0	7 214,2	15 655,7	2 682,5	7 521,3	206 141,6
111	darunter: Steuereinnahmen	7 037,2	4027,0	4 954,8	3 878,8	7 669,6	1 633,8	6 200,4	152 995,2
112	Länderfinanzausgleich ¹	901,4	493,0	170,7	496,1	2 654,1	419,3	-	-
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	-2 210,2	4 050,0	3 121,8	1 445,0	10821,6	4368,9	- 228,8	72 117,2
12	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	12 454,8	7 960,7	7 399,7	7 528,1	17 256,3	3 478,7	8 682,0	233 244,6
121	darunter: Personalausgaben (incl. Versorgung)	2 795,1	1 853,6	2813,7	1 822,1	5 390,3	1 117,8	2 701,4	83 313,7
122	Bauausgaben	432,1	101,8	89,8	148,4	152,3	32,2	253,0	3 250,3
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	60,5	- 307,3
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 070,5	3 671,1	2 365,3	1 414,8	7 694,6	4 285,8	-	65 308,9
13	Mehrein.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)	372,0	- 463,3	- 902,7	- 313,9	-1 600,6	- 796,2	-1 160,7	-27 103,0
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-		
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen²	-3 431,5	409,5	469,2	29,4	1 631,1	43,7	- 224,2	5 669,9
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	-	-	-	
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist- Abschluss)	1 118,7	-	-	-	-	-	-	- 406,9
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	660,7	489,3	0,0	-309,0	- 390,9	89,1	89 747,0	102 146,0
32	Vorschüsse	2 008,6	250,8	0,0	50,3	-	76,0	95 460,5	107 450,6
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 211,8	36,9	0,0	319,8	367,4	346,7	- 787,6	16 040,3
34	Saldo (31-32+33)	1 863,9	275,5	0,0 5	- 39,5	- 23,5	359,8	-6 501,1	10 735,8
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 76,9	221,7	- 433,5	-324,0	7,0	- 392,7	-7 886,0	-11 104,0

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2009

					in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	- 255,6	-	-	4,9	384,0	69,0	2 431,4
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	300,0
56	Zusammen	-	- 255,6	-	-	4,9	384,0	69,0	2 731,4
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 76,9	- 33,9	- 433,5	- 324,0	11,9	- 8,7	-7 817,0	-8 372,6
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁴	-	-	-	-	-	-	-	1 855,7
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	367,4	23,9	- 787,6	2 349,9

 $^{^1 \}text{In der L\"{a}} \text{nder summe ohne Zuweisungen von L\"{a}} \text{nder n im L\"{a}} \text{nder fin anzausgleich.}$

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

³ Ohne Oktober-Bezüge.

 $^{^4 {\}rm Minus betr\"{a}ge}\ {\rm beruhen}\ {\rm auf}\ {\rm sp\"{a}ter}\ {\rm erfolgten}\ {\rm Buchungen}.$

 $^{^5\,\}mathrm{SH}$ - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.

⁶ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

⁷ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 15,3 Mio. €, b 6 203,8 Mio. €, c 7 037,2 Mio. €, d 250,0 Mio. €;

e Der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt - 1078,6 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

					Erwerbslosen-	Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	Investitions-
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,6		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,8	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,2	2,5	2,9	18,2
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,8	0,7	18,8
2008	40,3	1,4	52,8	3,1	7,2	1,3	-0,1	0,0	19,0
2003/98	38,8	0,4	51,2	3,5	8,3	1,2	0,8	1,7	20,0
2008/03	39,3	0,8	52,3	3,9	9,1	1,8	1,0	1,1	18,1

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^4\,{\}rm Anteil}\,{\rm der}\,{\rm Bruttoan lage investitionen}\,{\rm am}\,{\rm Bruttoin landsprodukt}\,({\rm nominal}).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten ²
Jahr			\	/eränderung in % p	o.a.		
1991							
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,5	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,4	0,6	-1,4	1,2	1,4	1,6	-0,8
2006	3,7	0,5	-1,3	1,0	1,1	1,6	-1,6
2007	4,4	1,9	0,4	1,9	1,8	2,3	0,1
2008	2,8	1,5	-0,8	1,9	2,2	2,6	2,2
2003/98	1,9	0,7	-0,3	0,8	1,1	1,3	0,6
2008/03	2,9	1,1	-0,7	1,4	1,6	1,9	-0,1

 $^{^{1}} Ohne\ private\ Organisation en\ ohne\ Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,5	8,9	118,9	116,8	41,1	35,8	5,3	5,2
2006	14,4	14,9	132,5	154,4	45,4	39,7	5,7	6,6
2007	8,0	4,9	171,7	192,7	46,9	39,9	7,1	7,9
2008	3,5	5,8	155,7	165,6	47,3	41,0	6,2	6,6
2003/98	6,5	5,0	46,3	4,3	32,9	30,7	2,2	0,2
2008/03	8,9	8,4	129,6	130,1	42,5	36,9	5,6	5,6

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnq		Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer)³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Jahr	Ve	eränderung in % p.	a.	in	%	Veränderu	ng in % p.a.
1991			•	71,0	71,0		
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0
2005	1,3	5,5	-0,6	66,7	68,3	0,3	-1,0
2006	4,9	11,4	1,7	64,6	66,2	0,9	-1,3
2007	3,5	4,8	2,8	64,2	65,7	1,6	-0,5
2008	2,5	0,2	3,7	65,0	66,4	2,3	-0,6
2003/98	1,8	1,5	1,9	71,3	72,2	1,5	0,6
2008/03	3,3	7,2	1,6	66,5	68,0	1,1	-0,5

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche	Veränderu	ngen in %				
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	0,8	3,2	2,5	1,3	- 5,0	1,2	1,7
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,8	2,8	2,9	1,0	- 2,9	0,6	1,5
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	2,2	4,5	4,5	2,0	- 1,1	- 0,3	0,7
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,6	4,0	3,6	0,9	- 3,7	- 0,8	1,0
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	1,9	2,2	2,3	0,4	- 2,2	1,2	1,5
Irland	3,1	7,6	9,8	9,4	6,2	5,4	6,0	-3,0	- 7,5	- 1,4	2,6
Italien	2,8	2,1	2,8	3,7	0,7	2,0	1,6	- 1,0	- 4,7	0,7	1,4
Zypern	-	-	9,9	5,0	3,9	4,1	4,4	3,7	- 0,7	0,1	1,3
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	5,4	5,6	6,5	0,0	- 3,6	1,1	1,8
Malta	_	-	6,2	6,4	4,1	3,8	3,7	2,1	- 2,2	0,7	1,6
Niederlande	2,3	4,2	3,1	3,9	2,0	3,4	3,6	2,0	- 4,5	0,3	1,6
Österreich	2,5	4,2	2,5	3,7	2,5	3,5	3,5	2,0	- 3,7	1,1	1,5
Portugal	1,6	7,9	2,3	3,9	0,9	1,4	1,9	0,0	- 2,9	0,3	1,0
Slowakei	-	-	5,8	1,4	6,5	8,5	10,4	6,4	- 5,8	1,9	2,6
Slowenien	-	-	4,1	4,4	4,5	5,8	6,8	3,5	- 7,4	1,3	2,0
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,1	2,8	4,9	4,2	1,0	- 6,9	0,9	1,6
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,9	1,7	3,0	2,8	0,6	- 4,0	0,7	1,5
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	6,2	6,3	6,2	6,0	- 5,9	- 1,1	3,1
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	2,4	3,3	1,6	- 1,2	- 4,5	1,5	1,8
Estland	-	-	4,5	9,6	9,4	10,0	7,2	-3,6	- 13,7	-0,1	4,2
Lettland	_	-	- 0,9	6,9	10,6	12,2	10,0	- 4,6	- 18,0	-4,0	2,0
Litauen	-	_	3,3	3,3	7,8	7,8	9,8	2,8	- 18,1	- 3,9	2,5
Polen	-	_	7,0	4,3	3,6	6,2	6,8	5,0	1,2	1,8	3,2
Rumänien	-	_	7,1	2,4	4,2	7,9	6,3	6,2	- 8,0	0,5	2,6
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	3,3	4,2	2,6	-0,2	- 4,6	1,4	2,1
Tschechien	_	_	5,9	3,6	6,3	6,8	6,1	2,5	- 4,8	0,8	2,3
Ungarn	-	_	1,5	5,2	3,5	4,0	1,0	0,6	- 6,5	- 0,5	3,1
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,1	3,9	2,2	2,9	2,6	0,6	- 4,6	0,9	1,9
EU	2,5	3,0	2,5	3,9	2,0	3,2	2,9	0,8	- 4,1	0,7	1,6
Japan	6,3	5,6	1,9	2,9	1,9	2,0	2,3	- 0,7	- 5,9	1,1	0,4
USA	4,1	1,9	2,5	4,2	3,1	2,7	2,1	0,4	- 2,5	2,2	2,0

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2008. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land			jährlich	e Veränderunger	nin%		
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	1,9	1,8	2,3	2,8	0,3	0,8	1,0
Belgien	2,5	2,3	1,8	4,5	0,0	1,3	1,5
Griechenland	3,5	3,3	3,0	4,2	1,2	1,4	2,1
Spanien	3,4	3,6	2,8	4,1	-0,4	0,8	2,0
Frankreich	1,9	1,9	1,6	3,2	0,1	1,1	1,4
Irland	2,2	2,7	2,9	3,1	- 1,5	- 0,6	1,0
Italien	2,2	2,2	2,0	3,5	0,8	1,8	2,0
Zypern	2,0	2,2	2,2	4,4	0,8	3,1	2,5
Luxemburg	3,8	3,0	2,7	4,1	0,0	1,8	1,7
Malta	2,5	2,6	0,7	4,7	2,0	2,0	2,2
Niederlande	1,5	1,7	1,6	2,2	1,1	0,9	1,2
Österreich	2,1	1,7	2,2	3,2	0,5	1,3	1,6
Portugal	2,1	3,0	2,4	2,7	- 1,0	1,3	1,4
Slowakei	2,8	4,3	1,9	3,9	1,1	1,9	2,5
Slowenien	2,5	2,5	3,8	5,5	0,9	1,7	2,0
Finnland	0,8	1,3	1,6	3,9	1,8	1,6	1,5
Euroraum	2,2	2,2	2,1	3,3	0,3	1,1	1,5
Bulgarien	6,0	7,4	7,6	12,0	2,4	2,3	2,9
Dänemark	1,7	1,9	1,7	3,6	1,1	1,5	1,8
Estland	4,1	4,4	6,7	10,6	0,2	0,5	2,1
Lettland	6,9	6,6	10,1	15,3	3,5	-3,7	- 1,2
Litauen	2,7	3,8	5,8	11,1	3,9	-0,7	1,0
Polen	2,2	1,3	2,6	4,2	3,9	1,9	2,0
Rumänien	9,1	6,6	4,9	7,9	5,7	3,5	3,4
Schweden	0,8	1,5	1,7	3,3	1,9	1,7	1,7
Tschechien	1,6	2,1	3,0	6,3	0,6	1,5	1,8
Ungarn	3,5	4,0	7,9	6,0	4,3	4,0	2,5
Vereinigtes Königreich	2,1	2,3	2,3	3,6	2,0	1,4	1,6
EU	2,3	2,3	2,4	3,7	1,0	1,3	1,6
Japan	- 0,3	0,3	0,0	1,4	-1,2	-0,4	0,3
USA	3,4	3,2	2,8	3,8	- 0,5	0,8	0,1

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land					in % der zivil	en Erwerbs	bevölkerun	g			
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	10,7	9,8	8,4	7,3	7,7	9,2	9,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	8,3	7,5	7,0	8,2	9,9	10,3
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,9	8,3	7,7	9,0	10,2	11,0
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	8,5	8,3	11,3	17,9	20,0	20,5
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	9,2	8,4	7,8	9,5	10,2	10,0
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,4	4,5	4,6	6,0	11,7	14,0	13,2
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,8	6,1	6,8	7,8	8,7	8,7
Zypern	-	-	2,6	4,9	5,3	4,6	4,0	3,6	5,6	6,6	6,7
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,6	4,2	4,9	6,2	7,3	7,7
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,2	7,1	6,4	5,9	7,1	7,4	7,3
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	4,7	3,9	3,2	2,8	3,4	5,4	6,0
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	3,8	5,5	6,0	5,7
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	7,7	7,8	8,1	7,7	9,0	9,0	8,9
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	13,4	11,1	9,5	12,3	12,8	12,6
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	6,0	4,9	4,4	6,7	8,3	8,5
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	7,7	6,9	6,4	8,5	10,2	9,9
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,3	9,0	8,3	7,5	7,5	9,5	10,7	10,9
Bulgarien	-	-	12,7	16,4	10,1	9,0	6,9	5,6	7,0	8,0	7,2
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,9	3,8	3,3	4,5	5,8	5,6
Estland	-	_	9,7	12,8	7,9	5,9	4,7	5,5	13,6	15,2	14,2
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	6,8	6,0	7,5	16,9	19,9	18,7
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	5,6	4,3	5,8	14,5	17,6	18,2
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	13,9	9,6	7,1	8,4	9,9	10,0
Rumänien	-	_	6,1	7,3	7,2	7,3	6,4	5,8	9,0	8,7	8,5
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,4	7,0	6,1	6,2	8,5	10,2	10,1
Tschechien	_	-	3,9	8,7	7,9	7,2	5,3	4,4	6,9	7,9	7,4
Ungarn	-	_	10,0	6,4	7,2	7,5	7,4	7,8	10,5	11,3	10,5
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,4	5,3	5,6	7,8	8,7	8,0
EU	9,4	7,2	10,0	7,7	8,9	8,2	7,1	7,0	9,1	10,3	10,2
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	5,8	6,3	7,0
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	4,6	4,6	5,8	9,2	10,1	10,2

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2009. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

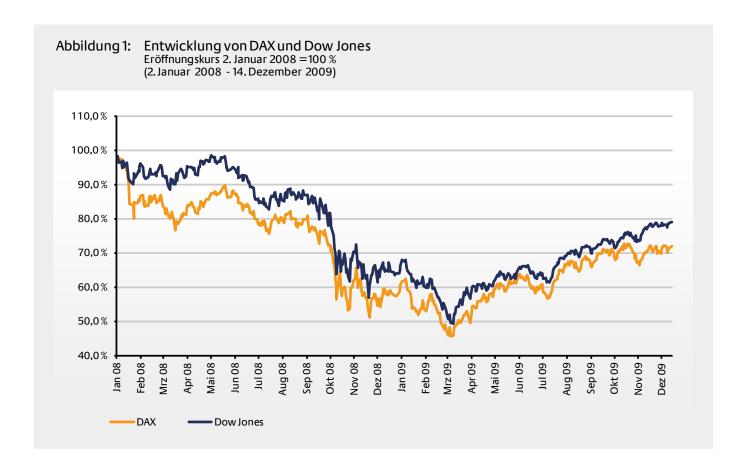
Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoi	inlandspro	odukt		Verbrauc	herpreise			Leistun	gsbilanz	
			Verände	erung geg	enüber Vo	rjahr in %					nominalen ndprodukt	s
	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	8,6	5,5	-6,7	2,1	9,7	15,6	11,8	9,4	4,2	4,9	2,9	4,4
darunter												
Russische Föderation	8,1	5,6	-7,5	1,5	9,0	14,1	12,3	9,9	5,9	6,1	3,6	4,5
Ukraine	7,9	2,1	-14,0	2,7	12,8	25,2	16,3	10,3	-3,7	-7,2	0,4	0,2
Asien	10,6	7,6	6,2	7,3	5,4	7,5	3,0	3,4	7,0	5,9	5,0	5,2
darunter												
China	13,0	9,0	8,5	9,0	4,8	5,9	-0,1	0,6	11,0	9,8	7,8	8,6
Indien	9,4	7,3	5,4	6,4	6,4	8,3	8,7	8,4	-1,0	-2,2	-2,2	-2,5
Indonesien	6,3	6,1	4,0	4,8	6,0	9,8	5,0	6,2	2,4	0,1	0,9	0,5
Korea	5,1	2,2	-1,0	3,6	2,5	4,7	2,6	2,5	0,6	-0,7	3,4	2,2
Thailand	4,9	2,6	-3,5	3,7	2,2	5,5	-1,2	2,1	5,7	-0,1	4,9	2,7
Lateinamerika	5,7	4,2	-2,5	2,9	5,4	7,9	6,1	5,2	0,4	-0,7	-0,8	-0,9
darunter												
Argentinien	8,7	6,8	-2,5	1,0	8,8	8,6	5,6	5,0	1,6	1,4	4,4	4,9
Brasilien	5,7	5,1	-0,7	3,5	3,6	5,7	4,8	4,1	0,1	-1,8	-1,3	-1,9
Chile	4,7	3,2	-1,7	4,0	4,4	8,7	2,0	2,3	4,4	-2,0	0,7	-0,4
Mexiko	3,3	1,3	-7,3	3,3	4,0	5,1	5,4	3,5	-0,8	-1,4	-1,2	-1,3
Sonstige												
Türkei	4,7	0,9	-6,5	3,7	8,8	10,4	6,2	6,8	-5,8	-5,7	-1,9	-3,7
Südafrika	5,1	3,1	-2,2	1,7	7,1	11,5	7,2	6,2	-7,3	-7,4	-5,0	-6,5

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2009 in veröffentlichter Form.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9:	Übersicht Weltfinan	zmärkta
Tabelle 9:	Opersicit weitilial	ızıllalkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.12.2009	2008	zu Ende 2008	2008/2009	2008/2009
Dow Jones	10 501	8 776	19,65	6 547	13 058
Eurostoxx 50	2 885	2 451	17,68	1 810	4 3 3 9
Dax	5 802	4810	20,62	3 666	7 949
CAC 40	3 830	3 218	19,03	2 5 1 9	5 550
Nikkei	10 106	8 860	14,07	7 055	14 691
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	14.12.2009	2008	US-Bond	2008/2009	2008 2009
USA	3,59	2,23	-	2,07	4,33
Deutschland	3,18	2,95	-0,41	2,91	4,68
Japan	1,31	1,18	-2,28	1,18	1,89
Vereinigtes Königreich	3,87	3,06	0,28	2,99	5,31
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.12.2009	2008	zu Ende 2008	2008/2009	2008/2009
Dollar/Euro	1,46	1,39	5,25	1,25	1,60
Yen/Dollar	88,70	90,23	-1,69	87,35	111,90
Yen/Euro	129,55	126,14	2,70	113,65	169,75
Pfund/Euro	0,90	0,95	-5,45	0,74	0,98

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Deutschland													
EU-KOM	1,3	-5,0	1,2	1,7	2,8	0,3	0,8	1,0	7,3	7,7	9,2	9,3	
OECD	1,0	-4,9	1,4	1,9	2,8	0,2	1,0	0,8	7,2	7,6	9,2	9,7	
IWF	1,2	-5,3	0,3	-	2,8	0,1	0,2	-	7,4	8,0	10,7	-	
USA													
EU-KOM	0,4	-2,5	2,2	2,0	3,8	-0,5	0,8	0,1	5,8	9,2	10,1	10,2	
OECD	0,4	-2,5	2,5	2,8	3,8	-0,4	1,7	1,3	5,8	9,2	9,9	9,1	
IWF	0,4	-2,7	1,5	-	3,8	-0,4	1,7	-	5,8	9,3	10,1	-	
Japan													
EU-KOM	-0,7	-5,9	1,1	0,4	1,4	-1,2	-0,4	0,3	4,0	5,8	6,3	7,0	
OECD	-0,7	-5,3	1,8	2,0	1,4	-1,2	-0,9	-0,5	4,0	5,2	5,6	5,4	
IWF	-0,7	-5,4	1,7	-	1,4	-1,1	-0,8	-	4,0	5,4	6,1	-	
Frankreich													
EU-KOM	0,4	-2,2	1,2	1,5	3,2	0,1	1,1	1,4	7,8	9,5	10,2	10,0	
OECD	0,3	-2,3	1,4	1,7	3,2	0,1	1,0	0,6	7,4	9,1	9,9	10,1	
IWF	0,3	-2,4	0,9	-	3,2	0,3	1,1	-	7,9	9,5	10,3	-	
Italien													
EU-KOM	-1,0	-4,7	0,7	1,4	3,5	0,8	1,8	2,0	6,8	7,8	8,7	8,7	
OECD	-1,0	-4,8	1,1	1,5	3,5	0,7	0,9	0,8	6,8	7,6	8,5	8,7	
IWF	-1,0	-5,1	0,2	-	3,5	0,7	0,9	-	6,8	9,1	10,5	-	
Vereingtes Königreich													
EU-KOM	0,6	-4,6	0,9	1,9	3,6	2,0	1,4	1,6	5,6	7,8	8,7	8,0	
OECD	0,6	-4,7	1,2	2,2	3,6	2,1	1,7	0,5	5,7	8,0	9,3	9,5	
IWF	0,7	-4,4	0,9	-	3,6	1,9	1,5	-	5,5	7,6	9,3	-	
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	0,4	-2,7	2,0	3,0	2,4	0,4	1,3	1,0	6,1	8,3	8,7	8,1	
IWF	0,4	-2,5	2,1	-	2,4	0,1	1,3	-	6,2	8,3	8,6	-	
Euroraum													
EU-KOM	0,6	-4,0	0,7	1,5	3,3	0,3	1,1	1,5	7,5	9,5	10,7	10,9	
OECD	0,5	-4,0	0,9	1,7	3,3	0,2	0,9	0,7	7,5	9,4	10,6	10,8	
IWF	0,7	-4,2	0,3	-	3,3	0,3	0,8	-	7,6	9,9	11,7	-	
EZB	0,6	-4,1	-0,7	-	3,3	0,4	1,2	-	-	-	-	-	
EU-27													
EU-KOM	0,8	-4,1	0,7	1,6	3,7	1,0	1,3	1,6	7,0	9,1	10,3	10,2	
IWF	1,0	-4,2	0,5	-	3,7	0,9	1,1	-	-	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

 ${\sf OECD: Wirtschaftsausblick,\ November\ 2009.}$

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2009.$

 $EZB: ECB\ Staff\ Macroeconomic\ Projections\ for\ the\ Euro\ Area; Sept.\ 2009\ (nur\ BIP\ u.\ Verbraucherpreise\ sowie\ nur\ f\"ur\ den\ Euroraum).$

Stand: Dezember 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real) 2008 2009 2010 201					Verbraud	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Belgien												
EU-KOM	1,0	-2,9	0,6	1,5	4,5	0,0	1,3	1,5	7,0	8,2	9,9	10,3
OECD	0,8	-3,1	0,8	1,7	4,5	-0,1	1,0	0,9	7,0	7,9	8,9	9,2
IWF	1,0	-3,2	0,0	-	4,5	0,2	1,0	-	7,0	8,7	9,9	-
Finnland												
EU-KOM	1,0	-6,9	0,9	1,6	3,9	1,8	1,6	1,5	6,4	8,5	10,2	9,9
OECD	0,8	-6,9	0,4	2,4	3,9	1,7	1,5	1,4	6,4	8,3	9,7	9,7
IWF	1,0	-6,4	0,9	-	3,9	1,0	1,1	-	6,4	8,7	9,8	-
Griechenland												
EU-KOM	2,0	-1,1	-0,3	0,7	4,2	1,2	1,4	2,1	7,7	9,0	10,2	11,0
OECD	2,0	-1,1	-0,7	1,6	4,2	1,2	2,0	1,6	7,7	9,3	10,4	10,4
IWF	2,9	-0,8	-0,1		4,2	1,1	1,7	-	7,6	9,5	10,5	-
Irland												
EU-KOM	-3,0	-7,5	-1,4	2,6	3,1	-1,5	-0,6	1,0	6,0	11,7	14,0	13,2
OECD	-3,0	-7,5	-2,3	1,0	3,1	-1,7	-0,7	0,4	6,0	11,9	14,0	13,8
IWF	-3,0	-7,5	-2,5	-	3,1	-1,6	-0,3	-	6,1	12,0	15,5	-
Luxemburg												
EU-KOM	0,0	-3,6	1,1	1,8	4,1	0,0	1,8	1,7	4,9	6,2	7,3	7,7
OECD	0,0	-3,9	2,4	3,4	4,1	-0,1	1,6	1,0	4,4	5,9	7,1	7,5
IWF	0,7	-4,8	-0,2	-	3,4	0,2	1,8	-	4,4	6,8	6,0	-
Malta												
EU-KOM	2,1	-2,2	0,7	1,6	4,7	2,0	2,0	2,2	5,9	7,1	7,4	7,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	2,1	-2,1	0,5	-	4,7	2,1	1,9	-	5,8	7,3	7,6	-
Niederlande												
EU-KOM	2,0	-4,5	0,3	1,6	2,2	1,1	0,9	1,2	2,8	3,4	5,4	6,0
OECD	2,0	-4,3	0,7	2,0	2,2	0,9	0,3	0,7	2,9	3,7	5,2	5,5
IWF	2,0	-4,2	0,7	-	2,2	0,9	1,0	-	2,8	3,8	6,6	-
Österreich												
EU-KOM	2,0	-3,7	1,1	1,5	3,2	0,5	1,3	1,6	3,8	5,5	6,0	5,7
OECD	1,9	-3,8	0,9	2,2	3,2	0,3	0,6	1,0	4,9	5,8	7,1	7,3
IWF	2,0	-3,8	0,3	-	3,2	0,5	1,0	-	3,9	5,3	6,4	-
Portugal												
EU-KOM	0,0	-2,9	0,3	1,0	2,7	-1,0	1,3	1,4	7,7	9,0	9,0	8,9
OECD	0,0	-2,8	0,8	1,5	2,7	-0,9	0,7	1,0	7,6	9,2	10,1	9,9
IWF	0,0	-3,0	0,4	-	2,7	-0,6	1,0	-	7,6	9,5	11,0	-

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Slowakei												
EU-KOM	6,4	-5,8	1,9	2,6	3,9	1,1	1,9	2,5	9,5	12,3	12,8	12,6
OECD	6,4	-5,8	2,0	4,2	3,9	1,0	1,7	2,4	9,6	11,6	12,7	12,5
IWF	6,4	-4,7	3,7	-	4,6	1,5	2,3	-	9,6	10,8	10,3	-
Slowenien												
EU-KOM	3,5	-7,4	1,3	2,0	5,5	0,9	1,7	2,0	4,4	6,7	8,3	8,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,5	-4,7	0,6	-	5,7	0,5	1,5	-	4,4	6,2	6,1	-
Spanien												
EU-KOM	0,9	-3,7	-0,8	1,0	4,1	-0,4	0,8	2,0	11,3	17,9	20,0	20,5
OECD	0,9	-3,6	-0,3	0,9	4,1	-0,4	0,8	-0,1	11,3	18,1	19,3	19,0
IWF	0,9	-3,8	-0,7	-	4,1	-0,3	0,9	-	11,3	18,2	20,2	-
Zypern												
EU-KOM	3,7	-0,7	0,1	1,3	4,4	0,8	3,1	2,5	3,6	5,6	6,6	6,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,6	-0,5	0,8	-	4,4	0,4	1,2	-	3,7	5,6	5,9	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 \,\&\, Regional er\, Wirts chafts ausblick\, Europa, Oktober 2009.$

Stand: Dezember 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Bulgarien												
EU-KOM	6,0	-5,9	-1,1	3,1	12,0	2,4	2,3	2,9	5,6	7,0	8,0	7,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,0	-6,5	-2,5	-	12,0	2,7	1,6	-	-	-	-	-
Dänemark												
EU-KOM	-1,2	-4,5	1,5	1,8	3,6	1,1	1,5	1,8	3,3	4,5	5,8	5,6
OECD	-1,2	-4,5	1,3	1,8	3,4	1,3	1,4	1,6	3,3	5,9	6,9	6,2
IWF	-1,2	-2,4	0,9	-	3,4	1,7	2,0	-	1,7	3,5	4,2	-
Estland												
EU-KOM	-3,6	-13,7	-0,1	4,2	10,6	0,2	0,5	2,1	5,5	13,6	15,2	14,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,6	-14,0	-2,6	-	10,4	0,0	-0,2	-	-	-	-	-
Lettland												
EU-KOM	-4,6	-18,0	-4,0	2,0	15,3	3,5	-3,7	-1,2	7,5	16,9	19,9	18,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,6	-18,0	-4,0	-	15,3	3,1	-3,5	-	-	-	-	-
Litauen												
EU-KOM	2,8	-18,1	-3,9	2,5	11,1	3,9	-0,7	1,0	5,8	14,5	17,6	18,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,0	-18,5	-4,0	-	11,1	3,5	-2,9	-	-	-	-	-
Polen												
EU-KOM	5,0	1,2	1,8	3,2	4,2	3,9	1,9	2,0	7,1	8,4	9,9	10,0
OECD	5,0	1,4	2,5	3,1	4,2	3,5	2,2	1,9	7,1	8,4	9,6	9,6
IWF	4,9	1,0	2,2	-	4,2	3,4	2,6	-	-	-	-	-
Rumänien												
EU-KOM	6,2	-8,0	0,5	2,6	7,9	5,7	3,5	3,4	5,8	9,0	8,7	8,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	7,1	-8,5	0,5	-	7,8	5,5	3,6	-	-	-	-	-
Schweden												
EU-KOM	-0,2	-4,6	1,4	2,1	3,3	1,9	1,7	1,7	6,2	8,5	10,2	10,1
OECD	-0,4	-4,7	2,0	3,0	3,4	-0,3	1,4	3,2	6,2	8,2	10,3	10,1
IWF	-0,2	-4,8	1,2	-	3,3	2,2	2,4	-	6,2	8,5	8,2	-
Tschechien												
EU-KOM	2,5	-4,8	0,8	2,3	6,3	0,6	1,5	1,8	4,4	6,9	7,9	7,4
OECD	2,6	-4,4	2,0	2,8	6,3	1,1	1,4	2,0	4,4	6,9	8,4	7,9
IWF	2,7	-4,3	1,3	-	6,3	1,0	1,1	-	4,4	7,9	9,8	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Ungarn												
EU-KOM	0,6	-6,5	-0,5	3,1	6,0	4,3	4,0	2,5	7,8	10,5	11,3	10,5
OECD	0,6	-6,9	-1,0	3,1	6,0	4,5	4,0	3,0	7,9	9,9	10,3	9,3
IWF	0,6	-6,7	-0,9	-	6,1	4,5	4,1	-	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2009.$

Stand: Dezember 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Deutschland												
EU-KOM	0,0	-3,4	-5,0	-4,6	65,9	73,1	76,7	79,7	6,6	4,0	3,8	3,7
OECD	0,0	-3,2	-5,3	-4,6	-	-	-	85,0	6,6	4,0	4,5	5,4
IWF	-0,1	-4,2	-4,6	-	67,1	78,7	84,5	-	6,4	2,9	3,6	-
USA												
EU-KOM	-6,4	-11,3	-13,0	-13,1	70,7	64,8	75,1	87,3	-4,9	-2,9	-3,4	-3,3
OECD	-6,5	-11,2	-10,7	-9,4	70,0	83,9	92,4	99,5	-4,9	-3,0	-3,4	-3,7
IWF	-5,9	-12,5	-10,0	-	70,4	84,8	93,6	-	-4,9	-2,6	-2,2	
Japan												
EU-KOM	-3,8	-8,0	-8,9	-9,1	173,1	189,8	197,6	206,0	3,2	1,8	2,0	1,0
OECD	-2,7	-7,4	-8,2	-9,4	172,1	189,3	197,2	204,3	3,2	2,5	2,8	2,8
IWF	-5,8	-10,5	-10,2	-	196,6	218,6	227,0	-	3,2	1,9	2,0	
Frankreich												
EU-KOM	-3,4	-8,3	-8,2	-7,7	67,4	76,1	82,5	87,6	-3,3	-2,3	-2,2	-2,4
OECD	-3,4	-8,2	-8,6	-8,0	-	-	-	99,0	-2,3	-2,1	-2,1	-2,1
IWF	-3,4	-7,0	-7,1	-	67,5	76,7	82,6	-	-2,3	-1,2	-1,4	
Italien												
EU-KOM	-2,7	-5,3	-5,3	-5,1	105,8	114,6	116,7	117,8	-3,0	-2,4	-2,4	-2,4
OECD	-2,7	-5,5	-5,4	-5,1	-	-	-	130,0	-3,4	-2,7	-2,3	-2,2
IWF	-2,7	-5,6	-5,6	-	105,7	115,8	120,1	-	-3,4	-2,5	-2,3	
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-5,0	-12,1	-12,9	-11,1	52,0	68,6	80,3	88,2	-1,6	-2,4	-1,6	-0,9
OECD	-5,3	-12,6	-13,3	-12,5	-	-	-	94,0	-1,6	-2,6	-2,4	-2,0
IWF	-5,1	-11,6	-13,2	-	52,0	68,7	81,7	-	-1,7	-2,0	-1,9	
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	0,1	-4,8	-5,2	-4,5	-	-	-	89,0	0,5	-2,9	-3,4	-3,4
IWF	0,1	-4,9	-4,1	-	62,7	78,2	79,3	-	0,5	-2,6	-1,8	
Euroraum												
EU-KOM	-2,0	-6,4	-6,9	-6,5	69,3	78,2	84,0	88,2	-0,8	-0,7	-0,5	-0,5
OECD	-2,0	-6,1	-6,7	-6,2	73,2	81,8	88,3	93,2	-0,8	-0,6	-0,1	0,3
IWF	-1,8	-6,2	-6,6	-	69,2	80,0	86,3	-	-0,7	-0,7	-0,3	
EU-27												
EU-KOM	-2,3	-6,9	-7,5	-6,9	61,5	73,0	79,3	83,7	-1,1	-0,7	-0,5	-0,4
IWF	-2,3	-6,9	-7,5	-	-	-	-	-	-1,1	-0,8	-0,5	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009\ \&\ Regionaler\ Wirts chafts ausblick\ Europa, Oktober 2009.$

Stand: Dezember 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	te		Leistung	sbilanzsald)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Belgien												
EU-KOM	-1,2	-5,9	-5,8	-5,8	89,8	97,2	101,2	104,0	0,2	0,6	0,9	0,8
OECD	-1,2	-5,7	-5,6	-5,2	-	-	-	108,0	-2,5	-0,8	-0,6	-0,5
IWF	-1,2	-5,8	-6,3	-	-	-	-	-	-2,5	-1,0	-0,9	-
Finnland												
EU-KOM	4,5	-2,8	-4,5	-4,3	34,1	41,3	47,4	52,7	2,6	1,1	1,2	1,3
OECD	4,4	-2,3	-4,8	-5,2	-	-	-	63,0	2,8	0,8	0,9	0,9
IWF	4,4	-2,9	-4,2	-	-	-	-	-	2,4	0,5	2,0	-
Griechenland												
EU-KOM	-7,7	-12,7	-12,2	-12,8	99,2	112,6	124,9	135,4	-13,8	-8,8	-7,9	-7,7
OECD	-7,8	-12,7	-9,8	-10,0	-	-	-	130,0	-14,6	-11,1	-10,0	-10,1
IWF	-5,0	-6,4	-7,1	-	-	-	-	-	-14,4	-10,0	-9,0	-
Irland												
EU-KOM	-7,2	-12,5	-14,7	-14,7	44,1	65,8	82,9	96,2	-5,1	-3,1	-1,8	-1,5
OECD	-7,2	-12,2	-12,2	-11,6	-	-	-	93,0	-5,4	-2,8	-2,0	-0,6
IWF	-7,3	-12,1	-13,3	-	-	-	-	-	-5,2	-1,7	0,6	-
Luxemburg												
EU-KOM	2,5	-2,2	-4,2	-4,2	13,5	15,0	16,4	17,7	5,5	9,4	11,2	12,2
OECD	2,5	-2,3	-4,3	-3,6	-	-	-	31,0	5,5	1,9	1,5	2,9
IWF	1,4	-3,4	-4,4	-	-	-	-	-	9,1	7,6	7,0	-
Malta												
EU-KOM	-4,7	-4,5	-4,4	-4,3	63,8	68,5	70,9	72,5	-5,6	-3,2	-2,8	-2,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,7	-4,5	-4,4	-	-	-	-	-	-5,6	-6,1	-6,1	-
Niederlande												
EU-KOM	0,7	-4,7	-6,1	-5,6	58,2	59,8	65,6	69,7	4,2	3,1	3,1	3,9
OECD	0,7	-4,5	-5,9	-5,3	-	-	-	82,0	4,8	6,3	7,2	7,7
IWF	0,9	-3,8	-5,7	-	-	-	-	-	7,5	7,0	6,8	
Österreich												
EU-KOM	-0,4	-4,3	-5,5	-5,3	62,6	69,1	73,9	77,0	3,6	1,5	1,4	1,8
OECD	-0,5	-4,3	-5,5	-5,8	-	-	-	82,0	3,2	1,9	2,2	2,6
IWF	-0,5	-4,2	-5,6	-	-	-	-	-	3,5	2,1	2,0	-
Portugal												
EU-KOM	-2,7	-8,0	-8,0	-8,7	66,3	77,4	84,6	91,1	-12,1	-10,2	-10,2	-10,2
OECD	-2,8	-6,7	-7,6	-7,8	-	-	-	97,0	-12,1	-9,7	-10,7	-11,1
IWF	-2,6	-6,9	-7,3	-	_	-	_	-	-12,1	-9,9	-9,7	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	e		Leistung	sbilanzsaldo)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Slowakei												
EU-KOM	-2,3	-6,3	-6,0	-5,5	27,7	34,6	39,2	42,7	-6,8	-5,8	-5,3	-5,0
OECD	-2,3	-5,9	-6,3	-5,0	-	-	-	48,0	-6,4	-3,8	-3,1	-2,8
IWF	-2,5	-5,3	-4,4	-	-	-	-	-	-6,5	-8,0	-7,8	-
Slowenien												
EU-KOM	-1,8	-6,3	-7,0	-6,9	22,5	35,1	42,8	48,2	-6,1	-0,8	-0,2	-0,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,3	-5,9	-5,6	-	-	-	-	-	-5,5	-3,0	-4,7	-
Spanien												
EU-KOM	-4,1	-11,2	-10,1	-9,3	39,7	54,3	66,3	74,0	-9,5	-5,4	-4,6	-4,2
OECD	-4,1	-9,6	-8,5	-7,7	-	-	-	74,0	-9,6	-5,3	-3,8	-3,0
IWF	-3,8	-12,3	-12,5	-	-	-	-	-	-9,6	-6,0	-4,7	-
Zypern												
EU-KOM	0,9	-3,5	-5,7	-5,9	48,4	53,2	58,6	63,4	-18,0	-11,6	-9,0	-7,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	0,9	-4,1	-6,3	-	-	-	-	-	-18,3	-10,0	-9,8	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 & Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2009.

Stand: Dezember 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	e		Leistungs	sbilanzsaldo)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Bulgarien												
EU-KOM	1,8	-0,8	-1,2	-0,4	14,1	15,1	16,2	15,7	-22,9	-13,7	-9,8	-7,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,0	-0,8	-1,8	-	-	-	-	-	-25,5	-11,4	-8,3	-
Dänemark												
EU-KOM	3,4	-2,0	-4,8	-3,4	33,5	33,7	35,3	35,2	2,2	1,9	2,2	2,9
OECD	3,4	-2,5	-5,4	-4,0	-	-	-	53,0	2,2	2,5	2,1	2,1
IWF	3,4	-1,3	-3,5	-	-	-	-	-	1,0	1,1	1,5	-
Estland												
EU-KOM	-2,7	-3,0	-3,2	-3,0	4,6	7,4	10,9	13,2	-9,1	3,9	1,3	-0,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,3	-3,8	-3,0	-	-	-	-	-	-9,3	1,9	2,0	-
Lettland												
EU-KOM	-4,1	-9,0	-12,3	-12,2	19,5	33,2	48,6	60,4	-13,0	6,8	5,4	3,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,4	-13,0	-12,0	-	-	-	-	-	-12,6	4,5	6,4	-
Litauen												
EU-KOM	-3,2	-9,8	-9,2	-9,7	15,6	29,9	40,7	49,3	-12,4	0,1	0,3	-0,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,3	-10,3	-7,6	-	-	-	-	-	-11,6	1,0	0,5	-
Polen												
EU-KOM	-3,6	-6,4	-7,5	-7,6	47,2	51,7	57,0	61,3	-5,1	-1,9	-2,8	-3,2
OECD	-3,7	-6,4	-7,8	-6,8	-	-	-	66,0	-5,1	-1,7	-2,3	-2,5
IWF	-3,1	-5,8	-6,5	-	-	-	-	-	-5,5	-2,2	-3,1	-
Rumänien												
EU-KOM	-5,5	-7,8	-6,8	-5,9	13,6	21,8	27,4	31,3	-12,3	-5,5	-5,5	-5,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,9	-7,3	-5,9	-	-	-	-	-	-12,4	-5,5	-5,6	-
Schweden												
EU-KOM	2,5	-2,1	-3,3	-2,7	38,0	42,1	43,6	44,1	8,3	7,8	7,9	8,3
OECD	2,5	-2,0	-3,0	-2,0	-	-	-	58,0	6,2	7,8	8,2	8,6
IWF	2,5	-3,5	-3,9	-	-	-	-	-	7,8	6,4	5,4	-
Tschechien												
EU-KOM	-2,1	-6,6	-5,5	-5,7	30,0	36,5	40,6	44,0	-3,3	-2,5	-1,4	-0,8
OECD	-2,0	-5,7	-5,6	-5,0	-	-	-	60,0	-3,0	-1,0	0,3	0,3
IWF	-1,4	-6,0	-7,0	-	-	-	-	-	-3,1	-2,1	-2,2	-

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Ungarn													
EU-KOM	-3,8	-4,1	-4,2	-3,9	72,9	79,1	79,8	79,1	-6,6	-1,3	-1,7	-1,8	
OECD	-3,7	-4,3	-4,1	-3,6	-	-	-	91,0	-7,1	-1,6	-1,8	-2,6	
IWF	-3,4	-3,9	-3,8	-	-	-	-	-	-8,4	-2,9	-3,3	-	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 \& Regionaler Wirtschafts ausblick \ Europa, Oktober 2009. \\$

Stand: Dezember 2009.

∇erzeichnis der Berichte

Verzeichnis der Berichte

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2009 ...

nach Veröffentlichungsdatum	1	132
nach Themenbereichen	1	134

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2009 nach Veröffentlichungsdatum

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2009 nach Veröffentlichungsdatum

Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2009

Veröffentlichung	Berichte	Seite		
Januar 2009	Die neue Erbschaftsteuer			
	Das Eigenheimrentengesetz	45		
	Der Euro wird zehn			
	Untersuchung des deutschen Steuersystems im Hinblick auf die Gewichtung von ertragsabhängigen und ertragsunabhängigen Steuern			
	Kolloquium zur Steuerrechtsprechung des EuGH			
Februar 2009	Konjukturgerechte Wachstumspolitik			
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 4. Quartal 2008 und im Jahr 2008	50		
	Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	54		
	Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2008	59		
	Fiskal politischer Handlungsbedarf zur Konjunkturstärkung	63		
März 2009	Reform der verfassungsrechtlichen Verschuldungsregeln von Bund und Ländern	36		
	Haushaltsabschluss 2008	45		
	Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder	79		
	Zollbilanz 2008	83		
	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	90		
April 2009	Bundeshaushalt 2009 – Soll-Bericht	30		
	Die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrug wird entschieden fortgefuhrt	62		
	Der 2. Weltfinanzgipfel in London	65		
	EU-Konjunkturprogramm	70		
	Bericht über Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2008/2009	77		
Mai 2009	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 12. bis 14. Mai 2009	37		
	Erster Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2009	43		
	Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern im 1. Quartal 2009	54		
	Ergebnisse der IWF-Frühjahrstagung und des G7-Finanzminister-Treffen	58		
	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	63		
Juni 2009	Modernisierung der Vermögensrechnung des Bundes			
	Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2008	43		
	Handlungsfähigkeit und Nachhaltigkeit: Gestaltende Finanzpolitik in Krisenzeiten	48		
	Bundespolitik und Kommunalfinanzen	55		
	Mittelstand in Deutschland	71		
	Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen	79		

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2009 nach Veröffentlichungsdatum

Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2009

Veröffentlichung	Berichte			
Juli 2009	Entwurf des Bundeshaushalts 2010 und der Finanzplan des Bundes 2009 bis 2013			
	Die Steuereinnahmen von Bund, Länder und Gemeinden im Haushaltsjahr 2008			
	EU-Verordnung zur Regulierung und Aufsicht von Ratingagenturen	71		
	Bevölkerungsalterung und Staatsausgaben	74		
	Die Europäische Investitionsbank (EIB)	85		
August 2009	Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2009			
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1.Halbjahr 2009			
	Kurz- u. mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland	55		
	Zusammenarbeit der Zollverwaltungen bei der Bekämpfung der Produkt- und Markenpiraterie	67		
	Erfolgreiche deutsch-franösische Initiative zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung	74		
	Die Finanz- und Wirtschaftkrise - Konjunktur- und strukturpolitische Antworten ausgewählter Volkswirtschaften	78		
September 2009	Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung			
	Motivation, Einstellung und Kenntnisse junger Menschen zu finanzpolitischen Fragen			
	Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2008	53		
	Entwicklung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung			
	Das "Bad Bank-Gesetz"	69		
Oktober 2009	Klimawande: Welche Belastungen entstehen für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen?			
	Der Primärmarkt für Bundeswertpapiere während der globalen Finanzmarktkrise	48		
	Public Corporate Governance Kodex des Bundes (Public Kodex)	62		
	Ergebnisse der Treffen der G20-Staats- und Regierungschefs sowie der Jahrestagung von IWF und Weltbank und des G7-Finanzministertreffens			
	Wirtschafts- und Finanzlage in den G20-Schwellenländern	77		
November 2009	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2009	40		
	Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2009	45		
	Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2009			
	Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2008			
	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure			
Dezember 2009	Der Lissabonvertrag aus finanzpolitischer Sicht	40		
	Umsetzung des Stabilitäts und Wachstumspakts			
	Leistungsbilanzgleichgewichte im internationalen Vergleich			
	Tragfähigkeitsbericht der EU-Kommission	70		

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2009 nach Themenbereichen

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2009 nach Themenbereichen

Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2009 nach Themenbereichen

Themenbereich 1	Themenbereich 2	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Bundesliegenschaften und -beteiligungen	Aktuell	Oktober 2009	Public Corporate Governance Kodex des Bundes (Public Kodex)	62
Europa	Europa	April 2009	EU-Konjunkturprogramm	70
		Juli 2009	EU-Verordnung zur Regulierung und Aufsicht von Ratingagenturen	71
		Juli 2009	Die Europäische Investitionsbank (EIB)	85
		Dezember 2009	Der Lissabonvertrag aus finanzpolitischer Sicht	40
		Dezember 2009	Umsetzung des Stabilitäts und Wachstumspakts	49
	Wirtschafts- und Währungsunion	Januar 2009	Der Euro wird zehn	56
		April 2009	Bericht über Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2008/2009	77
		Dezember 2009	Tragfähigkeitsbericht der EU-Kommission (vorläufiger Titel)	70
inanz- und Virtschaftspolitik	Bundeshaushalt	März 2009	Haushaltsabschluss 2008	45
		April 2009	Bundeshaushalt 2009 – Soll-Bericht	30
		Mai 2009	Erster Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2009	43
		Juli 2009	Entwurf des Bundeshaushalts 2010 und der Finanzplan des Bundes 2009 bis 2013	39
		August 2009	Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2009	36
		August 2009	Kurz- u. mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland	55
		November 2009	Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2009	45
	Finanzpolitik	Januar 2009	Das Eigenheimrentengesetz	45
		Januar 2009	Untersuchung des deutschen Steuersystems im Hinblick auf die Gewichtung von ertragsabhängigen und ertragsunabhängigen Steuern	67
		März 2009	Reform der verfassungsrechtlichen Verschuldungsregeln von Bund und Ländern	36
		März 2009	Haushaltsabschluss 2008	45
		April 2009	Bundeshaushalt 2009 – Soll-Bericht	30
		Mai 2009	Erster Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2009	43
		Juni 2009	Modernisierung der Vermögensrechnung des Bundes	39
		Juli 2009	Bevölkerungsalterung und Staatsausgaben	74
		August 2009	Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2009	36
		August 2009	Kurz- u. mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland	55
		September 2009	Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung	36
		September 2009	Motivation, Einstellung und Kenntnisse junger Menschen zu finanzpolitischen Fragen	43
		Oktober 2009	Klimawandel: Welche Belastungen entstehen für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen?	36
		November 2009	Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2009	45

∇erzeichnis der Berichte

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2009 nach Themenbereichen

Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2009 nach Themenbereichen

Themenbereich 1	Themenbereich 2	Veröffentlichung	Berichte	Seite
	Föderale Finanzbeziehungen	Februar 2009	Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2008	59
		März 2009	Reform der verfassungsrechtlichen Verschuldungsregeln von Bund und Ländern	36
		März 2009	Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder	79
		Juni 2009	Bundespolitik und Kommunalfinanzen	55
	Öffentlicher Gesamthaushalt	August 2009	Kurz- u. mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland	55
	Wirtschaftspolitik	Februar 2009	Konjukturgerechte Wachstumspolitik	34
		Juni 2009	Mittelstand in Deutschland	71
	Wissenschaftlicher Beirat	Februar 2009	Fiskalpolitischer Handlungsbedarf zur Konjunkturstärkung	63
		Juni 2009	Handlungsfähigkeit und Nachhaltigkeit: Gestaltende Finanzpolitik in Krisenzeiten	48
Geld und Kredit	Aktuelle Gesetze	September 2009	Das "Bad Bank-Gesetz"	69
	Geld und Kredit	Juli 2009	EU-Verordnung zur Regulierung und Aufsicht von Ratingagenturen	71
	Kapitalmarktpolitik	Oktober 2009	Der Primärmarkt für Bundeswertpapiere während der globalen Finanzmarktkrise	48
Internationale Beziehungen	Weitere Informationen/Links	Februar 2009	Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	54
		März 2009	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	90
		April 2009	Der 2. Weltfinanzgipfel in London	65
		Mai 2009	Ergebnisse der IWF-Frühjahrstagung und des G7- Finanzminister-Treffen	58
		Mai 2009	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	63
		August 2009	Erfolgreiche deutsch-franösische Initiative zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung	74
		August 2009	Die Finanz- und Wirtschaftkrise - Konjunktur- und strukturpolitische Antworten ausgewählter Volkswirtschaften	78
		Oktober 2009	Ergebnisse der Treffen der G20-Staats- und Regierungschefs sowie der Jahrestagung von IWF und Weltbank und des G7- Finanzministertreffens	69
		Oktober 2009	Wirtschafts- und Finanzlage in den G20-Schwellenländern	77
		November 2009	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure	72
		Dezember 2009	Leistungsbilanzgleichgewichte im internationalen Vergleich	54

∇erzeichnis der Berichte

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2009 nach Themenbereichen

Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2009 nach Themenbereichen

Themenbereich 1	Themenbereich 2	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Steuern	Aktuell	Januar 2009	Das Eigenheimrentengesetz	45
		Januar 2009	Kolloquium zur Steuerrechtsprechung des EuGH	77
	Steuerarten	Januar 2009	Die neue Erbschaftsteuer	39
	Steuerschätzung/ Steuereinnahmen	Januar 2009	Untersuchung des deutschen Steuersystems im Hinblick auf die Gewichtung von ertragsabhängigen und ertragsunabhängigen Steuern	67
		Februar 2009	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 4. Quartal 2008 und im Jahr 2008	50
		April 2009	Die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrug wird entschieden fortgefuhrt	62
		Mai 2009	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 12. bis 14. Mai 2009	37
		Mai 2009	Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern im 1. Quartal 2009	54
		Juni 2009	Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2008	43
		Juni 2009	Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen	79
		Juli 2009	Die Steuereinnahmen von Bund, Länder und Gemeinden im Haushaltsjahr 2008	55
		August 2009	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1.Halbjahr 2009	51
		August 2009	Erfolgreiche deutsch-franösische Initiative zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung	74
		September 2009	Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2008	53
		November 2009	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2009	40
		November 2009	Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2009	60
		November 2009	Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2008	64
Zoll in Deutschland	Zoll in Deutschland	März 2009	Zollbilanz 2008	83
		August 2009	Zusammenarbeit der Zollverwaltungen bei der Bekämpfung der Produkt- und Markenpiraterie	67
		September 2009	Entwicklung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung	59

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Dezember 2009

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung: Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice f r Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen m glich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X